

Oscar W. Gabriel
Universität Stuttgart

Wertewandel, kommunale Lebensbedingungen und die Aufgaben der Kommunen am Beginn der neunziger Jahre.*

Eine empirische Analyse politischer Einstellungen kommunaler Mandatsträger
in 14 Städten

Inhalt

- 1 Das Untersuchungsproblem: Kommunale Lebensbedingungen, politische Wertvorstellungen und kommunale Aufgaben**
- 2 Die Datenbasis, das methodische Vorgehen und der Aufbau der Untersuchung**
- 3 Das Konzept der Alten und der Neuen Politik und seine Bedeutung für den Wandel kommunaler Aufgaben**
 - 3.1 Begriff und Bedeutung von Werten und Wertorientierungen
 - 3.2 Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung
 - 3.2.1 Annahmen über Inhalt und Verlauf des Wertewandels
 - 3.2.2 Alte und Neue Werte in der nationalen und lokalen Politik
 - 3.2.3 Neue und Alte Werte in der Kommunalpolitik der untersuchten Städte
- 4 Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen**
- 5 Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik – Der Wandel der kommunalen Prioritätenstruktur und die Neue Politik**
 - 5.1 Das Konzept der Issue-Orientierungen
 - 5.2 Prioritätenverschiebungen in der nationalen Politik
 - 5.3 Prioritätenverschiebungen in der Kommunalpolitik
 - 5.4 Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur in den untersuchten Gemeinden
 - 5.4.1 Die Bewertung der Wichtigkeit der gegenwärtigen kommunalen Aufgaben
 - 5.4.2 Die Brauchbarkeit der Unterscheidung zwischen Aufgaben der Alten und der Neuen Politik
 - 5.4.2.1 Die Veränderungen des kommunalen Aufgabenprofils in der Dimension Vergangenheit/Gegenwart/Zukunft
 - 5.4.2.2 Die Struktur der Aufgaben im Kontext der Wertewandelsdebatte

* (Stand: März 1990)

Inhalt

- 6 Die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation und mit den Leistungen der Parteien auf den Gebieten der Alten und der Neuen Politik**
 - 6.1 Die Zufriedenheit mit dem Realisierungsgrad der Ziele
 - 6.2 Die Leistungen der Parteien
- 7 Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen als Bestimmungsfaktoren der Prioritätenstruktur**
 - 7.1 Die Bedeutung des Materialismus-Postmaterialismus-Phänomens für die kommunale Agenda
 - 7.2 Die Einschätzung der kommunalen Lebensbedingungen als Bestimmungsfaktor der Wichtigkeit kommunaler Aufgaben und der Zufriedenheit mit ihrer Erledigung
 - 7.3 Ein integriertes Modell zur Analyse der Einstellungen der Ratsmitglieder zu den Aufgaben der Kommunen
- 8 Schlußbemerkung**
- 9 Literaturverzeichnis**

1 Das Untersuchungsproblem: Kommunale Lebensbedingungen, politische Wertvorstellungen und kommunale Aufgaben

In allen westlichen Industriegesellschaften war die Politik in den vergangenen beiden Dekaden tiefgreifenden Veränderungen ausgesetzt. Die Bezeichnungen für die Wandlungsprozesse unterscheiden sich ebenso wie die Einzelheiten ihrer Beschreibung. Dennoch weisen fast alle Analysen des sozialen Wandels einen Kern gemeinsamer Annahmen auf: Danach führte der gesellschaftliche Modernisierungsprozeß, der sich in Phänomenen wie in der zunehmenden Verstädterung der Gesellschaft, der Ausweitung des Dienstleistungssektors auf Kosten des primären und des sekundären Sektors, dem Wachstum des Volkseinkommens und der Expansion des Bildungs- und des Massenkommunikationssystems niederschlug, zu kulturellen und politischen Veränderungen, die die Forscher je nach ihren persönlichen politischen Präferenzen teils positiv, teils negativ bewerten (vgl. z. B. Cnudde, McCrone 1969; Cutright 1969; Inglehart 1977a:3ff; 1990; Lipset 1981:27ff; Rokkan 1971; eine Zusammenfassung der neueren Diskussion dieses Themas findet sich bei Gabriel 1984).

Obgleich das Problem des kulturellen Wandels und seiner Auswirkungen auf das politische Zusammenleben der Menschen die Sozialwissenschaften schon seit langer Zeit beschäftigt (vgl. die Hinweise bei: Kmiecik 1976:1), wurde die empirische Erforschung des Wertewandels vor allem durch die Arbeiten von Ronald Inglehart inspiriert, der erstmals im Jahre 1971 seine Konzeption der Stillen Revolution einem breiteren Publikum vorlegte und damit eine bis heute andauernde Kontroverse über die Bedingungen, den Verlauf und die politischen Konsequenzen der Veränderung gesellschaftlicher Wertorientierungen in der westlichen Welt auslöste (vgl. Inglehart 1971; 1977a; 1990; die Zusammenfassung des Diskussionsstandes bei Bürklin 1988:101ff; Gabriel 1986:82ff; Müller-Rommel 1983).

Nach Inglehart verlieren im Verlaufe der „Stillen Revolution“ die bürgerlich-industriegesellschaftlichen Leitwerte wie das Streben nach wirtschaftlichem Wohlstand und gesicherten Lebensverhältnissen an Bedeutung, während partizipativ-egalitäre Ziele an Resonanz gewinnen. Auf der Grundlage von Auswertungen vorhandener Umfragedaten aus den Jahren 1950 bis 1974 bestätigten Kmiecik (1976:272ff) und Klages (1984:57ff) für die Bundesrepublik die wichtigsten Aussagen Ingleharts: Ihre Daten dokumentieren unter anderem eine Liberalisierung der Erziehungsziele, einen Wandel in der beruflichen Leistungsmotivation, einen Umbruch in den Vorstellungen vom ehelichen und nicht-ehelichen Partnerschaftsverhalten, eine Abnahme der Kirchenbindung und schließlich eine Ausbreitung partizipativ-egalitärer Orientierungsmuster im Bereich der Politik. Unabhängig vom eingesetzten Erhebungsinstrument kamen zahlreiche weitere empirische Untersuchungen des Wertewandels in der Bundesrepublik zu ähnlichen Ergebnissen (vgl. auch: Baker, Dalton, Hilde-

Das Untersuchungsproblem

brandt 1981; Bürklin 1988; Dalton 1986; 1988:77ff; Dittrich 1984; Gluchowski 1987; Hillmann 1986; Hondrich 1983b; Klages 1988; Klages, Herbert 1983; Kmiecik 1976; Meulemann, Luthe 1989; Meulemann 1983; 1985; Noelle-Neumann 1978; Pross 1982). Ungeachtet der Lücken in den vorhandenen Datenbeständen, die zuverlässige Aussagen über die langfristige Entwicklung der für die einzelnen menschlichen Lebensbereiche maßgeblichen Wertvorstellungen unmöglich machen, fügen sich die disparaten Befunde doch zu einem einheitlichen Bild zusammen: Die noch in den fünfziger Jahren von einer breiten Mehrheit der Bundesbürger als wünschenswert betrachteten Formen des politischen und gesellschaftlichen Zusammenlebens sind heute nicht mehr unumstritten, sondern es läßt sich eine Pluralisierung der sozio-politischen Wertorientierungen feststellen, die Klages (1984:26ff; 1988:56ff) als spannungsreiche Koexistenz von Pflicht- und Akzeptanzwerten auf der einen Seite und Selbstverwirklichungszielen auf der anderen Seite beschreibt. Da die Wertvorstellungen im Zentrum des individuellen Orientierungssystems stehen und die Wahrnehmung und Bewertung gesellschaftlich-politischer Probleme beeinflussen, ergeben sich aus einem Wertewandel mit großer Wahrscheinlichkeit veränderte Erwartungen an die nationale wie an die lokale Politik.

Die Verfechter der Wertwandelsthese bestreiten keineswegs die Bedeutsamkeit traditioneller politischer Probleme und Konfliktstrukturen. Sie unterstellen vielmehr die Herausbildung einer zusätzlichen sozialen Spannungslinie, die die traditionellen Muster des Parteienkonfliktes überlagert und möglicherweise die Grundlage neuer Koalitionen zwischen einzelnen Bevölkerungssegmenten und politischen Führungsgruppen bildet. In diesem Sinne interpretiert Inglehart (1977a:216ff; 1983; 1984; 1987:1299ff) das Auftreten von Parteien der Neuen Linken als Ausdruck einer politischen Spaltungslinie, die die Befürworter der traditionellen Prosperitäts- und Wachstumspolitik von denen einer lebensstilbezogenen „Neuen Politik“ trenne (vgl. auch: Bürklin 1988:129ff; Dalton 1984; 1986; 1988:177ff; Klingemann 1986).

Falls sich die Thesen über die Veränderung der sozio-politischen Wertvorstellungen empirisch erhärten lassen, werden sich die nationalen und die kommunalen Führungsgruppen in Zukunft verstärkt mit neuartigen politischen Forderungen konfrontiert sehen (vgl. Albertin, Mabileau 1981; Klages 1981a; Gabriel u.a. 1992). Die Sensibilität der kommunalen Entscheidungsträger für die Konflikte zwischen den traditionellen und den neuen politischen Zielen dürfte auch durch die Abkehr von der lange Zeit dominierenden Vorstellung, in der Kommunalpolitik gehe es letztlich nur um die Lösung unpolitischer, ideologie- und konfliktfreier Sachfragen, begünstigt werden. Erst mit der Auflösung dieser traditionellen Selbstverwaltungsideologie entstehen die Voraussetzungen für eine ausdrücklich an politischen Wertvorstellungen orientierte Kommunalpolitik. Durch die Verabschiedung kommunalpolitischer Grundsatzprogramme in den siebziger Jahren demonstrierten die politischen Parteien die Aufwertung der gesellschaftspolitischen Komponente der Kommunalpolitik und damit auch das

größere Konfliktpotential kommunaler Prioritätenentscheidungen (vgl. Gabriel, Haungs, Zender 1984; Gabriel 1989a sowie die Hinweise bei Klein 1979; Naßmacher, Naßmacher 1979:14ff,30ff; Wehling 1986:9ff).

Nach den Annahmen der Wertwandelstheorie resultieren Impulse für eine Neudefinition der kommunalpolitischen Agenda aus den veränderten Wertvorstellungen der kommunalpolitischen Führungsgruppen selbst, aber auch aus den veränderten Erwartungen der Bevölkerung an die Kommunalpolitik. Nachdem die meisten Kommunen in der Vergangenheit die grundlegende materielle Infrastruktur erstellten, richten sich die Forderungen der Öffentlichkeit nun auf die Befriedigung höherwertiger sozialer und kultureller Bedürfnisse (vgl. die Schätzungen des kommunalen Investitionsbedarfs: DIFU 1980; Schäfer, Stricker 1989; Weinberger 1987). Auf diese Ansprüche müssen die Kommunalpolitiker und die lokalen Parteiorganisationen schon im Interesse ihrer Wahlchancen bis zu einem gewissen Grade reagieren.

Da die Austauschbeziehungen zwischen den Bürgern und den politischen Führungsgruppen in der Kommunalpolitik – zumindest der Möglichkeit nach – enger sind als auf anderen Entscheidungsebenen des politischen Systems, sehen die Bürgerinnen und Bürger hier vergleichsweise große Chancen, ihren politischen Forderungen Gehör zu verschaffen (vgl. ausführlicher: Gabriel 1983:91ff; 1988). Die politisch handlungsbereiten und aktiven Bevölkerungsgruppen weisen eine starke Präferenz für die Ziele der Neuen Politik auf und versuchen, diese auf konventionellem wie auf unkonventionellem Wege durchzusetzen (vgl. Inglehart 1977a:294ff; 1979a; 1979c; Klages, Herbert 1983:63ff). Auch unter diesem Gesichtspunkt ist mit einer zunehmenden Bedeutung postmaterialistischer Forderungen für die Kommunalpolitik zu rechnen.

Bei der Auseinandersetzung mit der Frage, in welchem Maße das lokalpolitische Entscheidungssystem für die Anliegen der Neuen Politik offen ist, muß man zwischen der Empfänglichkeit der lokalen Führungsgruppen für postmaterialistische Politikinhalte und den Möglichkeiten zu ihrer Realisierung unterscheiden. Im Interesse ihrer Mehrheitsfähigkeit in der lokalen und nationalen Politik besitzen die großen Parteien der Bundesrepublik einen starken Anreiz, sich für neue politische Themen offenzuhalten. Als Volksparteien mit einer sozial heterogenen und ideologisch diffusen Anhängerschaft decken sie ein breites Themenspektrum ab und bieten sich zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen als Ansprechpartner an. Dies ist zumindest so lange zu erwarten, wie die Inhalte der Neuen Politik den traditionell durch die Parteien vertretenen programmatischen Aussagen nicht zuwiderlaufen (vgl. hierzu auch: Schmitt 1987:49ff). Allerdings ist eine Dominanz postmaterialistischer Ziele in der Programmatik und der Politik der großen Parteien vorläufig unwahrscheinlich, weil ein großer Teil der Wähler der CDU/CSU und der SPD von der politischen Führung die Realisierung „klassischer“ Wachstums- und Wohlfahrtsziele erwartet (vgl. die Daten bei Klingemann 1986:394ff).

Die Datenbasis

Gerade in Zeiten knapper öffentlicher Mittel erweist es sich als schwierig, die traditionellen wohlfahrtsstaatlichen Programme in vollem Umfange beizubehalten und zusätzliche Ressourcen für die Anliegen der Neuen Politik aufzubringen. Die Konflikte über die künftigen Prioritäten der Kommunalpolitik könnten sich unter diesen Bedingungen verschärfen: Das politische System der Bundesrepublik steht gegenwärtig vor der Aufgabe, einerseits die aus dem wirtschaftlichen Strukturwandel resultierenden Anpassungskrisen zu lösen, andererseits aber Forderungen auf dem Gebiete der Neuen Politik zu erfüllen, die zumindest kurzfristig die Bewältigung traditioneller wirtschaftlicher Wachstums- und Verteilungsprobleme erschweren oder diese sogar verschärfen können (vgl. ausführlicher: Schäfer, Stricker 1989). In den Konflikt über den Primat der Alten oder der Neuen Politik sind die Kommunen schon aufgrund ihrer traditionellen Zuständigkeit für die wirtschaftliche, soziale und kulturelle Daseinsvorsorge einbezogen.

In welchem Maße sich die Kommunalpolitik auf neue politische Problemlagen einzustellen und einen Ausgleich zwischen den Forderungen der Alten und der Neuen Politik herzustellen vermag, hängt nicht zuletzt von den Wertvorstellungen der kommunalen Mandatsträger ab, um deren Untersuchung es in diesem Beitrag geht. Dabei soll zunächst das Konzept der Neuen Politik präzisiert und auf seine kommunalpolitische Relevanz geprüft werden. Im Anschluß daran ist zu erörtern, welche Faktoren die Präferenz für traditionelle oder neue Wertvorstellungen begünstigen und wie sich dies auf die Wahrnehmung und Bewertung kommunalpolitischer Aufgaben auswirkt.

2 Die Datenbasis, das methodische Vorgehen und der Aufbau der Untersuchung

Die für diese Studie ausgewerteten Daten basieren auf einer Vollerhebung in den Fraktionen der CDU, der CSU und der CSM in 14 Städten der Bundesrepublik (genauere Informationen über die Auswahlkriterien im Beitrag von Rudolf Schäfer). Die Daten wurden vom April 1987 bis zum Januar 1988 durch Gruppenbefragungen in den Fraktionen erhoben. Insgesamt wurden 271 Ratsmitglieder befragt.

Der Fragebogen bestand aus offenen und geschlossenen Fragen. Der nachfolgende Bericht bezieht sich vornehmlich auf die geschlossenen Teile der Befragung und greift lediglich vereinzelt zur Illustration und Vertiefung auf die Antworten auf die offenen Fragen zurück. Dieses Vorgehen ist im Hinblick auf die Vergleichbarkeit und Interpretierbarkeit der Daten sinnvoll. Ein Vergleich der Antworten aus den einzelnen Städten setzt das Vorhandensein eines gemeinsamen Bezugsrahmens für die Befragten voraus. Dies ist – wenn überhaupt – allenfalls bei den geschlossenen Fragen der Fall. Gegenstand der Befragung waren neben den Wertorientierungen der Ratsmitglieder drei weitere Problemfelder:

Begriff und Bedeutung von Werten und Wertorientierungen

- Der einleitende Teil bezog sich auf die Bewertung der Lebensbedingungen und der Infrastruktur der untersuchten Städte durch die Ratsmitglieder. Besonders detailliert wurde die Einschätzung der wirtschaftlichen Infrastruktur erhoben. Nach den in der Wertwandelstheorie enthaltenen Annahmen steigen bei einer funktionsfähigen wirtschaftlichen Infrastruktur die Möglichkeiten des lokalen politischen Systems, neue Ziele zu realisieren. Städte mit einer schwachen Wirtschaftsstruktur werden demgegenüber traditionellen Aufgaben den Vorrang einräumen, auch um den bestehenden Nachholbedarf zu decken. Die Analyse der wahrgenommenen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gibt damit die Möglichkeit, die empirische Gültigkeit des Konzeptes der Neuen Politik zu testen.
- Der Hauptteil der Erhebung untersuchte die Dringlichkeit kommunaler Aufgaben in der Vergangenheit, in der Gegenwart und in der Zukunft sowie die Zufriedenheit mit ihrer bisherigen Lösung. Durch einen Vergleich der Wahrnehmung vergangener, gegenwärtiger und künftiger Prioritäten läßt sich feststellen, welche konkreten Aufgabenfelder in der Kommunalpolitik der Bundesrepublik an Bedeutung gewonnen haben, welche Aufgaben die Befragten als relativ konstant einschätzen und in welchen Bereichen sich der Problemdruck aus ihrer Sicht verringert hat bzw. künftig verringern wird. Die Analyse dieser subjektiv wahrgenommenen Veränderungsprozesse bietet eine weitere Möglichkeit zur Prüfung der Brauchbarkeit des Konzeptes der Neuen Politik (vgl. ähnlich: Dittrich 1984).
- In der Wahlforschung spielt neben der Wahrnehmung der Bedeutsamkeit politischer Probleme die Einschätzung der Problemlösungsfähigkeit der Parteien auf diesen Gebieten eine wichtige Rolle (vgl. Klingemann 1973; 1976; Klingemann, Taylor 1977). Die wahlsoziologischen Konzepte der Issue-Bedeutsamkeit und der Issue-Kompetenz sind auch für unsere Fragestellung interessant, obgleich sie sich nur in modifizierter Form verwenden lassen. In unserer Untersuchung geht es darum, die der eigenen Partei zugeschriebene Problemlösungskompetenz auf einzelnen Politikfeldern zu untersuchen und Leistungsdefizite zu ermitteln. Instrukтив ist dabei der Vergleich der Kompetenz der eigenen Partei mit der konkurrierender politischer Gruppierungen.

Abgerundet wurde die Erhebung durch die üblichen Fragen zur Person und zur politischen Aktivität der Befragten.

3 Das Konzept der Alten und der Neuen Politik und seine Bedeutung für den Wandel kommunaler Aufgaben

3.1 Begriff und Bedeutung von Werten und Wertorientierungen

Die Struktur und die Funktion individueller und gesellschaftlicher Werte und Wertorientierungen war in den vergangenen Jahren ein wichtiger Forschungsgegenstand. Trotz einer wachsenden Zahl einschlägiger Publikationen liegt

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

bislang allerdings noch keine zufriedenstellende Definition und Operationalisierung des Wertebegriffes vor (vgl. auch die Kritik bei Dittrich 1984:37f). Wie konfus sich die Forschungslage bereits auf der begrifflichen Ebene darstellt, ergibt sich aus der Tatsache, daß Kmieciak (1976:147) in 400 ausgewählten Veröffentlichungen aus dem Bereich der Werteforschung ca. 180 unterschiedliche Wertedefinitionen fand. Auffällig war die Vermischung des Wertbegriffes mit ähnlichen theoretischen Konstrukten, insbesondere mit den Begriffen Einstellung, Norm, Bedürfnis, Motiv oder Wertorientierung (vgl. zur genaueren Abgrenzung dieser theoretischen Konstrukte: Bürklin 1988:104ff; Hillmann 1986:60ff; Kmieciak 1976:151ff.). Dies kann nicht besonders überraschen, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Wertebegriff in unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, von der Theologie bis zur empirischen Sozialwissenschaft, eine Rolle spielt.

Scholl-Schaaf (1975:49ff; vgl. auch Hillmann 1986:51ff; Kmieciak 1976:148) stellen in der wissenschaftlichen Diskussion im wesentlichen drei Bedeutungsvarianten des Wertebegriffs fest, die einander nicht notwendigerweise ausschließen, von einigen Forschern aber dennoch exklusiv benutzt werden: In der Nationalökonomie versteht man unter dem Wert eine objektive Eigenschaft eines Gutes, und zwar unabhängig von den subjektiven Präferenzen von Personen. Diese Vorstellung erscheint mir unzweckmäßig, weil es von subjektiven Bewertungen unabhängige objektive Werte vermutlich gar nicht gibt. Wesentlich sinnvoller ist deshalb der in der Psychologie vorherrschende Begriff des Wertes als einer subjektiven Disposition. Sie richtet sich auf ein Gut oder auf den normativen Standard, der die Einschätzung des betreffenden Gutes bestimmt. Als erstrebenswertes Ziel verwenden schließlich einige normative Wissenschaften wie die Philosophie oder die Theologie den Wertbegriff.

Wenn schon über die Verwendung der Begriffe Wert und Wertorientierung innerhalb der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen kein Konsens besteht, darf man erst recht nicht mit einer übereinstimmenden Beschreibung der Wertstrukturen der Bevölkerung westlicher Demokratien oder gar mit einer allgemein akzeptierten Erklärung der Bedingungen, des Verlaufs und der Folgen des Wandels gesellschaftlicher Werte rechnen. Zutreffend stellt Klages (1981b:364) fest: „Der gegenwärtige Entwicklungsstand der Wert- und Wertkulturwandlungsforschung ist noch dermaßen unabgeschlossen und ungesichert, daß er auch ausgesprochen gegensätzlichen Diagnosen Raum läßt“.

Trotz dieser unbefriedigenden Forschungslage gibt es in der bisherigen Werteforschung einige, zwar nicht allgemein, aber doch zumindest weithin akzeptierte Annahmen über die Eigenschaften von Werten und Wertorientierungen. In Anlehnung an Parsons' u.a. (1962:7) Differenzierung zwischen kulturellen Objekten und kulturellen Orientierungen unterscheiden einige Autoren zwischen den „inneren“ und den „äußeren“ Aspekten von Werten (vgl. z. B. Dittrich 1984:34; Friedrichs 1968:74ff; Herz 1979:195; Scholl-Schaaf 1975:74ff). Als Werte bezeichnet man in diesem Verständnis kulturelle Symbole, zumeist

Begriff und Bedeutung von Werten und Wertorientierungen

sprachlicher Natur, die durch Internalisierungsprozesse in das individuelle Persönlichkeitssystem einbezogen und damit zu Wertorientierungen oder Werthaltungen werden. Die einer Gesellschaft angehörigen Individuen und Gruppen verwenden diese Symbole in Konfliktsituationen als Grundlage ihrer Entscheidung. In diesem Sinne stellt Dittrich (1984:36f) die sozio-kulturellen Aspekte des Wertbegriffes den persönlichkeitsbezogenen gegenüber. Erstere beziehen sich auf das gesellschaftliche, letztere auf das individuelle Wertesystem (vgl. auch Bürklin 1988:104ff). Diese analytisch sinnvolle Unterscheidung zwischen individuellen und kollektiven Aspekten von Werten läßt sich allerdings in der empirischen Analyse nur bedingt durchhalten. Kollektiv geltende Werte ermöglichen es dem Individuum, Objekte aller Art unter den Gesichtspunkten ihrer individuellen und gesellschaftlichen Wichtigkeit und Erwünschtheit in eine Rangordnung zu bringen. Die Bedeutung, die ein Akteur aufgrund seiner Werthaltungen einem Objekt einräumt, ergibt sich aus seinen individuellen Bedürfnissen und aus der Institutionalisierung der betreffenden Symbole innerhalb der Gesellschaft bzw. einer gesellschaftlichen Gruppe. Neben der individuellen Geltung weisen Werte das Merkmal der kollektiven Anerkennung auf. Nur unter dieser Voraussetzung können sie ihre gesellschaftliche Funktion erfüllen (vgl. Bürklin 1988:105; Reichhardt 1979:25). Besondere Bedeutung für die Wahrnehmungen und für das Verhalten individueller Akteure kommt den sozialen Werten deshalb zu, weil sie durch Normen spezifiziert werden, deren Befolgung oder Nichtbefolgung das betreffende Kollektiv mit positiven oder negativen Sanktionen verknüpft (vgl. Hillmann 1986:66ff; Hondrich 1979).

Im Vergleich mit verwandten theoretischen Konstrukten weisen Werte bzw. Wertorientierungen die folgenden Merkmale auf: Wertorientierungen als internalisierte kulturelle Werte sind allgemeine, stabile, fest im Persönlichkeitssystem verankerte Orientierungen. Sie werden im Sozialisationsprozeß erworben, gelten nicht nur für ein Individuum, sondern für eine größere Gruppe von Personen und steuern das individuelle und das kollektive Verhalten (vgl. Bürklin 1988: 104ff, Hillmann 1986:53ff; Reichhardt 1979:24ff; Rokeach 1968: 550ff;1979:2, 48 ff.). In diesem Sinne grenzt Rokeach (1968:550, Hervorhebungen im Original) Werte bzw. Wertorientierungen folgendermaßen von den Einstellungen als den weniger zentralen Elementen des individuellen Orientierungssystems ab: „I will define an attitude as an enduring organization of several beliefs focused on a specific object (physical or social, concrete or abstract) or situation predisposing one to respond in some preferential manner. Values, on the other hand, transcend specific objects and specific situations: values have to do with modes of conduct and end-states of existence. More formally, to say that a person ‚has a value‘ is to say that he has an enduring belief that a particular mode of conduct or that a particular end-state of existence is personally and socially preferable to alternative modes of conduct or end-states of existence“. Klages und Kmiecik (1979:14) beschreiben Werte (sic) als „individuelle wie auch kollektive geistige Grundorientierungen.“ Sie „verkörpern in ihrer Gesamtheit das System sinnkonstituierender Orientierungsleitlinien und

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

Ordnungsaspekte des gesellschaftlichen Zusammenlebens.“ Obgleich keiner der zitierten Autoren systematisch zwischen der objektiv-kollektiven (Werte, Leitlinien) und der subjektiv-individuellen Dimension des Wertebegriffs (Orientierungen) unterscheidet, wird aus ihren Definitionen die wichtigste Eigenschaft der Wertvorstellungen deutlich, ihre ordnende, verhaltenssteuernde, integrierende und sinnvermittelnde Funktion. Rokeach (1979:49) führt die Bedeutung von Werten als Leitlinien für das Entscheidungsverhalten von Individuen und Kollektiven auf ihre hierarchische Struktur zurück, die er sowohl auf der Individual- als auch auf der Kollektivebene unterstellt: „Value hierarchies or priorities are organizations of values enabling us to choose between alternative goals and actions, and enabling us to resolve conflict. ... At the supraindividual level, value priorities guide decisions about such things as the setting of organizational goals, the allocation of resources, and the formulation of new policies“ (Rokeach 1979:49; vgl. ähnlich: Friedrichs 1968:1, 26,71ff,123).

Wertorientierungen fungieren als die zentralsten Elemente des individuellen Überzeugungssystems. Entsprechend ihrer Schlüsselstellung im System individueller Orientierungen erfüllen sie auf der Kollektivebene, d. h. im Kultursystem einer Gesellschaft, die Funktionen der Strukturhaltung und Konfliktregulierung (vgl. Parsons 1976:171ff, 187ff.,208ff; ausführlich hierzu auch: Münch 1982:93ff,170ff; Pappi 1986). Aus den beschriebenen Eigenschaften von Werten und Wertorientierungen läßt sich die Relevanz der Wertwandelsproblematik für die Entwicklung der kommunalen Aufgaben ableiten: In kommunalen Prioritätenentscheidungen drücken sich die Werthaltungen der Entscheidungsträger aus. Mit der Veränderung der zentralen Elemente des Orientierungssystems kommunaler Führungsgruppen werden auch neue Prioritätensetzungen bei der Lösung einzelner kommunalpolitischer Probleme wahrscheinlich.

3.2 Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

3.2.1 Annahmen über Inhalt und Verlauf des Wertewandels

Wandlungen der Präferenzen der Bürger oder der Führungsgruppen stellen keine außergewöhnlichen oder gar dramatischen Vorgänge dar. Nach Huntington (1975:65) kam es in der Nachkriegspolitik der Vereinigten Staaten mindestens zweimal zu grundlegenden Veränderungen der politischen Prioritäten. Er beschreibt diese Neuorientierungen als „Defense-Shift“ bzw. als „Welfare-Shift“ und lokalisiert sie in den vierziger und in den sechziger Jahren. Ähnliche Verschiebungen auf der politischen Agenda dürften auch in anderen westlichen Staaten erfolgt sein. Im Regelfalle verschwinden bei einem Wertewandel die bislang geltenden Werte ebenso wenig wie gänzlich neue Werte und Wertvorstellungen auftauchen. Häufiger ist die Aufwertung einiger Ziele und die Abwertung anderer Ziele, wobei diese auf der politischen Agenda verbleiben können. Da Wertorientierungen die zentralen und steuernden Elemente des individuellen und kollektiven Orientierungssystems darstellen, lassen sich die aufgrund von Wertwandlungen eintretenden Veränderungen in den Erwartungen an die

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

lokale und nationale Politik nicht als bloße Stimmungskonjunkturen charakterisieren. Vielmehr bilden sie eine mögliche Grundlage für die Neudefinition politischer Konfliktstrukturen (vgl. in diesem Sinne: Dalton 1986; 1988:169ff; Hildebrandt, Dalton 1977; Inglehart 1984:33ff).

In sämtlichen derzeit gängigen Konzepten des Wertewandels spielt das Ziel der individuellen Selbstverwirklichung bzw. sein Konflikt mit anderen gesellschaftlichen Leitwerten eine hervorgehobene Rolle. So beschreibt Bell (1976:12) die Durchsetzung der axialen Prinzipien Partizipation (im Bereich der Politik) und Selbstverwirklichung im (Bereich der Kultur) als wesentliche Merkmale des Überganges von der industriellen zur postindustriellen Gesellschaft. Ähnlich sieht Inglehart (1987:117) im Bedeutungsgewinn partizipativer, selbstverwirklichungsorientierter Ziele das Kernelement der „Stillen Revolution“ in den westlich-demokratischen Industriegesellschaften: „Im Verlauf der vergangenen zwanzig Jahre hat in den westlichen Industrienationen eine ‘stille Revolution’ stattgefunden, die sich in erster Linie durch einen Wertewandel in breiten Bevölkerungskreisen äußert. Die Werte der westlichen Gesellschaft scheinen sich von einer beinahe ausschließlichen Betonung der materiellen und physischen Sicherheit in Richtung auf eine höhere Bewertung von immateriellen Aspekten des Lebens verlagert zu haben, wobei Themen wie Lebensqualität eine größere Bedeutung gewinnen ...“. Auch Inglehart beschreibt den Wertewandel als Prioritätenverschiebung, nicht als Verschwinden alter und als Auftauchen gänzlich neuer Ziele. Natürlich entstanden die partizipativ egalitären Ziele des Postmaterialismus nicht erst in den letzten dreißig Jahren. Sie gehören bereits seit der Aufklärung zum Grundbestand der bürgerlichen Kultur. Das qualitativ neue Moment sieht Inglehart im Vorrang partizipativ-egalitärer Ziele vor den traditionellen Sicherheits- und Erhaltungszielen.

Diese Annahmen über den Verlauf des Wertewandels sind aus einer modifizierten Version der Maslowschen Bedürfnishierarchie-Hypothese abgeleitet. Demnach räumen die Individuen grundsätzlich denjenigen Bedürfnissen eine hohe Priorität ein, deren Befriedigung sie zu einem gegebenen Zeitpunkt als problematisch empfinden. Als Elementarbedürfnisse betrachten Maslow (1954) und Inglehart (1977a; 1979a; 1979b) das physische Überleben und das materielle Wohlergehen. Erst nach deren Befriedigung wendet sich das Individuum immateriellen Dingen zu und nimmt die Realisierung sozialer, intellektueller und ästhetischer Ziele in Angriff. Da die Grundbedürfnisse in der westlichen Welt des 20. Jahrhunderts weitgehend gesichert sind und da sich die Lebensbedingungen in diesem Teil der Welt in den vergangenen vierzig Jahren nachhaltig verbesserten, breiten sich nach Inglehart zunehmend postmaterialistische Prioritäten aus. Allerdings verschwinden die materialistischen, auf wirtschaftlichen Wohlstand, physische und soziale Sicherheit ausgerichteten Werte vorläufig keineswegs. Bis auf weiteres bleiben sie in den meisten westlichen Staaten sogar dominant. Jedoch stehen sie zunehmend in Konkurrenz mit den postmaterialistischen Forderungen nach einer lebenswerten Umwelt, politischer

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

und wirtschaftlicher Mitbestimmung, nach Gleichberechtigung der Frauen, nach einem verstärkten Engagement für die Belange gesellschaftlicher Minderheiten oder Randgruppen (vgl.: Inglehart 1971:999; 1977a:13, 179; sehr ausführlich und differenziert zur Auf- und Abwertung von Leitvorstellungen in einzelnen gesellschaftlichen Teilbereichen: Hillmann 1986:175ff).

Im Emanzipationsstreben und im Protest, in der Radikalisierung und Politisierung einzelner gesellschaftlicher Gruppen, deren politisches Selbstbewußtsein zuvor schwach ausgeprägt und deren ideologische Vorstellungsmuster inkohärent gewesen seien, sehen auch Miller und Levitin (1976:1,6) den Kristallisationskern des Konfliktes zwischen den Werten der Alten und der Neuen Politik. In der Sicht ihrer Befürworter und ihrer Gegner stehe die Neue Politik für eine radikale Änderung der für die amerikanische Gesellschaft grundlegenden Wertorientierungen. Wie Inglehart lokalisieren sie ein Element der Spannung zwischen der Alten und der Neuen Politik im Stellenwert von Recht und Ordnung. Befürworter der Alten und der Neuen Politik weisen diesem Ziel aber nicht nur einen unterschiedlichen Rang zu, wie Inglehart unterstellt, sondern sie vertreten in dieser Hinsicht eine grundsätzlich divergierende Einstellung: Die Auseinandersetzung zwischen ihnen dreht sich um die Frage, ob man den Forderungen der Neuen Politik Rechnung tragen soll, wenn sie in der Substanz berechtigt sind, aber unter Umständen gegen geltendes Recht verstoßen (Protest) oder ob die Gesetze auch dann Gehorsam beanspruchen dürfen, wenn sie ungerechte Regelungen enthalten. Damit verbindet sich ein weiterer Konflikt zwischen der Forderung nach individueller Freiheit und Selbstbestimmung und dem Erfordernis sozialer Kontrolle. Mit dem Begriff der Gegenkultur assoziieren Miller und Levitin die Absage an die Prinzipien der Erwerbs- und Wettbewerbsgesellschaft, den Konformismus, die Konventionen und die institutionalisierten religiösen Bindungen. Deren Platz nehmen im Wertesystem der Gegenkultur das Streben nach einer persönlich sinnerfüllten Existenz und nach positiven zwischenmenschlichen Beziehungen ein. Anders als Inglehart, der den Wertwandel mit Veränderungen in den Prioritätenstrukturen gleichsetzt, betonen Miller und Levitin den grundsätzlichen Dissens über die Ziele der Alten und der Neuen Politik. Befürworter der Alten Politik, die Angehörigen der „Silent Minority“, lehnen die Werte der Gegenkultur und die Mittel des Protestes grundsätzlich ab. Sie beantworten die Forderungen der „New Liberals“ mit dem Ruf nach Recht, Ordnung und sozialer Kontrolle. Letztere weisen eine ähnlich konsistente Orientierung auf: Sie verbinden die Propagierung von Gegenkultur und Protest mit der Ablehnung von Ruhe, Ordnung und sozialer Kontrolle (vgl. Miller, Levitin 1976:69ff). Ähnlich wie Miller und Levitin sehen Klages und Herbert (1983:29ff) eine fundamentale Spannung, einen „kulturellen Riß“, zwischen den Verfechtern von KON- und NON-KON-Dispositionen. KON-Werte stehen für Selbstkontrolle, Pflicht/Anpassung und instrumentelle Daseinssicherung. Mit dem Begriff NON-KON-Dispositionen belegen sie ein Orientierungssyndrom, das durch die Leitwerte Selbstaktualisierung, partizipatives Engagement und idealistische Daseinsgestaltung charakterisiert ist. Im KON-Orientierungs-

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

system tauchen der Respekt vor Gesetzen, Anpassung, Pünktlichkeit und Pflichtbewußtsein auf, für NON-KON-Dispositionen sind die hohe Wertschätzung politischen Engagements, der Wunsch nach betrieblicher Mitbestimmung, sexueller Freiheit und einem aufregenden Leben typisch (vgl. auch mit gewissen Akzentverschiebungen: Klages 1988:112ff).

Obgleich die Analysen der einzelnen Forscher unterschiedlich angelegt sind, weisen sie zahlreiche Übereinstimmungen auf. Nach den von Miller und Levitin vorgelegten Ergebnissen tendieren die „Neuliberalen“ überdurchschnittlich stark zu postmaterialistischen Zielen, dagegen befinden sich unter den Angehörigen der „Silent Minority“ besonders viele Materialisten (vgl. Miller, Levitin 1976:178). Bei der Analyse der Issue-Präferenzen in der nationalen Politik zeigten sich ebenfalls so deutliche Unterschiede zwischen Verfechtern der „Alten“ und der „Neuen Politik“, daß die Anwendung dieser Konzepte auf der kommunalpolitischen Ebene fruchtbar zu werden verspricht.

Man sollte die Gegenüberstellung von materialistischen/post-materialistischen Wertorientierungen bzw. Zielen der „Alten“ und der „Neuen Politik“ allerdings nicht dahingehend mißverstehen, daß Verfechter der Wertwandelstheorie lediglich von der Existenz dieser beiden reinen Typen von Orientierungsmustern ausgingen. Materialismus und Postmaterialismus bzw. KON- und NON-KON-Dispositionen stellen vielmehr die Endpunkte eines Kontinuums dar, zwischen denen sich Personen mit gemischten Wertorientierungen befinden (vgl. besonders deutlich: Klages 1988:112ff).

Ungeklärt bleibt bei Inglehart wie bei Miller und Levitin das Verhältnis zwischen den individuellen Bedürfnissen, den für die persönliche Lebensgestaltung maßgeblichen Leitwerten und den sozio-politischen Zielen, deren Realisierung die Bevölkerung von der politischen Gemeinschaft erwartet. Insbesondere Inglehart hat sich mit dem Einwand auseinanderzusetzen, er trenne die verschiedenen Dimensionen des Werteproblems nicht zureichend voneinander, reduziere die Werteforschung auf die Analyse von Kollektivzielen und ziehe zu deren Erklärung ein Konzept heran, das eigentlich für die Analyse persönlicher Bedürfnisse entwickelt worden sei. Mehrere Forscher verwiesen deshalb auf die Notwendigkeit, die für die Gesellschaftsgestaltung maßgeblichen Präferenzen von den bei der persönlichen Lebensgestaltung verfolgten Zielen abzugrenzen. Diese Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Werten ist nicht nur analytisch bedeutsam, auch in empirischen Analysen fand man Brüche zwischen diesen Elementen des individuellen Orientierungssystems (vgl. zur theoretischen wie zur empirischen Relevanz dieser Unterscheidung Barnes, Farah, Heunks 1979; Dittrich 1984:8, 44; Farah, Barnes, Heunks 1979; Gluchowski 1987; Hondrich 1983a:43ff; 1983b:84ff; Klages, Herbert 1983:29ff; Marsh 1975:28ff; 1977:174ff). Marsh (1975:29; 1977:174) stellte beispielsweise in Großbritannien eine Diskrepanz zwischen den privaten Zielen der Postmaterialisten und ihren Forderungen an das politische System fest: „Postmaterialists seemed to be demanding freedom and participation for the nation

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

and cash and security for themselves“. In dieselbe Richtung geht ein Einwand von Herz (1979:298f): „Für die gegenwärtige Situation der Nachkriegsgeneration, d. h. für Menschen im Alter zwischen 18 und 40, scheint es typisch zu sein, daß post-materialistisch gedacht und materialistisch gelebt wird. Wird nicht gleichzeitig großer Wert auf ein angenehmes Leben, auf einen ‚besonderen Geschmack‘, auf exotische Güter und Dienstleistungen und auf Selbstverwirklichung, auf saubere Luft und auf ‚natürliche‘ Umwelt gelegt? Nimmt man nicht gleichzeitig Anteil an dem Schicksal unterdrückter Völker, den Benachteiligten und den Minoritäten und ist an niedrigen Preisen und überhaupt an dem ‚Diesseitigen‘ interessiert?“

Selbst wenn man berücksichtigt, daß bei einer Untersuchung des Einflusses von Wertorientierungen auf die Wahrnehmung und Bewertung kommunaler Aufgaben die für die lokale politische Gemeinschaft angestrebten Ziele im Vordergrund stehen müssen, lassen sich die Argumente für eine Differenzierung zwischen verschiedenen Elementen des individuellen Orientierungssystems nicht beiseite schieben. Inglehart gewinnt seine Annahmen über die Bedingungen und über den Verlauf des Wandels kollektiver öffentlicher Werte in westlichen Demokratien aus einem Konzept, das ursprünglich zur Erklärung des Wandels individueller Bedürfnisse entwickelt wurde. Dabei unterstellt er, daß Veränderungen in beiden Bereichen nach einem ähnlichen Prinzip vor sich gehen, dem des abnehmenden Grenznutzens (vgl. z. B. Inglehart 1979b:281). Im Hinblick auf den unterschiedlichen theoretischen Status von Wertorientierungen und Bedürfnissen (vgl. hierzu ausführlicher: Hillmann 1986:60ff; Hondrich 1979:72ff; 1983a:38f) ist diese Annahme jedoch keineswegs zwingend.

Klages und Herbert (1983:29ff) ziehen aus den möglichen Divergenzen zwischen Individualbedürfnissen, persönlichkeits- und kollektivbezogenen Wertorientierungen die angemessene Konsequenz. Sie entwickeln einen mehrdimensionalen Ansatz zur Erfassung von Wertorientierungen, der die Gesamtmenge von Wertorientierungen in die drei Komplexe „Selbstzuschreibung von Persönlichkeitsmerkmalen“, „Zielkategorien der persönlichen Lebensgestaltung“ und „Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers“ zerlegt. Mit Hilfe dieses modifizierten Erklärungsansatzes bestätigen sie die von Inglehart vorgelegten Ergebnisse insoweit, als auch sie zwischen traditionellen (KON-Dispositionen) und neuen gesellschaftlichen Wertorientierungen (non-KON-Dispositionen) unterscheiden, diese Differenzierung aber auf jeder dieser drei Analyseebenen vornehmen. Abweichungen von Ingleharts Konzeption bestehen vor allem in den folgenden beiden Merkmalen:

(1) Klages und Herbert erfassen ausdrücklich die persönlichkeits- *und* die kollektivbezogenen Aspekte des individuellen Wertesystems.

(2) Wie Miller und Levitin interpretieren sie den Unterschied zwischen KON- und NON-KON-Dispositionen als einen Gegensatz, nicht als einen Dissens über die Rangfolge grundsätzlich erstrebenswerter Ziele: „Grundsätzlich können wir davon ausgehen, daß wir in den KON- und NON-KON-Dispositionen grund-

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

legende Polaritäten im Wertgefüge unserer Gesellschaft vor uns haben. Der zwischen diesen Dispositionen insgesamt bestehende starke Gegensatz (...) deutet, schlicht gesagt, auf fundamentale Spannungsverhältnisse und Gegenkräfte in diesem Gefüge hin. ... Die Anwendung unserer Wertorientierungsmaße macht also – anders ausgedrückt – einen ‚Riß‘ sichtbar, der sich durch unser gesamtes Material erstreckt und der offensichtlich eine ‚Hauptspannungslinie‘ (...) markiert, die unsere gegenwärtige politische Kultur in einer durchgängigen Weise charakterisiert“ (Klages, Herbert 1983:36, Hervorhebungen im Original; vgl. auch: Klages 1984:17ff; 1988:56ff).

Die bislang durchgeführten Untersuchungen des Zusammenhanges zwischen Wertorientierungen und Issue-Präferenzen beleuchteten vornehmlich die „Nachfrageseite“ des politischen Marktes, d. h. die mit den Wertorientierungen verbundenen Erwartungen der Bürger an das politische System. Im Unterschied dazu geht es in dieser Untersuchung um die Präferenzstrukturen der Anbieter kommunaler Leistungen, der Kommunalpolitiker. Auch diese können, wie das Beispiel der stark postmaterialistisch geprägten Reformpolitik der sozialliberalen Regierung der Jahre 1969 bis 1974 zeigte, Ausdruck politischer Wertorientierungen sein. Es ist demzufolge nicht ohne weiteres zu unterstellen, daß die langfristig gestiegene und qualitativ veränderte Nachfrage nach politischen Leistungen ausschließlich auf Verschiebungen in den Erwartungen der Bürger zurückgeht. Eine derartige Tendenz kann auch von einer Umorientierung der Prioritäten der Anbieter öffentlicher Leistungen in Politik und Verwaltung ausgehen. Insofern erscheint es sinnvoll, in den Vorstellungen der Politiker von der wünschenswerten Form menschlichen Zusammenlebens mögliche Determinanten des Umfangs und der Struktur kommunaler Leistungen zu sehen (vgl. zu diesem Problemkomplex die Hinweise bei Arzberger 1980:117ff; Baker, Dalton, Hildebrandt 1981:136ff; Klages 1984:102ff; Schmitt 1987:107ff).

3.2.2 Alte und Neue Werte in der nationalen und lokalen Politik

Ogleich bislang weder Inglehart noch einem anderen Verfechter der Wertwandelskonzeption ein überzeugender Nachweis der These gelungen ist, daß sich die westlichen Industriegesellschaften tatsächlich in einer Phase des Übergangs von materialistischen zu postmaterialistischen Prioritäten befinden (vgl. hierzu mit zahlreichen weiterführenden Literaturnachweisen: Gabriel 1984; 1986:129ff; anders dagegen: Dalton 1984:108ff; 1986; 1988:85ff; Mnich 1989:263ff), lieferte die bisherige Forschung so zahlreiche Indizien für die politische Bedeutsamkeit der Unterscheidung zwischen materialistischen und postmaterialistischen Präferenzen, daß man bei der Analyse des Wandels kommunalpolitischer Aufgaben auf eine modifizierte Form dieses Konzept zurückgreifen sollte. Auf einer breiten komparativen Datenbasis wies Inglehart (1987:122ff) die Existenz einer quantitativ beachtlichen postmaterialistischen Minderheit in den westlichen Demokratien nach. In der Bundesrepublik nahm der Anteil der Postmaterialisten vor allem seit 1981 stark zu. Personen mit post-

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

materialistischen Präferenzen finden wir vor allem in den jungen, gut ausgebildeten Bevölkerungsgruppen (vgl. nähere Angaben hierzu bei Dalton 1986:432ff; 1988:85ff; Gabriel 1986:129ff).

Während sich die Wertepluralisierung in den siebziger Jahren allenfalls ansatzweise in den Parteienkonflikt umsetzte, (vgl. z. B. bei Hildebrandt, Dalton 1977), läßt sich spätestens seit dem Regierungswechsel 1982 eine zunehmende Relevanz der materialistischen und postmaterialistischen Präferenzen für die Einstellung der Bevölkerung zu den politischen Parteien und für das Wählerverhalten beobachten. Die GRÜNEN stellen eine typisch postmaterialistische Partei dar, die Anhängerschaft der SPD differenziert sich zunehmend in eine materialistische alte Linke und eine postmaterialistische neue Linke (vgl. ausführlich: Bürklin 1984; 1988:125ff, bes. Tab. 9; Dalton 1986:442ff, bes. Tab. 5, 448; 1988:169ff; Gabriel 1990).

In der Anhängerschaft der CDU/CSU sind die Postmaterialisten nach den vorliegenden Forschungsergebnissen zwar schwächer repräsentiert als in der Gesamtbevölkerung, dennoch gibt es auch in der Wählerschaft dieser beiden Parteien eine relativ starke postmaterialistische Minderheit. Nach den von Hermann Schmitt (1987:73ff) vorgelegten Analysen der Orientierungsmuster mittlerer Führungsgruppen der politischen Parteien gilt dies auch für die Parteimitglieder bzw. Parteitage delegierten. Allerdings ist die Bedeutung des Konzepts der „Neuen Politik“ in der CDU eine andere als in der CSU. Zudem unterscheiden sich beide Parteien in der konkreten Ausprägung des Konflikts zwischen Alter und Neuer Politik von der SPD und der FDP. Schmitt (1987:210, 212f.) stellt hierzu fest: „...gemessen an der Wahrnehmung und ideologischen Verarbeitung mittlerer Parteieliten hat das bundesrepublikanische Parteiensystem, läßt man die CSU einmal beiseite, zumindest schon Mitte der 70er Jahre auf Veränderungen des gesellschaftlichen Problemhaushaltes in Richtung einer ‚neuen Politik‘ reagiert ... Eher in der Mitte als am Anfang der 70er Jahre über Rekrutierungsprozesse ‚importiert‘ und zugleich von der Parteiführung als Mehrheitsbeschaffungsstrategie propagiert, hat sich das sozialstrukturelle wie positionale Profil der Befürworter ‚neuer Politik‘ seither wieder abgeschliffen; ... der ideologische Konflikt um die ‚neue Politik‘ ist moderater als bei SPD und FDP“. Daß er gleichwohl vorhanden ist, zeigte sich in der Vergangenheit auf zahlreichen Problemfeldern (Frauenpolitik, Ausländerpolitik, Aids, Verhältnis zu den Ostblockstaaten). Hoffmann-Lange (1986:142ff, bes. 144, Tabelle 13) ermittelte unter den der CDU/CSU angehörigen Mitgliedern der politischen Führungsgruppe der Bundesrepublik 23 Prozent Materialisten, 70 Prozent Mischtypen und 7 Prozent Postmaterialisten. Unter den übrigen mit den Unionsparteien sympathisierenden Angehörigen der nationalen Elite ermittelte sie 29 Prozent Materialisten, 60 Prozent Mischtypen und 11 Prozent Postmaterialisten.

Ähnlich wie in den Vereinigten Staaten scheint die Ausbreitung postmaterialistischer Disposition im rechten Spektrum Gegenreaktionen ausgelöst zu haben.

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

Dies manifestierte sich in den USA am Beginn der siebziger Jahre in der Nominierung rechtsextremer Präsidentschaftskandidaten (Goldwater, Wallace), in der Bundesrepublik dürfte sich in den jüngsten Wahlerfolgen der Republikaner unter anderem ein Protest gegen die Werte der Neuen Politik ausdrücken (vgl. auch Schumann 1990).

3.2.3 *Neue und Alte Werte in der Kommunalpolitik der untersuchten Städte*

Die Bedeutung der politischen Wertorientierungen der Entscheidungsträger für die Inhalte der Kommunalpolitik wurde bislang kaum untersucht. Die wenigen zu diesem Problem vorliegenden Untersuchungen identifizierten jedoch in Übereinstimmung mit den nationenweiten Erhebungen ein typisch postmaterialistisches Bündel kommunalpolitischer Ziele (vgl. Arzberger 1980:156ff; Arzberger, Murck, Schumacher 1979).

Im Hinblick auf die Einordnung unserer Befunde in den bisherigen Forschungsstand ist ein Rückgriff auf Ingleharts Postmaterialismus-Konzept zwingend. Der von ihm entwickelte Materialismus-Postmaterialismus-Index basiert auf einer Rangordnung der vier Einzelziele Preisniveaustabilität, Innere Sicherheit, Sicherung der Meinungsfreiheit und mehr Mitsprache der Bürger bei politischen Entscheidungen. Personen, die den beiden ersten Zielen den ersten und zweiten Platz auf ihrer Prioritätenskala einräumen, klassifiziert Inglehart als Materialisten, Befragte, die der Meinungsfreiheit und der Mitbestimmung den Vorzug geben, als Postmaterialisten. Die übrigen Zielkombinationen stuft er als „Mischtyp“ ein (vgl. ausführlich hierzu: Inglehart 1979 a; 1979b:284ff). Dieser Meßvorschlag wurde zwar zu Recht als wenig komplex kritisiert (vgl. z. B. Flanagan 1982:402ff; Herz 1979:289ff; Klages 1984:22ff,47ff). Er hat sich jedoch forschungspraktisch insofern bewährt, als auf seiner Basis zahlreiche Annahmen über die Bedingungen und Folgen des Wertwandels empirisch erhärtet werden konnten (vgl. zusammenfassend: Bürklin 1988:112ff; Gabriel 1986; Müller-Rommel 1983).

In unserer Befragtengruppe entfielen die weitaus meisten auswertbaren Angaben auf den Mischtyp (122 oder 60,1 Prozent). Die Materialisten waren mit einem Anteil von 29,6 Prozent (n=60) in unserer Befragtengruppe deutlich stärker vertreten als die Postmaterialisten (10,3 Prozent, n=21).¹⁾ Wie in der Wählerschaft dieser Partei bilden letztere bei den CDU/CSU-Kommunalpolitikern eine Minderheit. Allerdings gibt es auch unter den Ratsmitgliedern der CDU/CSU einen hohen Anteil von Befragten mit gemischten Präferenzen. Dieser Umstand läßt auf eine gewisse Ausbreitung postmaterialistischer Politikziele

¹⁾ Bedauerlicherweise waren aufgrund von Mängeln in der Fragebogengestaltung gerade bei dieser Frage zahlreiche nichtklassifizierbare Antworten zu verzeichnen, nämlich 68 oder 25,1 Prozent.

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

im christlich-demokratischen und konservativen Parteienpektrum schließen. Interessanterweise unterscheidet sich die in unserer Umfrage ermittelte Verteilung der Prioritäten nicht allzu stark von dem Muster der nationalen Elitestudie 1981.

Neben dem Inglehartschen Konzept fanden bei der Ermittlung der Wertvorstellungen der CDU/CSU/CSM-Mandatsträger weitere Meßinstrumente Verwendung. In Anlehnung an ein vom Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung entwickeltes, auf den Arbeiten von Klages basierendes Meßkonzept wurden den Befragten sechs Items vorgelegt, deren Wichtigkeit auf einer Punkteskala von 1 bis 6 zu bewerten war. Dabei handelte es sich um die Einstellung zu traditionellen Werten/Einrichtungen, zur Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungen, zu Recht und Gesetz, zum Leistungsprinzip, zur Bedeutung immaterieller Ziele und zu gesellschaftlichen Neuerungen (vgl. Tabelle 3-1). Im Unterschied zum Inglehart-Index, der durch die Verwendung der Items „Preisniveaustabilität“ und „Innere Sicherheit“ ausgesprochen sensibel auf Veränderungen der aktuellen politischen Rahmenbedingungen reagiert (vgl. Belege bei Gabriel 1986:137ff), betreffen diese sechs Items allgemeine Prinzipien des politischen oder gesellschaftlichen Zusammenlebens der Bürger. Sie dürften theorieadäquater und weniger situationsabhängig sein als Ingleharts Konzept.

Nach den in Tabelle 3-1 enthaltenen Daten weisen die Ratsmitglieder der CDU/CSU/CSM allen sechs Zielen eine große Bedeutung zu. Keines von ihnen stufen sie mehrheitlich als unwichtig ein. Dennoch standen die einer wünschenswerten Gesellschaft zugeordneten Ziele in einer klaren Rangordnung. Die an der Spitze und am Ende der Prioritätenliste liegenden Werte weisen die CDU/CSU als Exponentin einer sicherheitsorientierten, traditionsbezogenen Politik aus: Den ersten Rang unter den sechs Zielen nahm der Respekt vor Recht und Gesetz ein, den nahezu drei Viertel der Befragten als sehr wichtig einstufen (73,4%). Dies läßt eine für konservative Wertvorstellungen typische Dominanz der Law- and Order-Thematik erkennen (so schon Berger u.a. 1986:268ff; Erikson, Luttbeg, Tedin 1988:84ff,253ff; Miller, Levitin 1976). Den niedrigsten Stellenwert schrieben die Befragten mit der Bürgerbeteiligung an allen politischen Entscheidungen dem Zentralwert der Neuen Politik zu. Nur 11,1 Prozent stufen dieses Ziel als sehr wichtig ein. Darüber hinaus streuten die Angaben zu dieser Frage stärker um den Mittelwert als bei den übrigen Orientierungen. Die meisten Befragten bewerteten das Ziel der Bürgerbeteiligung zwar nicht als unwichtig, im Vergleich mit den übrigen Merkmalen einer wünschenswerten Gesellschaft, insbesondere dem Respekt vor Recht und Gesetz wiesen sie ihm aber eine deutlich nachrangige Bedeutung zu. Im Hinblick auf zwei in allen bisherigen Arbeiten zum Wertewandel als Kernelemente des Konfliktes über die Alte und die Neue Politik angesprochene Themen geben sich die CDU/CSU-Kommunalpolitiker mehrheitlich als Befürworter traditioneller politischer Werte zu erkennen.

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

Weniger eindeutig läßt sich der Primat traditioneller politischer Werte an der Antwortverteilung über die verbleibenden vier Items erkennen. Das Leistungsprinzip als Bestandteil des Konzeptes der „Alten Politik“ nahm auf der Präferenzskala der Befragten etwa den gleichen Rang ein wie die mit der „Neuen Politik“ assoziierte Aussage, der Mensch müsse mehr zählen als Geld. Der Schutz von Bewährtem wurde nicht wesentlich höher eingestuft als die Offenheit für neue Ideen und geistigen Wandel. Auf eine ähnliche Präferenzstruktur hatte die mit Hilfe des *Inglehart*-Indexes festgestellte weite Verbreitung gemischter Wertorientierungen hingedeutet.

Tabelle 3-1: Bewertung gesellschaftlicher Ziele				
Frage: Wir haben noch einige Dinge zusammengestellt, die einem für das Zusammenleben der Menschen in der Gesellschaft wichtig sein können. Bitte ordnen Sie die folgenden Ziele nach der Bedeutung, die Sie persönlich ihnen beimessen. Sie haben dafür sechs Punkte – von ganz unwichtig bis sehr wichtig – zur Verfügung. Kreuzen Sie bitte den Wert an, der Ihrer Meinung am besten entspricht. Ich möchte in einer Gesellschaft leben, in der ...				
	Mittelwert	Standardabweichung	Prozent sehr wichtig	N
Recht und Gesetz beachtet werden	5.49	1.14	73.4	267
der Mensch mehr zählt als Geld	5.36	1.25	66.1	261
man es durch Leistung zu etwas bringen kann	5.32	1.12	59.0	264
Bewährtes geschätzt und geachtet wird	5.18	1.25	56.1	266
man offen ist für neue Ideen und geistigen Wandel	5.17	1.12	47.6	257
die Bürger an allen Entscheidungen beteiligt sind	3.58	1.39	11.1	252

Im Hinblick auf die Einwände gegen Ingleharts Konzeptualisierung des Wertewandels wurde die Analyse sozialer Wertorientierungen durch einige Fragen zu den Zielen der persönlichen Lebensgestaltung ergänzt. Einen Vorschlag zur Messung der fünf Maslowschen Bedürfniskategorien unterbreitete die Forschergruppe um Hondrich (1983a:50ff; 1983b:84ff). Für unsere Befragung wurden aus diesem Zielkatalog sechs Items ausgewählt, die jeweils eines der von Maslow beschriebenen Bedürfnisse repräsentieren sollten (vgl. Tabelle 3-2). Für die elementaren Sicherheitsbedürfnisse stehen die Items „Gesund sein“

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

und in „einem sicheren Staat leben“, die wirtschaftliche Daseinssicherung wird über das Item „finanziell gesichert sein“ erfaßt, das Item „einen Kreis von guten Freunden haben“ repräsentiert das Bedürfnis nach sozialer Zugehörigkeit, „von anderen respektiert und geachtet werden“ steht für soziale Anerkennung und „eine Tätigkeit ausüben, die den eigenen Neigungen entspricht“, für die individuelle Selbstverwirklichung. Die Prüfung des Zusammenhanges zwischen der Einstufung privater und öffentlicher Ziele bleibt der empirischen Analyse vorbehalten. In der Terminologie Ingleharts wären die Sicherheits- und Wohlstandsziele als materialistisch, die sozio-kulturellen Ziele als postmaterialistisch zu klassifizieren (vgl. Abbildung 3-1).

An der Spitze der persönlichen Prioritätenhierarchie stand der Wunsch nach Gesundheit. Dies Ziel hielten 92,3 Prozent der Befragten für sehr wichtig. Die überragende Stellung der Sicherheits- bzw. Rechtsstaatsproblematik in der Vorstellungswelt christlich-demokratischer Kommunalpolitiker unterstreicht der hohe Stellenwert des Bedürfnisses, in einem sicheren Staat zu leben. Es folgt

Tabelle 3-2: Bewertung persönlicher Ziele

Frage: Auf der folgenden Liste stehen einige Dinge, die im persönlichen Leben der Menschen eine mehr oder weniger große Rolle spielen. Wir möchten Sie jetzt bitten, uns anzugeben, wie wichtig für Sie persönlich diese Dinge sind. Sie können dabei wieder zwischen einem (ganz unwichtig) und sechs Punkten (sehr wichtig) vergeben.

	MW	SDA	Anteil sehr wichtig	N
Gesund sein	5.83	.72	92.3	271
In einem sicheren Staat leben	5.59	.93	74.9	271
Einen Kreis von guten Freunden haben	5.37	.95	59.0	268
Eine Tätigkeit haben, die den eigenen Neigungen entspricht	5.30	.96	54.2	269
Finanziell gesichert sein	5.08	.92	36.9	268
Von den anderen geachtet und respektiert werden	4.48	1.16	21.8	267

mit einem deutlichen Abstand zum nächsten Ziel auf dem zweiten Platz. In dieser Hinsicht decken sich die Befunde über die Ziele der persönlichen Lebensgestaltung mit denen der Untersuchung von Kollektivzielen. Es ist allerdings noch genauer zu prüfen, ob mit dem Sicherheitsitem wirklich ein für die persönliche

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

Lebensgestaltung relevantes Ziel oder nicht eher ein Kollektivziel erfaßt wird. Die nächstwichtigen Bedürfnisse sind der Wunsch nach sozialer Zugehörigkeit und nach Selbstentfaltung. Dabei handelt es sich um „höherwertige“ Bedürfnisse im Sinne Maslows. Das Streben nach wirtschaftlicher Sicherheit folgt auf dem vorletzten Rang, das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung hat den niedrigsten Stellenwert. Dennoch wird es deutlich höher eingestuft als Kollektivziel umfassender politischer Partizipation. Ein mit der Bedürfnishierarchiehypothese kompatibles Antwortmuster ist der Randverteilung bzw. den Mittelwerten nicht zu entnehmen. Die Bedürfnisse lassen sich weder in auf- noch in absteigender Reihenfolge in die nach Maslow zu erwartende Ordnung bringen. Vielmehr wechseln materielle bzw. Sicherheitsbedürfnisse und soziale bzw. Selbstverwirklichungsbedürfnisse einander ab. Wie die vergleichsweise geringen Mittelwertunterschiede anzeigen, sind den Befragten alle diese Ziele wichtig. Wie schon bei den Kollektivzielen festgestellt wurde, deutet die Struktur der Rangordnung auf einen hohen Anteil von Trägern gemischter Präferenzen hin.

Die Frage, ob sich die bislang vorgestellten Ziele systematisch in einer Weise gruppieren lassen, die die theoretisch plausible Abgrenzung zwischen persönlichen und gesellschaftsbezogenen Zielen einerseits und zwischen Anliegen der Alten und der Neuen Politik andererseits stützt, läßt sich mit Hilfe einer Faktorenanalyse beantworten, in die die 12 Wertindikatoren (aus Tabelle 3-1 und 3-2) einbezogen wurden. Wenn unsere theoretischen Annahmen zutreffen, müßten sich im Idealfalle vier Faktoren ergeben, denen die 12 Ziele in der folgenden Weise zugeordnet sind:

Abbildung 3-1: Struktur sozialer und persönlichkeitsbezogener Wertorientierungen		
	Persönliche Lebensgestaltung	Gesellschafts- gestaltung
Traditionell/ Materialist. Sicherheit/ Wohlstand	Gesundheit Sicherer Staat Finanzielle Sicherheit	Sicherer Staat Tradition Recht und Gesetz Leistungsprinzip
Neu/Postmat. Zugehörigkeit Selbstverwirklichung	Freunde Respekt anderer Erfüllte Tätigkeit	Geistiger Wandel Mensch > Geld Bürgerbeteiligung

Die empirische Analyse stützte diese theoriegeleitete Typisierung nur zum Teil. Sie ergab eine Trennung zwischen drei Faktoren, von denen der erste und wichtigste Faktor 40 Prozent der in den Items enthaltenen Varianz festlegte

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

(vgl. Tabelle 3-3).²⁾ Die hohen Ladungen der Variablen Leistung, Recht und Gesetz sowie Tradition legen es nahe, diese als traditionelles Wertemuster im

Tabelle 3-3: Faktorenanalyse: Bewertung gesellschaftlicher und für das Privatleben relevanter Ziele (Pattern Matrix)

	FAKTOR 1	FAKTOR 2	FAKTOR 3	KOMMUNALITÄT
Leistung	.85128	-.02107	-.15441	.73584
Recht und Gesetz	.83964	.00673	-.05117	.71355
Mensch zählt	.78697	-.01768	.15372	.62921
Bewährtes geachtet	.78020	.01760	-.07183	.62749
geistige Offenheit	.74675	.05218	.28209	.66531
Finanz.Sicherheit	.01076	.74451	-.03871	.56914
Tätigkeit nach Neigung	.05216	.74263	.15007	.58513
Respekt anderer	-.16668	.68131	-.01867	.39774
Freunde	.12754	.64470	.04877	.49765
Gesundheit	.33396	.54054	-.19071	.61900
Bürgerbeteiligung	.12323	.10617	.88006	.78908
Sicherer Staat	.34259	.31761	-.46489	.56384
Eigenwert	4.79243	1.49891	1.10166	
Varianzreduktion	39.9	12.5	9.2	
Varianzreduktion, kumuliert	39.9	52.4	61.6	

Faktorkorrelationsmatrix:

	FAKTOR 1	FAKTOR 2	FAKTOR 3
FAKTOR 1	1.00000		
FAKTOR 2	.42847	1.00000	
FAKTOR 3	-.01132	-.11047	1.00000

Anmerkung:

Eine Faktorladung von 1.00 indiziert eine perfekte positive Beziehung zwischen dem Faktor und der betreffenden Variablen, eine Faktorladung von -1.00 deutet auf eine perfekte negative Beziehung hin, ein Ladung von 0.00 gibt an, daß der Faktor und die Variable nicht miteinander in Beziehung stehen. Vorgelegt werden die Ergebnisse einer Hauptkomponentenanalyse mit schiefwinkliger Rotation der Faktoren. Die Ladungszahlen sind Regressionsgewichte.

²⁾ Die folgende Darstellung basiert auf den Ergebnissen einer schiefwinklig rotierten Hauptkomponentenanalyse. Präsentiert werden die Regressionsgewichte der Items auf den Faktoren. Die Anwendung anderer faktorenanalytischer Modelle führte zu ähnlichen Ergebnissen.

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

Sinne von Klages und Herbert (1983), Miller und Levitin (1976) oder als Materialismus Inglehartscher Prägung (1977a) zu interpretieren. Nicht ganz unproblematisch erscheint eine derartige Interpretation aber deshalb, weil abweichend von den Erwartungen auch die postmaterialistischen Ziele „Der Mensch zählt mehr als Geld“ und „Offenheit für neue Ideen und geistigen Wandel“ fast ebenso stark mit dem ersten Faktor verbunden sind wie die traditions- und sicherheitsbezogenen Werte. Offenkundig gehören sie für christlich-demokratische Kommunalpolitiker zum Bild einer guten Gesellschaft, lassen sich vom Leistungsprinzip, dem Wunsch nach Sicherheit und Ordnung der Bewahrung von Traditionen nicht trennen und demonstrieren erneut die Verschmelzung von Elementen der Alten und der Neuen Politik. Zu einem ähnlichen Ergebnis war auch Schmitt (1987:147ff) gekommen, der die Neue Politik in der CDU tendenziell mit einer überdurchschnittlich starken gewerkschaftlichen und kirchlichen Bindung verknüpft fand (Schmitt 1987:147). Sollte sich diese Einschätzung durch weitere Daten erhärten lassen, dann hätten wir einen wichtigen Beleg für die prinzipielle Vereinbarkeit von Zielen der Alten und der Neuen Politik gefunden. Für eine Volkspartei vom Typus der CDU/CSU ist ein derartiger Politikmix durchaus marktgerecht, weil er das Bemühen dokumentiert, die alten Wählergruppen an die Partei zu binden, zugleich aber neue Schichten anzusprechen. Auf einer derartigen Zielkombination beruhten die großen Wahlerfolge der SPD im Jahre 1972 und der CDU/CSU bei der Bundestagswahl 1983.

Der zweite Faktor bindet weitere 12.5 Prozent Varianz. Er repräsentiert alle für die persönliche Lebensgestaltung maßgeblichen Ziele. Hierzu gehören die Selbstentfaltung im Beruf, die Achtung durch Andere, die finanzielle Sicherheit, der Freundeskreis und die Gesundheit. Das Item „in einem sicheren Staat leben“ weist nur eine schwache Ladung auf dem zweiten Faktor auf. Dessen Zusammensetzung entspricht unseren Erwartungen insoweit, als sich Privat- und Kollektivziele voneinander trennen lassen. Mit der plausiblen Ausnahme des Zieles „in einem sicheren Staat leben“ sind die Regressionsgewichte sämtlicher Ziele der Gesellschaftsgestaltung für den zweiten Faktor unerheblich. Gescheitert ist dagegen der Versuch, in den für das Privatleben maßgeblichen Leitwerten eine materialistische und eine postmaterialistische Dimension zu identifizieren. Sowohl existentielle Sicherheitsbedürfnisse als auch nichtmaterielle Selbstverwirklichungsbedürfnisse laden hoch auf diesem Faktor. Die Ladungsgewichte geben keine Anhaltspunkte auf die Existenz einer Bedürfnishierarchie im Sinne Maslows. Obgleich sich die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Belangen empirisch bewährt, hängen beide miteinander zusammen. Dies belegt die positive Korrelation zwischen dem ersten und dem zweiten Faktor ($r = .43$).

Der dritte Faktor, der nochmals einen Varianzbetrag von 9.5 Prozent festlegt, wird eindeutig durch den Gegensatz zwischen postmaterialistisch-partizipativen Zielen einerseits und Sicherheitszielen auf der anderen Seite bestimmt. Die weitaus höchsten Ladungen weisen die Ziele „Bürgerbeteiligung“ und „in

Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

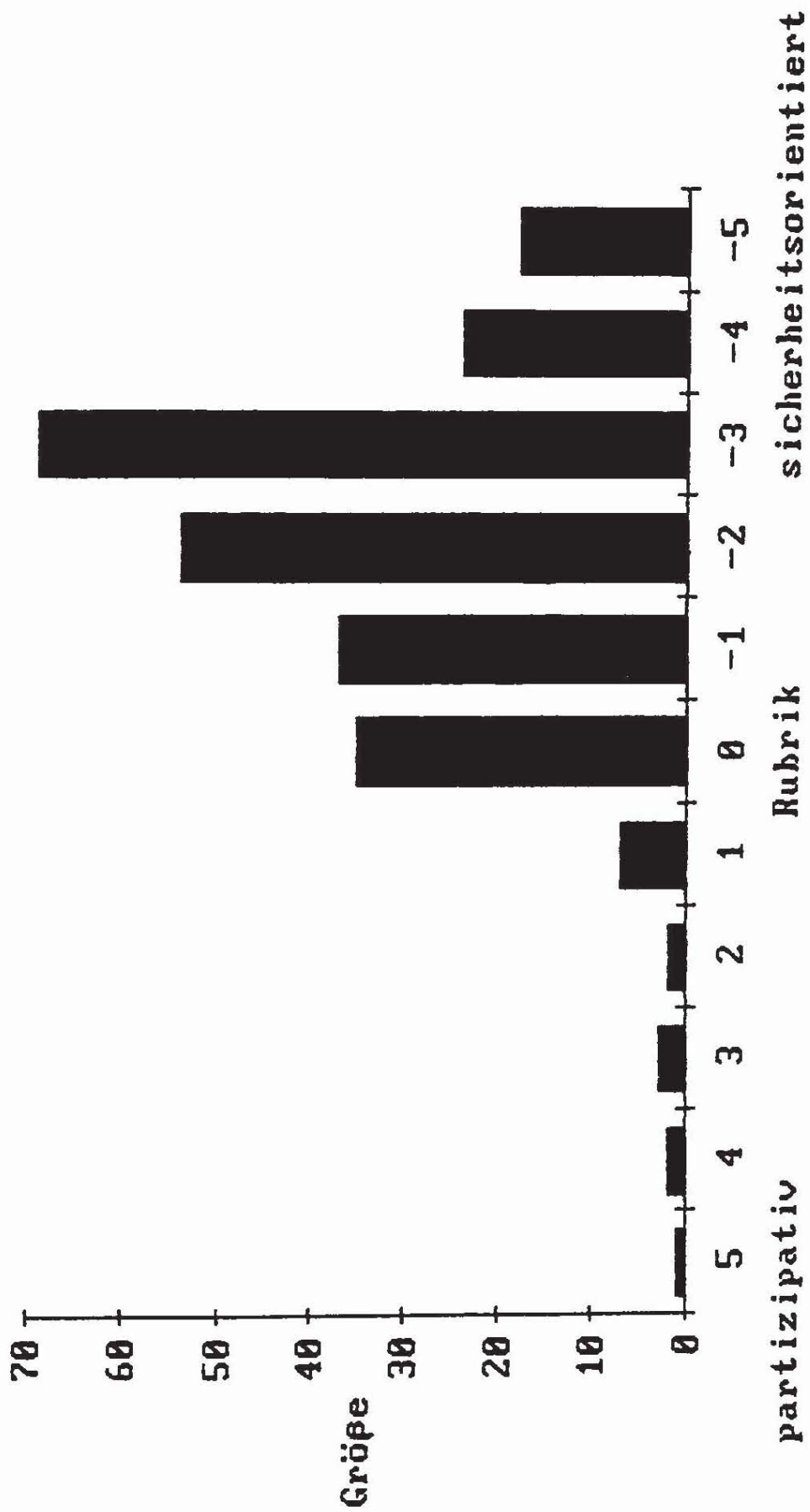
einem sicheren Staat leben“ auf. Die Bedeutung der übrigen Einstellungen für diesen Faktor tritt dahinter klar zurück. Jedoch stützen die Vorzeichen weiterer, schwächer ladender Indikatoren seine Interpretation als „Postmaterialismus/non-KON-Faktor“: Die Ziele „Offenheit für neue Ideen“, „der Mensch soll mehr zählen als Geld“ und „Selbstentfaltung in der Arbeit“ weisen das erwartete positive Vorzeichen auf. Umgekehrt ist die Einstellung zum Leistungsprinzip schwach negativ mit diesem Faktor verbunden. Bei aller angesichts der schwachen Faktorladungen gebotenen Vorsicht repräsentiert der dritte Faktor den von Klages und Herbert sowie von Miller und Levitin behaupteten Gegensatz zwischen partizipativ-emanzipatorischen Werten und der Law-and-Order-Thematik. Weder der erste noch der zweite Faktor ist erkennbar mit dem dritten Faktor verbunden. Dieser korreliert jedoch schwach positiv ($r = .26$) mit dem Inglehart-Index.

Mit Hilfe eines erweiterten Untersuchungsansatzes konnte die Bedeutsamkeit der Unterscheidung zwischen Alter und Neuer Politik sowie zwischen Individual- und Kollektivzielen empirisch belegt werden. Aufgrund der spezifischen Zusammensetzung unserer Befragtengruppe ergaben sich allerdings – wie bei Schmitt (1987) – etwas andere Wertemuster als in der Gesamtbevölkerung.

Für unsere weitere Untersuchung ist vor allem der dritte Faktor bedeutsam, weil er als einziger den Konflikt zwischen partizipativ-postmaterialistischen und materialistisch-sicherheitsorientierten Werten abbildet. Inhaltlich ähnelt er dem Inglehartschen Materialismus-Postmaterialismus-Index. Er ist aber theoretisch besser fundiert als dieser, weil die issuenahere Einstellung zur Inflationsbekämpfung nicht in das Meßinstrument eingeht und weil er die inhaltliche Mehrdeutigkeit von Ingleharts Konstrukt vermeidet: Die durch den dritten Faktor abgebildete Dimension ist auf den Gegensatz Sicherheit-Partizipation, zwei symbolisch-expressive Ziele, zentriert, materielle Ziele spielen bei seiner Interpretation keine Rolle. Für die weitere Untersuchung erscheint es zweckmäßig, die Präferenz für die Ziele der Neuen Politik nur durch diese beiden Items zu messen, die den Gegensatz zwischen Alter und Neuer Politik in unserer Probandengruppe widerspiegeln, nämlich die Einstellung zur Bürgerbeteiligung und zur staatlichen Sicherheit.³⁾ Auf der Basis dieses Meßinstruments ergibt sich eine klare Präferenz der CDU/CSU/CSM-Ratsmitglieder für traditionelle Ziele: Als Verfechter partizipativ-postmaterialistischer Ziele sind 5,5 Prozent der Befragten einzustufen, 12,9 Prozent weisen gemischte Orientierungen auf, 74,6 Prozent sind sicherheitsorientiert und 7 Prozent lassen sich nicht klassifizieren (vgl. Abbildung 3-2).

³⁾ Statt über die Faktorwerte erfasse ich die Dimension alte/neue Werte durch einen einfachen, durch die Subtraktion der Punktwerte der Items „Bürgerbeteiligung“ und „in einem sicheren Staat leben“ gebildeten Index. Er variiert zwischen -5 und $+5$. Negative Werte indizieren einen Vorrang der Neuen Politik, positive Werte eine Dominanz der Alten Politik. Bei einem Punktwert von 0 werden beide Wertitems als gleich wichtig eingestuft. Bei einer Verwendung der Faktorwerte ergibt sich zwar eine andere Randverteilung, jedoch keine substantiell andere Beziehung zu den im weiteren untersuchten Variablen.

Abbildung 3-2 : Die Präferenz der Mandatsträger für Sicherheits- oder Partizipationsziele (Angaben : Fallzahlen)



Das Konzept der Alten und Neuen Politik und seine Bedeutung

Nach den Ergebnissen der Werteforschung rekrutieren sich die Verfechter sicherheitsorientierter bzw. partizipativer Ziele aus klar identifizierbaren gesellschaftlichen Trägergruppen. Postmaterialisten sind besonders zahlreich unter den jungen, formal gut gebildeten Bürgerinnen und Bürgern westlicher Demokratien. Sie üben vorzugsweise Dienstleistungsberufe aus, weisen eine schwache Kirchenbindung auf und ordnen sich ideologisch eher dem linken Spektrum zu (vgl. Bürklin 1988:116f; Gabriel 1986:140ff; für die CDU/CSU mit gewissen Modifikationen: Schmitt 1987:131ff).

Vor der Prüfung dieser Annahmen ist nochmals an die große parteipolitische und ideologische Homogenität unserer Befragtengruppe zu erinnern. Die Span-

Tabelle 3-4: Bestimmungsfaktoren partizipativ-egalitärer Wertorientierungen

VARIANZANALYSE

	SAQ	FG	PCT.	MAQ
HAUPTEFFEKTE	27.473	11	2.498	
BILDUNG	21.081	3	2.95	7.027
RELIGION	3.205	2	0.45	1.602
BERUF	1.172	2	0.16	.586
ALTER	1.692	3	0.02	.564
RECHTS-LINKS-POSITION (COV)	.324	1	0.00	.324
INTERAKTIONSEFFEKTE	90.046	37		2.434
BILDUNG*RELIGION	23.056	6	3.22	3.843
BILDUNG*BERUF	3.011	6	0.42	.502
BILDUNG*ALTER	30.649	9	4.28	3.405
RELIGION*BERUF	9.920	4	1.39	2.480
RELIGION*ALTER	18.599	6	2.60	3.100
BERUF*ALTER	11.689	6	1.64	1.948
ERKLÄRT	117.520	48	16.42	2.448
UNERKLÄRT	597.843	177	83.58	3.378
INSGESAMT	715.363	225	100.00	3.179
REGRESSIONSKOEFFIZIENT DER KOVARIATE				
RECHTS-LINKS-POSITION	-.023			

Anmerkung:

SAQ: Summe der Abweichungsquadrate der Beobachtungswerte in den Gruppen vom Mittelwert; FG: Freiheitsgrade (= Zahl der Gruppenmerkmale - 1); PCT: Prozent der durch die betreffende Variable bzw. den Interaktionseffekt reduzierten Varianz; MAQ: Mittlere Abweichungsquadrate (SAQ/FG)

Alte und Neue Politik im Rahmen der Werteforschung

MULTIPLE KLASSIFIKATIONSANALYSE (Fortsetzung von Tabelle 3-4)					
MITTELWERT GESAMTGRUPPE 1.947					
VARIABLE und GRUPPE	N	OHNE KONTROLLE HE			KONTROLLE VON HE
		ABW Eta	ABW Beta	ABW Beta	+COV Beta
BILDUNG					
Volksschule	41	.05	.03	.04	
Mittelschule	55	.27	.34	.35	
Hochschulreife	58	.24	.25	.24	
Hochschule	72	-.43	-.48	-.48	
		.17	.19	.19	
KIRCHGANG					
mehrmals im Jahr uw	38	-.16	-.20	-.21	
einmal im Monat	73	-.02	-.07	-.06	
häufiger	115	.06	.11	.11	
		.04	.07	.07	
BERUF					
Angestellte/r	64	.01	-.11	-.12	
Beamter/in	107	-.01	.08	.08	
Selbständige/r	55	.02	-.02	-.02	
		.01	.04	.05	
ALTER					
jünger als 40 Jahre	22	-.36	-.21	-.20	
40-49 Jahre	67	.05	-.01	-.02	
50-64 Jahre	113	.04	.01	.01	
65 Jahre u.ä.	24	.01	.19	.19	
		.07	.05	.05	
Multiple R			.195	.198	
Multiple R ²			.038	.038	

Anmerkung:
 In den Zellen sind die Abweichungen der Mittelwerte der einzelnen Gruppen vom Gesamtmittelwert angegeben. Je größer die negativen Werte dieser Abweichungen ausfallen, desto stärker sind die postmaterialistischen Präferenzen in der betreffenden Teilgruppe ausgeprägt.
 Eta: Bivariate Beziehung zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen (Eta² Anteil der durch Gruppenmerkmal gebundenen Varianz/bivariat). Das Maximum des Eta-Wertes beträgt 1.00 im Falle einer vollständigen Festlegung des Wertes der abhängigen Variablen durch die unabhängige Variable, das Minimum 0.00 im Falle einer vollständigen Unabhängigkeit. Beta: Stärke der Beziehung zwischen abhängiger und unabhängiger Variable bei Kontrolle aller anderen unabhängigen Variablen. Das Maximum des Beta-Wertes beträgt 1.00 bzw. -1.00 im Falle einer vollständigen Festlegung des Wertes der abhängigen Variablen durch die unabhängige Variable, das Minimum 0.00 im Falle einer vollständigen Unabhängigkeit. R und R² sind der multiple Korrelations- bzw. Determinationskoeffizient. Letzterer gibt den Anteil der Varianz der Wertorientierungen an, der durch die Kenntnis der Gruppenzugehörigkeit der Befragten gebunden werden kann. Dabei sind die Interaktionseffekte, d. h. die Wechselwirkungen zwischen einzelnen Erklärungsvariablen nicht berücksichtigt.

Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

nung zwischen Befürwortern der Alten und der Neuen Politik spielt sich vornehmlich zwischen linken und rechten Parteien ab, innerhalb einzelner Parteien auftretenden Wertedifferenzierungen dürfte im Vergleich damit eher eine untergeordnete Bedeutung zukommen. Insofern ist nicht zu erwarten, daß sich in unserer Befragtengruppe das Alte/Neue Politik-Syndrom ähnlich gut auf bestimmte Gruppenzugehörigkeiten zurückführen läßt wie in Analysen der Wertorientierungen von Anhängern verschiedener Parteien.

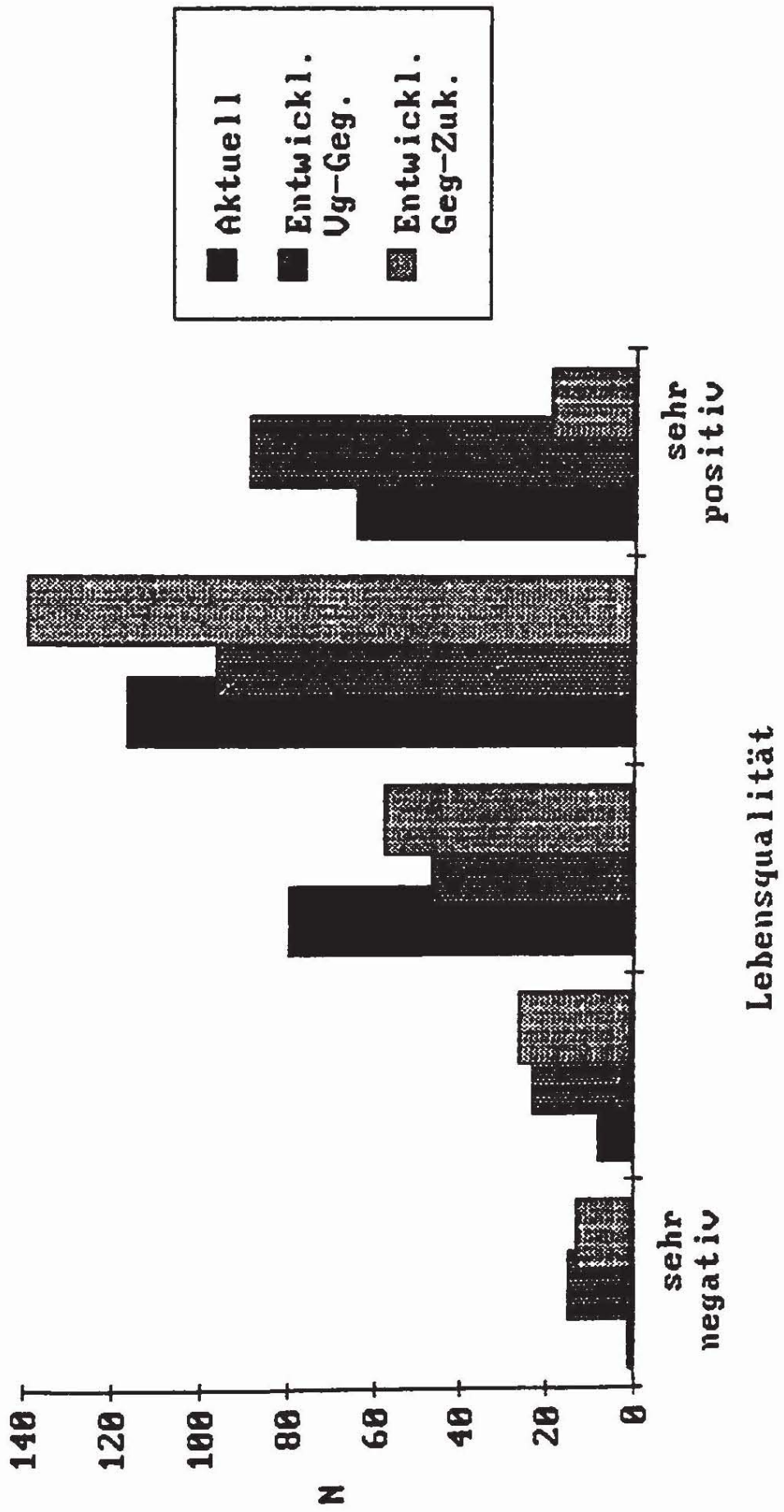
Dennoch zeigen sich in der Analyse die aus nationalen Repräsentativerhebungen bekannten Sachverhalte (vgl. Tabelle 3-4). Die jungen, formal gut gebildeten, kirchenfernen und sich politisch links einstufoenden Mandatsträger von CDU/CSU und CSM tendieren überdurchschnittlich stark zu partizipativ-postmaterialistischen Zielen. Bei Kontrolle aller genannten Variablen erweist sich das Bildungsniveau als die wichtigste Prädiktorgröße des Postmaterialismus. Es wirkt nicht nur direkt, sondern auch vermittelnd über das Alter und über die religiöse Bindung auf den Postmaterialismus ein. Dabei verstärkt es die postmaterialistischen Neigungen der jüngeren Ratsmitglieder, schwächt aber andererseits die Effekte einer geringen Kirchenbindung ab. Anders als bei Schmitt (1987) erwies sich die Gewerkschaftsbindung als irrelevant und wurde deshalb nicht in das endgültige Analysemodell aufgenommen. Mit Hilfe der genannten Variablen und der Berufstätigkeit lassen sich immerhin 16.4 Prozent der Varianz in den Wertorientierungen festlegen.

4 Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

In den Untersuchungen des Wertewandels in der westlichen Welt schreibt man der Wahrnehmung der eigenen und der gesamtgesellschaftlichen Lebensumstände eine wichtige Rolle als Bestimmungsgrößen politischer Präferenzen zu. Nach Inglehart prägen die während des Erwachsenwerdens einer Generationseinheit vorherrschenden wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen entscheidend die im späteren Leben maßgeblichen Wertvorstellungen. Generationseinheiten, deren formative Phase von Erfahrungen wirtschaftlichen Mangels und physischer Bedrohung bestimmt sei, favorisierten später materialistische Sicherheits- und Erhaltungswerte. Umgekehrt bestehe bei den unter Bedingungen physischer Sicherheit und materiellen Wohlergehens aufgewachsenen Generationseinheiten eine überdurchschnittliche Neigung zu postmaterialistischen Selbstentfaltungswerten (vgl. Arzberger 1980; Barnes, Inglehart 1974; Glatzer, Zapf 1984; Inglehart 1971; 1977a:22ff; 1979a:280ff; 1979b:308ff). Zusätzlich zu den kollektiven Lebensbedingungen einer Generationseinheit muß man allerdings die individuell unterschiedlichen Lebensverhältnisse in jeder Generation berücksichtigen. Aus diesem Grunde ist kaum zu erwarten, daß sich formative Erfahrungen ungebrochen in Wertorientierungen umsetzen. Obgleich die Vermittlungsprozesse zwischen diesen Variablen komplizierter ablaufen dürften als Inglehart unterstellt, deckt sich seine Annahme mit den Erkenntnissen der Sozialisationsforschung, daß die in der

Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

Abbildung 4-1 : Die Einschätzung der Lebensqualität ihrer Stadt durch die Mandatsträger (Angaben : Fallzahlen)



Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

Kindheit und Jugend bestehenden kollektiven Lebensbedingungen die politischen Einstellungen Erwachsener beeinflussen.

In diesem Beitrag geht es nicht um den Einfluß weit zurückliegender Sicherheits- und Mangel Erfahrungen auf die Wertvorstellungen unserer Befragten, sondern um die Klärung der Frage, wie die kommunalen Mandatsträger die aktuelle Dringlichkeit kommunaler Aufgaben einschätzen und von welchen Faktoren diese Einschätzung abhängt. Gerade unter diesem Gesichtspunkt kommt der Wahrnehmung und Bewertung der Lebensqualität einer Stadt eine große Bedeutung zu; denn es ist außerordentlich plausibel anzunehmen, daß die Einschätzung der Lebensqualität und der Infrastruktur einer Kommune die Vorstellungen von der Dringlichkeit der Wirtschaftsförderung, des Wohnungsbaus, des Umweltschutzes usw. maßgeblich prägt.

In unserer Untersuchung nahm die Bewertung der Lebensqualität der Städte einen breiten Raum ein. Ein Teil der Fragen bezog sich auf die generelle Bewertung der Lebensbedingungen in den untersuchten Städten bzw. ihrer vergangenen und künftigen Entwicklung, ein anderer Teil hatte konkrete Merkmale der lokalen Infrastruktur zum Gegenstand. Die allgemeine Lebensqualität ihrer Stadt bewerteten die meisten Befragten positiv. Dies gilt für die gegenwärtige, die vergangene und künftig erwartete Entwicklung. 67.2 Prozent der Ratsmitglieder bezeichneten die allgemeinen Lebensbedingungen in ihrer Stadt als sehr gut oder ziemlich gut. Nur 3.4 Prozent kamen in dieser Hinsicht zu einem negativen Urteil. Ähnlich günstig fiel die Einschätzung der Entwicklung während der vergangenen zehn Jahre (68.6 Prozent positive und 14.0 Prozent negative Angaben) sowie in der kommenden Dekade aus (58.3 zu 14.6 Prozent).

Deutlich kritischer beurteilten die Befragten demgegenüber die Wirtschaftsstruktur ihrer Stadt, nämlich jeweils zu etwa einem Drittel schlecht, teils gut/teils schlecht und gut. Auch hier dominierten jedoch mit 37.3 Prozent die positiven Angaben. In Bezug auf die künftige wirtschaftliche Entwicklung überwog die Hoffnung auf Verbesserungen (31.4 Prozent) deutlich die Befürchtung von Verschlechterungen (15.9 Prozent, vgl. Abbildung 4-1). Die übrigen Befragten machten keine Angaben bzw. erwarteten keine Veränderungen.

Obleich die wirtschaftliche Leistungskraft einer Gemeinde zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren der kommunalen Lebensqualität gehört, hängt ihre Attraktivität als Wohnort, Arbeitsplatz oder Unternehmensstandort auch von anderen Faktoren ab. In zunehmendem Maße entwickelten sich das Schul-, Kultur- und Freizeitangebot zu Größen, von denen die Standortentscheidungen von Unternehmen abhängen. Dies belegt unsere Analyse des Zusammenhanges zwischen einzelnen Infrastrukturmerkmalen und der kommunalen Lebensqualität. Im Hinblick auf die Standortqualität ihrer Stadt äußerten sich die meisten Befragten positiv, allerdings beurteilten sie einzelne Infrastrukturmerkmale sehr unterschiedlich (vgl. Tabelle 4-1). Besser als die gegenwärtige örtliche Infrastruktur insgesamt schnitten das schulische und das kulturelle Angebot, die Quantität und die Qualität des Arbeitskräftepotentials und die Anzahl von

Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

Dienstleistungsunternehmen in den Städten ab. Die größten Defizite sah man in der verfügbaren Zahl von Arbeitsplätzen, insbesondere von Teilzeitarbeitsplätzen, im Flächenangebot für die Neuansiedlung und Erweiterung von Unternehmen sowie in den verfügbaren Hilfen beim Einsatz neuer Technologien. Dennoch gab es auch bezüglich dieser Merkmale mehr positive als negative Bewertungen.

Tabelle 4-1: Die Beurteilung der Standortqualität der untersuchten Städte durch die Ratsmitglieder

Frage: Die Standortqualität einer Stadt hängt bekanntlich von vielen einzelnen Faktoren ab. Können Sie uns bitte sagen, wie Sie die nachfolgend genannten Faktoren in Ihrer Stadt bewerten?

	MW	SDA	N
INFRASTRUKTUR STADT INSGESAMT	4.26	1.19	270
SCHULANGEBOT	5.03	1.28	270
KULTURANGEBOT	4.63	1.07	269
ZAHL DER ARBEITSKRÄFTE	4.53	1.14	260
QUALIFIKATION ARBEITSKRÄFTE	4.34	1.04	254
ANTEIL DIENSTLEISTUNGSUNTERNEHMEN	4.33	1.04	266
UNTERNEHMENSMISCHUNG	4.24	1.11	270
ANBINDUNG AN FERNSTRASSEN	4.15	1.72	270
WISSENSCHAFTLICHER AUSTAUSCH	4.13	1.31	245
ANBINDUNG AN BAHNNETZ	4.11	1.48	270
ÖRTLICHE INFRASTRUKTUR	4.09	1.17	264
TECHNOLOGIEANGEBOT	3.50	1.43	243
FLÄCHENANGEBOT UNTERNEHMEN	3.41	1.51	270
ANGEBOT AN ARBEITSPLÄTZEN	3.27	1.63	267
ANGEBOT AN TEILZEITARBEITSPLÄTZEN	3.04	1.36	249

Anmerkung:

Die Bewertung erfolgte anhand einer Sechs-Punkte Skala. Dabei sind der Antwort „sehr gut“ sechs Punkte zugeordnet, der Antwort „sehr schlecht“ ist ein Punkt zugeordnet.

Mit Hilfe einer Regressionsanalyse wurde geprüft, welchen Beitrag die einzelnen Infrastrukturmerkmale zur Bewertung der allgemeinen Lebensqualität in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft leisten. Dabei gehen sämtliche Infrastrukturindikatoren gleichzeitig als unabhängige Variable in die Gleichung ein, die Bewertung der Lebensqualität fungiert als abhängige Variable, deren Ausprägung durch das Zusammenspiel der Infrastrukturgrößen bestimmt wird. Bei einer gleichzeitigen Berücksichtigung aller dieser Standortfaktoren erwies sich in der Sicht der Mandatsträger das Arbeitsplatzangebot als wichtigster Bestimmungsfaktor der aktuellen Lebensqualität einer Stadt,

Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

Tabelle 4-2: Der Zusammenhang zwischen einzelnen Standortmerkmalen der Städte und der Beurteilung der kommunalen Lebensqualität

Variable	Lebensqualität					
	Aktuell		Entw. bisher		Entw. künftig	
	Beta	r	Beta	r	Beta	r
TECHNOLOGIE	.15	.30	.05	.24	.03	.14
GEBURTENRÜCKGANG	.05	-.12	-.01	-.10	.05	-.07
NEUBÜRGERZUWACHS	-.06	-.01	-.08	-.07	.03	.06
SCHULANGEBOT	.13	.36	.07	.29	.24	.37
FLÄCHENANGEBOT	.03	-.01	.12	.11	.09	.10
EINWOHNERZUNAHME	.05	.02	.00	-.05	-.03	-.02
DIENSTLEISTUNG	.11	.28	.01	.20	-.02	.14
AUSLÄNDERZAHL	.02	-.06	.09	-.02	.13	.01
BAHNANBINDUNG	.00	.18	.00	.18	.03	.14
ZUNAHME ALTE	-.00	-.12	.01	-.07	-.17	-.19
ARBEITSKRÄFTE	-.05	.17	.03	.16	.06	.20
TEILZEITARBEIT	-.02	.33	-.11	.22	-.02	.20
FERNSTRASSEN	-.04	.11	.20	.28	.07	.18
ABWANDERUNG	-.04	-.26	-.03	-.22	-.01	-.17
KULTURANGEBOT	.01	.30	-.09	.16	-.08	.17
ARBEITSKRÄFTEQUAL	.08	.32	-.04	.21	.01	.23
EINWOHNERABNAHME	-.11	-.34	.06	-.21	.05	-.18
ABWANDERUNG JUNGE	-.10	-.38	-.08	-.28	-.03	-.23
BRANCHENSTRUKTUR	-.07	.38	.17	.35	.12	.30
WISSENSCHAFT	.03	.31	.08	.23	-.06	.09
ARBEITSPLÄTZE	.33	.52	.32	.38	.20	.34
Multiple R	.60674		.53141		.49793	
R ²	.36813		.28239		.24793	
Bereinigter R ²	.31484		.22187		.18450	

Anmerkung:

Beziehungsmaße von 1.00 bzw. -1.00 indizieren eine perfekte positive (negative) Beziehung zwischen den betreffenden Variablen, ein Beziehungsmaß von 0.00 gibt an, daß die Variablen nicht miteinander in Beziehung stehen. Die Beta-Koeffizienten messen die Stärke des Zusammenhanges zwischen abhängigen und einer unabhängigen Variablen bei Konstanz aller übrigen unabhängigen Variablen an. Die multiplen Korrelationskoeffizienten R bzw R² geben den Zusammenhang zwischen der abhängigen und allen unabhängigen Variablen an.

dessen Bedeutung die aller anderen Infrastrukturvariablen weit übertraf (vgl. Tabelle 4-2). Eine gewisse Relevanz kam daneben dem Technologieangebot, der Entwicklung der örtlichen Dienstleistungswirtschaft und der schulischen Situation zu. Mit Ausnahme des Arbeitsplatzangebotes sind dies ausnahmslos Größen, die eine sich entfaltende Dienstleistungsökonomie charakterisieren. In der Verringerung der Bevölkerungszahl und in der Abwanderung junger Arbeitskräfte sahen die Befragten eine Beeinträchtigung der aktuellen kommu-

Die Einschätzung der örtlichen Lebensbedingungen

nenalen Lebensqualität. Der Einfluß aller übrigen Größen erwies sich im Rahmen einer multivariaten Analyse als vernachlässigbar. Auf die Einschätzung der vergangenen Entwicklung übten neben dem Arbeitsplatzangebot die Branchenstruktur, die Anbindung an das Fernstraßennetz und das Flächenangebot für Unternehmensansiedlungen einen erkennbaren Einfluß aus. Diese Einschätzung dürfte die tatsächliche Entwicklung insofern korrekt widerspiegeln, als diese Indikatoren zu den wichtigsten Bestimmungsfaktoren der ökonomischen Entwicklung einer Kommune gehören, die ihrerseits die städtische Lebensqualität nachhaltig beeinflusst (vgl. auch: Naßmacher 1989; Schäfer, Stricker 1989). Als positive Impulse für die künftige Entwicklung der kommunalen Lebensqualität betrachteten die Ratsmitglieder das Schul- und das Arbeitsplatzangebot sowie die Branchenstruktur der örtlichen Wirtschaft, einen negativen Einflußfaktor sahen sie in der Überalterung der Bewohner. Erstaunlicherweise spielte das kulturelle Angebot keine Rolle als Determinante der Lebensqualität⁴⁾. Mit Hilfe der Infrastruktur- bzw. Entwicklungsindikatoren läßt sich ein erheblicher Teil der Varianz im Urteil über die kommunale Lebensqualität binden. Er liegt bei den aktuellen Lebensbedingungen über dreißig Prozent, in der Vergangenheits- und Zukunftsdimension bewegt er sich um zwanzig Prozent (vgl. Tabelle 4-2).

Zwar befanden sich in der Befragtengruppe, die die Lebensqualität ihrer Stadt besonders positiv bewertete, überdurchschnittlich viele Personen mit post-materialistisch-partizipativ Orientierungen, doch war ein eindeutig interpretierbarer Zusammenhang zwischen der Bewertung der Lebensqualität und den Wertpräferenzen nicht festzustellen. Zwischen diesen Variablen bestand eine ausgesprochen schwache Beziehung, vor allem förderte eine kritische Einschätzung der (materiellen) Lebensbedingungen in der betreffenden Stadt nicht die Neigung, materiellen Belangen sowie Sicherheitszielen den Vorrang vor partizipativen Zielen zu geben. Insoweit bestätigen sich die aus der Mangelhypothese ableitbaren Annahmen nicht (auf die Vorlage von Tabellen hierzu wird verzichtet). Die Wertorientierungen und die Einschätzung der kommunalen Lebensqualität stellen sich in unserer Untersuchung als zwei voneinander unabhängige Sachverhalte dar. Insbesondere konnte nicht festgestellt werden, daß eine sich in der Dimension Vergangenheit-Gegenwart günstig entwickelnde Perzeption der Lebensbedingungen in einer systematischen Beziehung zu den Wertorientierungen stand.

⁴⁾ Einige weitere Indikatoren weisen unplausible Vorzeichen auf. Sie wurden bei der Interpretation nicht berücksichtigt.

5 Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik – Der Wandel der kommunalen Prioritätenstruktur und die Neue Politik

5.1 Das Konzept der Issue-Orientierungen

Als Vorstellungen von der wünschenswerten Form menschlichen Zusammenlebens stehen die Wertorientierungen im Zentrum des individuellen Überzeugungssystems und der Kultur einer Gesellschaft. Im Rahmen der in der jeweiligen Handlungssituation bestehenden Möglichkeiten entscheiden sie darüber, welche Ziele der Bevölkerung und den politischen Führungsgruppen vordringlich erscheinen, welche konkreten Forderungen sie an das politische System stellen bzw. welchen Aufgaben und Maßnahmen sie bei kommunalpolitischen Entscheidungen den Vorrang einräumen.

Um den Einfluß der Wertorientierungen auf die Forderung der Bevölkerung nach bestimmten politischen Leistungen zu prüfen oder um festzustellen, ob politische Entscheidungsträger mit traditionellen Wertpräferenzen eine andere Gewichtung nationaler und kommunaler Aufgaben vornehmen als Verfechter partizipativ-emanzipatorischer Ziele, ist es zunächst erforderlich, zwischen allgemeinen Wertorientierungen und der Präferenz für konkrete politische Maßnahmen und Programme zu unterscheiden. In der Debatte über den Wertewandel geschah dies nicht immer mit der wünschenswerten Deutlichkeit. Dadurch kam es vielfach zu einer Überinterpretation von Einstellungsänderungen. Insbesondere im Inglehart-Index verschwimmen die Grenzen zwischen der Erfassung von Wertorientierungen und der Präferenz für konkrete tagespolitische Aufgaben (ausführlicher hierzu: Flanagan 1982:429ff; Gabriel 1986:129ff).

Die Einstellungen zu politischen Sachproblemen oder Streitfragen bezeichnet man in der wahlsoziologischen Literatur als „Issue-Orientierungen“. Sie gelten neben der langfristig stabilen Partei-Identifikation und der Einstellung zu den Kandidaten als psychologische Bestimmungsfaktoren der Wahlentscheidung. In der Analyse der Einstellung zu politischen Streitfragen unterscheidet man zwischen zwei Aspekten, der diesen Themen zugeschriebenen Wichtigkeit („issue-saliency“/Issue-Bedeutsamkeit) und der Kompetenz der politischen Parteien zur Lösung der betreffenden Probleme („Issue-Kompetenz“, vgl. z. B. Klingemann 1973:227; 1976:200ff). In Anlehnung an Butler und Stokes (1969) grenzt Klingemann weiterhin „policy“-definierte von wert- oder zielorientierten Streitfragen ab. Im ersten Fall steht die Brauchbarkeit bestimmter Mittel zur Erreichung eines Zieles zur Debatte, etwa die Eignung eines Konjunkturprogrammes zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Im zweiten Falle dagegen geht es um die Werthaftigkeit des Zieles „Vollbeschäftigung“ selbst.

Eine weitere Klassifikation der Issue-Orientierungen betrifft den Konsens über die fraglichen Ziele: Ist das Ziel selbst unstrittig, der angemessene Weg zur Zielerreichung dagegen kontrovers, dann sprechen wir von Valenz-Issues (Vollbeschäftigung, Inflationbekämpfung). Ziele, die Gegenstand politischer Konflikte sind (Liberalisierung des Schwangerschaftsabbruches, paritätische

Prioritätenverschiebungen in der nationalen Politik

(Mitbestimmung in Unternehmen), bezeichnet man als Positions-Issues. In der Bundesrepublik als einer Gesellschaft mit einem vergleichsweise moderaten Parteienkonflikt und einem stark ausgeprägten Elitenkonsens (vgl. Hoffmann-Lange 1986) dreht sich die politische Auseinandersetzung hauptsächlich um Valenz-Issues. Dies gilt insbesondere für kommunalpolitische Fragen, die in der deutschen Selbstverwaltungstradition häufig als politisch unstrittige Sachfragen interpretiert wurden. Allerdings verweist Klingemann (1976:202f) auf die Möglichkeit, daß das Aufkommen neuer politischer Wertvorstellungen eine Umwandlung von Valenz- in Positionsisues nach sich ziehen kann (vgl. auch Hildebrandt, Dalton 1977:246f).

5.2 Prioritätenverschiebungen in der nationalen Politik

Trotz seiner ursprünglichen Funktion als Faktor zur Erklärung der Wahlentscheidung läßt sich das Konzept der Issue-Orientierungen auf unser Untersuchungsproblem anwenden; denn auch Mitglieder der politischen Führungsgruppe weisen derartige Einstellungen zur Wichtigkeit von Problemen und zur Problemlösungskompetenz der Parteien auf, die ihr Handeln in Entscheidungssituationen beeinflussen dürften.

In einigen neueren Arbeiten über die Einstellungen zu politischen Issues wurde die zunächst auf der Wertebene vorgenommene Unterscheidung zwischen Themen der Alten und der Neuen Politik aufgegriffen. Dies ist eine sinnvolle Erweiterung der Untersuchungsperspektive, weil Wertorientierungen sich auf Issue-Orientierungen auswirken. Wenn sich also auf der Werte-Ebene eine Differenzierung in traditionelle und postmaterialistische Ziele nachweisen läßt, dann müßte dies auch bei der Einstellung zu konkreten tagespolitischen Streitfragen der Fall sein. In diesem Sinne gingen Baker, Dalton und Hildebrandt (1981:136ff) auf der Grundlage nationaler Repräsentativerhebungen der Frage nach, ob sich in der Bundesrepublik eine Aufwertung von neuen politischen Issues und eine entsprechende Abwertung der „Brot- und Butter-Issues“ der Alten Politik feststellen lasse. Die Autoren beantworteten diese Frage positiv. In einem Rückblick auf die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik stellen sie fest: „One immediate consequence of a change in the political environment is a change in the political agenda – in what people believe are the most important issues facing societies“ (Baker, Dalton, Hildebrandt 1981:136f). Nach der Auffassung von Baker u.a. begünstigten der zunehmende wirtschaftliche Wohlstand und die militärische Sicherheit, die die Bundesrepublik seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges genoß, die Verbreitung von Forderungen der Neuen Politik. Hierzu zählen sie die Verbesserung der Lage der ausländischen Arbeitnehmer, den Umweltschutz, die Frauenemanzipation, den Ausbau der wirtschaftlichen und politischen Mitbestimmung und die internationale Entspannung. Mit dem Begriff der Alten Politik belegen sie das Streben nach militärischer und wirtschaftlicher Sicherheit, den Wunsch nach wirtschaftlichem Wachstum und das Bemühen um den Schutz traditioneller, besonders religiöser, Werte usw.

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

(vgl. Baker, Dalton, Hildebrandt 1981:141). Die präsentierten Daten stützen die These einer zunehmenden Relevanz neuer politischer Themen jedoch nicht ohne weiteres. So nahm die Bedeutung ökonomischer Issues zwischen 1952 und 1972 keineswegs ab, sondern sie veränderte sich zyklisch. Die von Klingemann (1973:243ff, bes. 249, Tabelle 1) vorgelegten Daten für den Zeitraum 1961 bis 1972 belegen ebenfalls den hohen, insgesamt nicht rückläufigen Stellenwert wirtschaftlicher Fragen. Schließlich zeigen auch die zur Abgrenzung von Themen der Alten und der Neuen Politik von Baker u.a. durchgeführten Faktoren-Analysen keine so klare Differenzierung in diese beiden Zielkomplexe wie die Autoren behaupten. Zwar lassen sich einige Items relativ klar der Alten bzw. der Neuen Politik zuordnen (Preisstabilität, Rentensicherung versus Ost- und Bildungspolitik), bei anderen dagegen ist dies nicht der Fall bzw. die von den Autoren vorgenommenen Zuordnungen sind unplausibel. Auf einen besonders problematischen Fall verweisen sie selbst: „... the designation of ‚relations with the United States‘ as an indicator of New Politics may seem open to debate“ (Baker, Dalton, Hildebrandt 1981:147). Dieser Feststellung ist nichts hinzuzufügen.

Aus den Untersuchungen Klingemanns (1973) über den Wandel von Issue-Orientierungen im Zeitraum 1961 bis 1972 und aus meinen eigenen Analysen der Entwicklung der Issue-Präferenzen zwischen 1972 und 1987 ergeben sich keine schlüssigen Hinweise auf einen langfristigen Bedeutungsgewinn von Themen der Neuen Politik oder auf eine Abwertung der Ziele der Alten Politik. In den seit 1972 durchgeführten Mannheimer Wahlstudien wurde regelmäßig die Einschätzung der Wichtigkeit von sechs politischen Themen erhoben. Vier davon (stabile Preise, sichere Arbeitsplätze, Ruhe und Ordnung, sichere Altersversorgung) können unter Plausibilitäts Gesichtspunkten der Alten Politik zugeordnet werden, zwei dagegen sind als Anliegen der Neuen Politik zu klassifizieren (Umweltschutz, Bürgerbeteiligung).⁵⁾ Nach den in Tabelle 5-1 enthaltenen Daten entwickelte sich die Einstellung der Bundesbürger zur Wichtigkeit dieser sechs Probleme im untersuchten Zeitraum nicht einheitlich: Zwar verloren die Inflation bekämpfung und die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Einklang mit der These vom Prioritätenwandel an Bedeutung, dagegen beurteilten die Bundesbürger die Wichtigkeit der Ziele Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, Renten- bzw. Alterssicherung und Bürgerbeteiligung sehr stabil; die Einstellung zum Umweltschutz schwankte stark. An der Spitze der Prioritätenskala standen in sämtlichen Umfragen sozio-ökonomische Ziele. Je nach der konjunkturellen Lage kam dem Kampf gegen die Inflation bzw. gegen die Arbeitslosigkeit der Vorrang zu. Nur einmal, im Jahre 1987, erreichte ein Ziel der Neuen Politik, der Umweltschutz, die Bedeutsamkeit traditioneller sozio-ökonomischer Issues. Ein Prioritätenwandel läßt sich allenfalls insoweit erkennen, als zwei Kernanliegen der Alten Politik, die Inflation bekämpfung und die Aufrechterhaltung von

⁵⁾ Diese Zuordnung läßt sich für die meisten Jahre faktorenanalytisch erhärten. Auf die Vorlage entsprechender Tabellen wird verzichtet.

Prioritätenverschiebungen in der nationalen Politik

Ruhe und Ordnung, während der letzten fünfzehn Jahre offenkundig an Bedeutung verloren haben. Dies läßt aber keinesfalls die Schlußfolgerung zu, daß sich dieser Trend künftig fortsetzen wird. Bei einer Veränderung der ökonomischen oder innenpolitischen Rahmenbedingungen ist eine Reaktualisierung dieser beiden Ziele ohne weiteres vorstellbar.

Tabelle 5-1: Wichtigkeit politischer Probleme in der BRD, 1972–1987 (Angaben: Prozentanteile der Bewertung als sehr wichtig)						
	1972	1976	1980	1982	1987	MW
Stabile Preise	81	81	70	61	49	68
Sichere Arbeitsplätze	–	81	76	86	79	81
Ruhe und Ordnung	62	59	56	47	46	54
Sichere Renten	62	–	69	65	65	65
Umweltschutz	42	–	51	44	63	50
Bürgereinfluß	–	26	31	27	29	28
Mittelwert	62	57	59	62	55	
Quelle: Mannheimer Wahlstudien 1972, 1976, 1980, 1983, 1987 (ZA Nr.0635, 0823,1053,1276,1537)						

Auf der Basis einer Auswertung offener Fragen untersuchte Ursula Hoffmann-Lange (1986:135ff) die Issue-Präferenzen der nationalen politischen Führungsgruppen in der Bundesrepublik. Zwischen 1968 und 1981 stellte sie einen starken Bedeutungsgewinn sicherheitspolitischer Fragen, der Arbeitsmarkt- und der Energiepolitik sowie jugend- und familienpolitischer Themen fest. Demgegenüber erlitten die Bildungs- und die Ostpolitik einen nachhaltigen Bedeutungsverlust. Offenkundig veränderte sich zwischen den frühen siebziger und den achtziger Jahren in der Sicht der Führungsgruppen der politische Problemhaushalt. Auch die Untersuchung von Hoffmann-Lange enthält keine eindeutigen Hinweise auf eine Aufwertung von Zielen der Neuen Politik und eine Abwertung der Ziele der Alten Politik. Die Einstufung der Wichtigkeit von fünfundzwanzig ausgewählten politischen Themen im Jahre 1981 deutet eher auf eine hohe Priorität einzelner Probleme aus beiden Bereichen als auf eine globale Bedeutungsverschiebung zugunsten der Neuen Politik hin: Auf den ersten drei Plätzen der von Hoffmann-Lange beschriebenen Rangskala politischer Ziele finden wir den Schutz der Grundrechte (Neu), die Energieversorgung und die Vollbeschäftigung (Alt). Obgleich insgesamt ein stark ausgeprägter zwischenparteilicher Konsens über die wichtigsten Aufgaben der nationalen Politik der Bundesrepublik herrschte, zeigen sich in der Wichtigkeit der einzelnen Ziele

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

doch unterschiedliche Akzentuierungen, die eine Nähe der CDU/CSU-Eliten zu den Zielen der Alten Politik und eine größere Offenheit der SPD-Eliten für die Ziele der Neuen Politik dokumentieren. Besonders deutlich zeigt sich dies an der Einstellung zur Kernenergie (vgl. Hoffmann-Lange 1986:141ff, bes. Tabelle 11).

In seiner Partei-Eliten-Studie ermittelte Schmitt (1987:73ff) ebenfalls einen Kern in allen Parteien als dringlich eingestufte Ziele. Hierzu gehören die Vollbeschäftigung, die Preisniveaustabilität und die Europäische Integration. Die parteispezifischen Unterschiede waren bei den mittleren Eliten deutlicher ausgeprägt als bei den von Hoffmann-Lange (1986) untersuchten Top-Eliten. Schmitts Ergebnisse stützen allerdings die Aussagen Hoffmann-Langes insoweit, als auch er eine Diffusion von Anliegen der Neuen Politik in die mittleren Führungsgruppen aller Parteien feststellte. Eine Zurückdrängung der Anliegen der Alten Politik durch partizipativ-emanzipatorische Ziele konnte Schmitt dagegen nicht nachweisen.

5.3 Prioritätenverschiebungen in der Kommunalpolitik

Die Zuordnung kommunaler Aufgaben zu den Themenfeldern der Alten und der Neuen Politik bereitet schon deshalb einige Schwierigkeiten, weil bislang kaum empirische Untersuchungen zur Wahrnehmung und Bewertung kommunaler Aufgaben und Ziele durch die Bevölkerung und die kommunalen Führungsgruppen vorliegen. Die Entwicklung des Aufgabenbestandes der Kommunen legt keine zwingende Klassifikation bestimmter Aufgaben als alt oder als neu nahe. Traditionell liegt der Aufgabenschwerpunkt der kommunalen Gebietskörperschaften in der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge. Dies umfaßt die Befriedigung elementarer Sicherheits- und Erhaltungsbedürfnisse (Wohnungsbau, Sozialhilfe, Altenpolitik), aber auch die Erfüllung kultureller und freizeitpolitischer Funktionen (Bau und Unterhaltung von Theatern, Bibliotheken, Volkshochschulen; Bereitstellung von Freizeit- und Erholungseinrichtungen; vgl. Köstering 1982; Gunlicks 1986:84ff; Schäfer/Stricker 1989) oder emanzipativer Forderungen (politische Beteiligung, Gleichberechtigung). Zusätzlich kompliziert wird die Sachlage dadurch, daß neue kommunale Aufgaben nicht allein durch die Sensibilisierung der Bevölkerung bzw. der Führungsgruppen für zuvor unbekannte lokale Probleme entstehen (Gastarbeiter, Frauenhäuser, „kommunale Außenpolitik“). Auch innerhalb der traditionellen Daseinsvorsorgeleistungen können Umwertungen oder Neuausrichtungen auftreten, die es rechtfertigen, die solchermaßen veränderten Aufgaben als neu zu bezeichnen: Als Beispiele hierfür lassen sich unter anderem die Aufwertung der Nachbarschaftshilfe und der Bedeutungsgewinn der kommunalen Arbeitsmarktpolitik anführen. Schließlich gehören einzelne Problemfelder, die in der nationalen Politik zu Recht als neu bezeichnet werden, zum traditionellen Leistungsprofil der Kommunen, z. B. der Umweltschutz (Abfall- und Abwasserbeseitigung, Vorhalten von Frei- und Grünflächen in der Bauleitplanung). In der

Prioritätenverschiebungen in der Kommunalpolitik

nationalen Politik brauchbare Analysekonzepte lassen sich insofern nicht umstandslos auf lokalpolitische Probleme und Aufgaben übertragen.

Wie bereits erwähnt, resultiert diese unklare Sachlage nicht zuletzt aus dem unbefriedigenden Forschungsstand. In der lokalen Elitelforschung spielte die Frage nach der Wahrnehmung und Bewertung kommunaler Aufgaben bislang eine untergeordnete Rolle. Im Hinblick auf die politischen Prioritäten der Bevölkerung stellt sich die Datenlage noch ungünstiger dar (vgl. Gabriel 1979). In seiner informativen Studie beschreibt Arzberger (1980:139ff) die Prioritätenskalen der Bevölkerung und der politischen Führungsgruppen in vier Klein- bzw. Mittelstädten (Aalen, Coburg, Hadamar, Usingen) und in Frankfurt. Obgleich die Ergebnisse solcher Einzelfallstudien nicht generalisierbar sind, verdienen sie schon wegen des Fehlens repräsentativer Erhebungen unser Interesse. Nach Arzberger schätzten die Bürgerinnen und Bürger aller fünf Städte die Arbeitsplatzbeschaffung als das wichtigste Thema ein, gefolgt von der öffentlichen Sicherheit und der Gesundheitspolitik. Die lokalen Prioritätenstrukturen scheinen somit noch eindeutiger auf die Ziele der Alten Politik ausgerichtet zu sein, als es in der nationalen Politik der Fall ist. In der Vorstellungswelt der politischen Führungsgruppen der fünf Städte spielten Themen der Neuen Politik eine vergleichsweise größere Rolle: In zwei Städten rangierte das Thema „Wohnen und Wohnumfeld“ an erster Stelle, in zweien das Thema Verkehr und in einer die Arbeitsplatzbeschaffung. Die Führungsgruppen aller Städte wiesen diesen Items einen der ersten drei Plätze der Prioritätenskala zu. Eine von Arzberger (1980:146, bes. Abb. 50) durchgeführte Analyse der „Prioritätensetzungen bei achtzehn Detailmaßnahmen und Einrichtungen“ dokumentierte auf der Maßnahmenebene einen hohen Stellenwert von Anliegen der Neuen Politik. Dabei konnten die Befragten die Wichtigkeit von 18 kommunalpolitischen Problemen/Aufgaben auf einer Vier-Punkte-Skala („sehr wichtig“ bis „ganz unwichtig“) beurteilen (vgl. Tabelle 5-2). Auf den ersten fünf Plätzen der Prioritätenliste lagen die Themen „sich mehr um alte Menschen und ihre Probleme kümmern“, „sich bei der Verwaltung mehr um die Bedürfnisse der Bürger kümmern als um Vorschriften und Paragraphen“, „durch städtische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun“, „mehr für den Umweltschutz in der Stadt tun“ und „mehr für eine kinderfreundliche Atmosphäre in der Stadt tun“. Eine wesentlich geringere Bedeutung schrieben die Befragten dem Abbau kommunaler Aufgaben, der Schaffung von Freizeiteinrichtungen und der Ausländerpolitik zu. Im Hinblick auf die Dringlichkeit von Zielen der Alten und der Neuen Politik ergibt sich aus dieser Umfrage ein gemischtes Bild: Einerseits belegen die Umfrageergebnisse den unverändert hohen Stellenwert traditioneller Sicherheits- und Erhaltungsziele (Altenpolitik, Vollbeschäftigung). Auf der anderen Seite verdeutlichen sie aber die große Bedeutung umweltpolitischer Probleme für die Bürger. Dies entspricht in etwa den Ergebnissen der Arzberger-Studie. Eine eindeutige faktorenanalytische Zuordnung dieser Themen zur Dimension Alte/Neue Politik war nicht möglich. Von den vier ermittelten Faktoren läßt sich der erste als „soziale Daseinsvor-

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

Tabelle 5-2: Bewertung kommunalpolitischer Ziele in der BRD, 1986

Frage: Über das, was in der Kommunalpolitik jetzt und in der Zukunft getan werden muß, gibt es ja verschiedene Meinungen. Nun möchten wir gerne wissen, wie Sie persönlich zu den einzelnen kommunalpolitischen Aufgaben hier auf dieser Liste stehen. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aufgabe, wie wichtig diese für Sie persönlich ist: sehr wichtig, wichtig, weniger wichtig oder unwichtig.

	MW	SDA	Proz sehr wichtig
Sich mehr um alte Menschen und ihre Probleme kümmern (I)	3.44	.67	52
Durch städtische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun (I)	3.34	.77	48
Sich bei der Verwaltung mehr um die Bedürfnisse der Bürger kümmern als um Vorschriften und Paragraphen (I)	3.34	.73	47
Mehr für den Umweltschutz in der Stadt/Gemeinde tun (II)	3.23	.78	40
Mehr für eine kinderfreundliche Atmosphäre in der Stadt/Gemeinde tun (II)	3.22	.77	39
Selbst- und Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen fördern (I)	3.21	.73	37
Frauen in schwierigen Lebenslagen helfen (I)	3.21	.77	36
Unsere Stadt so entwickeln, daß ich mich hier richtig wohlfühlen kann (II)	3.15	.80	36
Dafür sorgen, daß die Stadtverwaltung wirtschaftlicher u. sparsamer arbeitet (I)	3.12	.86	37
Mehr Wohnungen für einkommensschwache Familien bauen (-)	2.98	.86	29
Die einzelnen Ortsteile fördern, nicht nur den Ortskern (IV)	2.96	.84	29
Für mehr Grün in meiner Stadt/Gemeinde sorgen (II)	2.81	.87	21
Die Ansiedlung von Betrieben fördern (IV)	2.78	.89	23
Zu Fragen der großen Politik im Stadtrat Stellung nehmen (III)	2.65	.97	20
Dafür sorgen, daß es weniger Verkehr in meinem Wohnviertel gibt (-)	2.60	.99	21
Sich mehr um Ausländer und ihre Probleme kümmern (III)	2.57	.92	15
Mehr Möglichkeiten schaffen, wo ich meine Freizeit sinnvoll verbringen kann (III)	2.52	.99	20
Die kommunalen Aufgaben verringern, auch wenn dadurch die Leistungen f.d. Bürger eingeschränkt werden müssen (III)	2.30	.92	11

Anmerkung: Die in Klammern angegebenen römischen Ziffern repräsentieren die Faktoren, mit denen die jeweiligen Aufgaben in Beziehung stehen. Auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet.

Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

sorge“ bezeichnen, den zweiten kann man mit dem Oberbegriff „gesunde Umwelt“ belegen, der dritte enthält die mit der „alternativen Politik“ verknüpften Probleme und der vierte bezieht sich vornehmlich auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Gemeinde. Allerdings weisen nicht alle Aufgaben plausible Faktorladungen auf (vgl. Tabelle 5-2). Zudem zerfallen die Komplexe der Alten und der Neuen Politik in zwei voneinander unterscheidbare Teildimensionen, nämlich die alternative Politik und den Umweltschutz (neu) sowie die Sozial- und Wirtschaftspolitik (alt).

5.4 Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur in den untersuchten Gemeinden

5.4.1 Die Bewertung der Wichtigkeit der gegenwärtigen kommunalen Aufgaben

Bei einer Analyse der politischen Zielvorstellungen kommunaler Mandatsträger empfiehlt es sich, die Untersuchung eng am konkreten Aufgabenbestand der Kommunen zu orientieren. Im Interesse eines Vergleichs mit den Prioritäten der Gesamtbevölkerung sollten jedoch auch allgemeinere Fragen zur Problem- und Aufgabenperzeption gestellt werden, die weniger sachbezogen sind und statt dessen eine stärkere ideologisch-pragmatische Dimension aufweisen. Zu diesem Zweck basiert die folgende Analyse der Einschätzung der Dringlichkeit kommunaler Aufgaben auf einer Auswertung zweier getrennter Fragebatterien. Die erste orientiert sich an der kommunalen Haushaltssystematik und umfaßt die wichtigsten Aktivitäten der Kommunen auf dem Gebiet der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Daseinsvorsorge. Der zweite Fragenkomplex enthält einen Teil der in der Herbstumfrage des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung 1986 untersuchten Themen. In beiden Fällen waren die Befragten gebeten, ihre Bewertungen anhand einer Sechspunkte-Skala vorzunehmen. Der Katalog der zu bewertenden kommunalen Aufgaben war weit gespannt. Er umfaßte die Wirtschaftsförderung, die Energieversorgung, verschiedene soziale und kulturelle Aufgaben der Gemeinden, aber auch die Einstellung zur Ausländerproblematik, zum Umweltschutz, zur Frauenpolitik usw. Die beiden durch die beiden Fragebatterien erfaßten Themenkomplexe werden nachfolgend getrennt behandelt.

Obgleich die Mehrheit der befragten Ratsmitglieder alle Aufgaben der kommunalen Daseinsvorsorge als wichtig einstufte, lassen die Mittelwerte der fünfzehn Items eine klare Prioritätenstruktur erkennen (vgl. Tabelle 5-3). Einen außerordentlich hohen Stellenwert erhielt die kommunale Wirtschaftsförderung. Sie rangierte mit großem Vorsprung auf dem ersten Platz der Themenliste. Mit der Verbesserung des kommunalen Verkehrswesens (Rang 6) bewerteten die Befragten eine weitere wirtschaftlich bedeutsame Aufgabe als sehr wichtig. Als Aufgaben mit einer mittelbar wirtschaftlichen Bedeutung kann man die Entsorgung und die Wissenschaftsförderung ansehen, die ebenfalls im Vordergrund liegen. Für zwei weitere, auf der Themenliste weit oben plazierte Aufgaben, den

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

Städtebau und die öffentliche Sicherheit, läßt sich ein derartiger Bezug allerdings nicht herstellen. Diesen fünf zuletzt genannten Aufgaben weisen die Ratsmitglieder eine ähnliche Bedeutung zu. Wie in der Untersuchung von Schmitt (1987) belegen in unseren Städten wirtschaftliche Wachstums- und Modernisierungsziele gemeinsam mit der Aufrechterhaltung der Öffentlichen Sicherheit die Spitzenplätze auf der kommunalpolitischen Themenliste. Die große Wertschätzung von Wachstums- und Sicherheitszielen zeigt sich in repräsentativen nationalen Befragungen immer wieder als Spezifikum der Anhängerschaft der CDU/CSU. Es setzt diese deutlich von den vergleichbaren Populationen in den übrigen Parteien ab (vgl. auch Berger u.a. 1986:268ff; Gruber 1977:575ff; Hoffmann-Lange 1986:146ff). Wie schon bei der Analyse persönlichkeits- und kollektivbezogener Wertorientierungen nehmen die Sicherheits- und Leistungsziele einen außerordentlich hohen Stellenwert im Überzeugungssystem von Anhängern der CDU/CSU ein.

Tabelle 5-3: Die Bewertung der Wichtigkeit kommunaler Aufgaben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (Angaben: Mittelwerte)

Frage: Wir möchten jetzt gerne noch einmal die wichtigsten kommunalen Aufgaben mit ihnen durchgehen. Dabei hätten wir gerne Ihre Meinung erfahren, wie wichtig diese Aufgaben vor zehn Jahren waren, wie wichtig sie jetzt sind und wie wichtig sie in zehn Jahren voraussichtlich sein werden.

	jetzt	früher	künftig
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	5.07	4.29	5.28
FÖRDERUNG V. WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	4.96	4.42	5.27
ENTSORGUNG	4.95	3.78	5.45
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG	4.92	4.72	5.10
STADTPLANUNG, STÄDTEBAU, STADTSANIERUNG	4.88	4.50	5.00
KOMMUNALE VERKEHRSPOLITIK	4.87	4.31	5.01
ENERGIEVERSORGUNG	4.74	4.41	4.89
SOZIALHILFE	4.72	3.84	4.68
JUGENDHILFE	4.61	4.04	4.75
KOMMUNALE GESUNDHEITSVORSORGE	4.53	4.08	4.73
UNTERHALTUNG UND AUSBAU VON SPORT- U. FREIZEITINRICHTUNGEN	4.52	4.42	4.54
UNTERHALTUNG UND AUSBAU SOZIALER EINRICHTUNGEN/LEISTUNGEN	4.50	4.12	4.63
FÖRDERUNG VON KULTURELLEN ANGE- BOTEN UND LEISTUNGEN	4.44	4.08	4.58
BAU UND UNTERHALTUNG VON SCHULEN	4.35	4.92	4.20
KOMMUNALER WOHNUNGSBAU UND FÖRDERUNG DES WOHNUNGSBAUS	3.70	4.74	3.22

Ein aus sozial- und gesundheitspolitischen Themen bestehender Block sowie die Energieversorgung sind auf den mittleren Plätzen der Rangskala zu finden.

Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

Etwa die gleiche Bedeutsamkeit räumen die Befragten der Energieversorgung und der Sozialhilfe ein. Die Jugendhilfe rangiert zwischen diesen beiden Aufgaben und einem weiteren Komplex verhältnismäßig gleichrangig bewerteter sozio-kultureller Aufgaben (Gesundheitsvorsorge, Sport/Freizeiteinrichtungen, soziale Einrichtungen/Leistungen, kulturelle Angebote/Leistungen). Daß die sozialen und kulturellen Themen sich in einer Zeit wirtschaftlicher Krisen nicht auf den ersten Positionen befinden, ist nicht verwunderlich; denn die Kommunen verfügen infolge der besonderen Konjunkturabhängigkeit ihrer Einnahmen in Krisenzeiten über noch begrenztere sozialpolitische Handlungsmöglichkeiten als der Bund und die Länder. Von den Aufgaben auf den mittleren Rängen ist lediglich die Energieversorgung der Sicherung und dem Ausbau der wirtschaftlichen Infrastruktur der Kommune zuzurechnen. Die kommunale Kulturpolitik, der Schul- und der Wohnungsbau rangieren mit einem deutlichen Abstand zu den übrigen Themen auf den drei letzten Plätzen der Prioritätenskala. Die Nachrangigkeit der kommunalen Kulturpolitik läßt sich sicherlich zum Teil aus der angespannten Haushaltslage der Kommunen erklären. Die meisten zu diesem Bereich gehörenden Aktivitäten stellen freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben dar, deren Einschränkung in Zeiten knapper Ressourcen leichter möglich ist als die Reduzierung des Mitteleinsatzes für Pflichtaufgaben. Die Wahrnehmung demographischer Trends dürfte dafür maßgeblich sein, daß dem Schul- und dem Wohnungsbau in der Sicht der Ratsmitglieder nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt, obgleich nach dem Ergebnis der Volkszählung 1987 in der Bundesrepublik ein erheblicher Fehlbestand an Wohnungen zu verzeichnen ist. In der Bewertung der Dringlichkeit der fünfzehn Aufgaben stimmen die Befragten weitgehend überein. Mit Ausnahme des Schul- und des Wohnungsbaus, der öffentlichen Sicherheit, der Wissenschaftsförderung und der Gesundheitsvorsorge weisen alle Themenfelder ziemlich homogene Verteilungen mit Standardabweichungen um 1.00 auf (zur genaueren Charakterisierung der untersuchten Politikfelder vgl. Gabriel, Kunz, Zapf-Schramm 1989; Gunlicks 1986:84ff; Klein 1989; Naßmacher 1989; Schäfer 1989; Schäfer, Stricker 1989; Windhoff-Héritier 1989; Zapf-Schramm 1989).

Während sich die Untersuchung bisher an der Gliederungssystematik der kommunalen Haushalte orientierte, bezog sich der zweite Komplex von Fragen unmittelbar auf die in der Literatur beschriebenen Konzepte der Alten und der Neuen Politik. Im Vergleich mit den stark sachbezogenen Items der ersten Fragebatterie wurden die Fragen „weicher“ formuliert. Sie enthalten darüber hinaus eine deutlicher erkennbare politisch-ideologische Komponente. Von Interesse sind diese Items auch insofern, als sie sich in der SFK-Herbstumfrage 1986 im Grundsatz als geeignet erwiesen hatten, Ziele/Aufgaben der Alten und der Neuen Politik voneinander zu unterscheiden⁶⁾.

⁶⁾ Nicht in der SFK-Umfrage enthalten war das Item „Mehr für die Gesundheitsvorsorge tun“. Andererseits gab es in dieser Erhebung einige weitere kommunalpolitische Themen, die nicht in die Mandatsträgerbefragung einbezogen werden konnten (vgl. Tabelle 5-2)

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

Die weichen Themen stehen in einer noch deutlicher ausgeprägten Rangordnung als die der ersten Batterie (vgl. Tabelle 5-4). Mit Ausnahme der Stellungnahme zu Fragen der „Großen Politik“ im Stadtrat bewerten die Ratsmitglieder die ihnen vorgegebenen Themen als wichtige Gegenwartsaufgaben der Kommunen. Erwartungsgemäß entfallen die meisten Nennungen auf ein Item, das in unspezifischer Form die Lebensqualität der Stadt mißt: „Unsere Stadt so entwickeln, daß ich mich hier richtig wohlfühlen kann“. Drei sozialpolitische Belange rangieren auf den folgenden Plätzen (Selbst- und Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen, kinderfreundliche Atmosphäre und alte Menschen). Auf einem mittleren Rangplatz, aber gleichwohl mit einem hohen Punktwert, folgt der Umweltschutz. Nach der Verbesserung der Gesundheitsvorsorge liegen die drei der Neuen Politik zugeordneten Themen – Hilfe für Frauen in schwierigen Lebenslagen, Ausländerpolitik und Stellungnahme zu Fragen der großen Politik – auf den drei letzten Plätzen. Ihre Bedeutung wird auch im Vergleich mit den in der ersten Aufgabenliste aufgeführten Themenfeldern sehr niedrig eingestuft.

Tabelle 5-4: Die aktuelle und zukünftige Wichtigkeit ausgewählter kommunaler Probleme (Angaben: Mittelwerte)

Frage: Abschließend zu diesen Themengebieten möchten wir Ihnen noch einige Fragen zu Problemen stellen, die gegenwärtig in der Kommunalpolitik diskutiert werden. Geben Sie uns bitte an, wie wichtig sie jede dieser Forderungen finden. Könnten Sie uns bitte auch noch sagen, wie wichtig diese Forderungen nach Ihrer Einschätzung in zehn Jahren sein werden?

	Gegenwärtige Bedeutung	Zukünftige Bedeutung
Unsere Stadt so entwickeln, daß ich mich hier richtig wohlfühlen kann	5.16	5.18
Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen fördern	5.02	4.79
Mehr für eine kinderfreundliche Atmosphäre in der Stadt tun	4.96	4.95
Sich mehr um alte Menschen und ihre Probleme kümmern	4.88	5.06
Mehr für den Umweltschutz in der Stadt tun	4.63	4.97
Mehr für die Gesundheitsvorsorge tun	4.44	4.55
Frauen in schwierigen Lebenslagen helfen	4.22	4.00
Sich mehr um die Ausländer und ihre Probleme kümmern	3.45	3.45
zu Fragen der großen Politik im Stadtrat Stellung nehmen	2.68	2.70

Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

Ein direkter Vergleich zwischen den Antworten der Ratsmitglieder und den Ergebnissen der SFK-Repräsentativerhebung ist streng genommen nicht möglich, da das Erhebungsinstrument, das Erhebungsgebiet und der Erhebungszeitpunkt der beiden Umfragen nicht identisch sind. Dennoch erscheint es informativ, die Rangordnung der acht in beiden Umfragen enthaltenen Themen miteinander zu vergleichen, um auf dieser Basis zu prüfen, inwieweit die Präferenzordnung unserer Befragtengruppe derjenigen der bundesdeutschen Bevölkerung entspricht. Anders als bei Arzberger (1980:147ff) und in nationalen Elitestudien (vgl. Hoffmann-Lange 1986:146ff) wich die Problemsicht der kommunalen Mandatsträger in unseren 14 Städten zumindest in zwei Bereichen erheblich von der der Bevölkerung ab: Die Altenpolitik und der Umweltschutz rangieren in der Prioritätenliste der Bürgerinnen und Bürger deutlich höher als bei den Kommunalpolitikern. Diese stufen demgegenüber die Steigerung der allgemeinen Lebensqualität der Kommune höher ein als es die Bevölkerung tut. Im Vergleich mit den in anderen Untersuchungen ermittelten Mustern korrelierten die Präferenzordnungen der beiden Gruppen ausgesprochen mäßig, was allerdings mit den erwähnten Vergleichsproblemen zu tun haben kann ($\rho = .414$)⁷⁾.

5.4.2 Die Brauchbarkeit der Unterscheidung zwischen Aufgaben der Alten und der Neuen Politik

Unsere Untersuchung hat die Frage zu klären, ob sich die fünfzehn bzw. acht Aufgaben empirisch als Themen der „Alten“ und der „Neuen Politik“ klassifizieren lassen. Der Begriff der Neuen Politik läßt sich dabei unterschiedlich interpretieren. Orientiert man sich an seiner alltagssprachlichen Bedeutung, dann sind solche Aufgaben als neu zu bezeichnen, die früher nicht von den Kommunen zu erfüllen waren, heute aber zu ihrem Aufgabenspektrum gehören oder die im Vergleich mit der Vergangenheit einen Bedeutungszuwachs zu verzeichnen haben (vgl. ähnlich auch Dittrich 1984). Auf der anderen Seite kann man den Begriff der Neuen Politik im Sinne der Wertwandelsthese interpretieren, wie es in etlichen Analysen der nationalen Politik in der Bundesrepublik der Fall war.

5.4.2.1 Die Veränderungen des kommunalen Aufgabenprofils in der Dimension Vergangenheit/Gegenwart/Zukunft

Im umgangssprachlichen Sinne gelten Aufgaben als neu, wenn ihre Bedeutung während der Vergangenheit gestiegen ist oder wenn ihnen in der Zukunft ein Bedeutungsgewinn zugeschrieben wird. In einer Untersuchung des kommunalen Aufgabenwandels erscheint es deshalb sinnvoll, die Einschätzung der gegenwärtigen Wichtigkeit durch Fragen nach der Wichtigkeit der zu unter-

⁷⁾ Der Rangkorrelationskoeffizient wurde auf der Basis der Mittelwerte für die acht vergleichbaren Items berechnet

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

suchenden Aufgaben in der Vergangenheit und in der Zukunft zu ergänzen. Als Vergleichsperspektive war den Befragten jeweils ein Zeitraum von zehn Jahren vorgegeben, was der Dauer von zwei Wahlperioden der Kommunalvertretung entspricht und das Vorstellungsvermögen vermutlich nicht überfordert. Ein Vergleich der Bedeutung der kommunalen Aufgaben in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft liefert uns Hinweise auf den Wandel der Kommunalaufgaben.⁸⁾

In der Dimension Gegenwart-Vergangenheit sehen die Befragten im allgemeinen einen wachsenden Aufgabendruck für die Kommunen (vgl. Tabelle 5-3).

Tabelle 5-5: Der Vergleich der Wichtigkeit kommunaler Aufgaben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft (Angaben: Korrelationskoeffizienten)

	Vergangenheit/ Gegenwart/	Gegenwart Zukunft
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	.556	.675
KOMMUNALE VERKEHRSPOLITIK	.482	.637
STADTPLANUNG/SANIERUNG, STÄDTEBAU	.383	.717
ENTSORGUNG	.185	.585
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG	.563	.799
FÖRDERUNG VON WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	.675	.804
ENERGIEVERSORGUNG	.588	.826
SOZIALE EINRICHTUNGEN/LEISTUNGEN	.489	.755
KOMMUNALE GESUNDHEITSVORSORGE	.649	.849
KOMMUNALER WOHNUNGSBAU	.336	.773
KULTURELLE ANGEBOTE UND LEISTUNGEN	.523	.758
SPORT- UND FREIZEITEINRICHTUNGEN	.376	.773
SOZIALHILFE	.431	.704
JUGENDHILFE	.509	.720
BAU UND UNTERHALTUNG VON SCHULEN	.383	.768
WOHLFÜHLEN		.2691
SELBSTHILFE		.2414
KINDER		.2339
ALTE MENSCHEN		.1847
UMWELTSCHUTZ		.1519
GESUNDHEIT		.3340
FRAUEN		.3104
AUSLÄNDER		.2553
GROSSE POLITIK		.2646

⁸⁾ Der Bedeutungsgewinn einzelner Aufgaben läßt sich auf eine relativ einfache Weise ermitteln, nämlich durch einen Vergleich der Mittelwerte der fünfzehn Items in der Vergangenheit, der Gegenwart und der Zukunft sowie durch eine Analyse der Korrelation zwischen den betreffenden Einschätzungen.

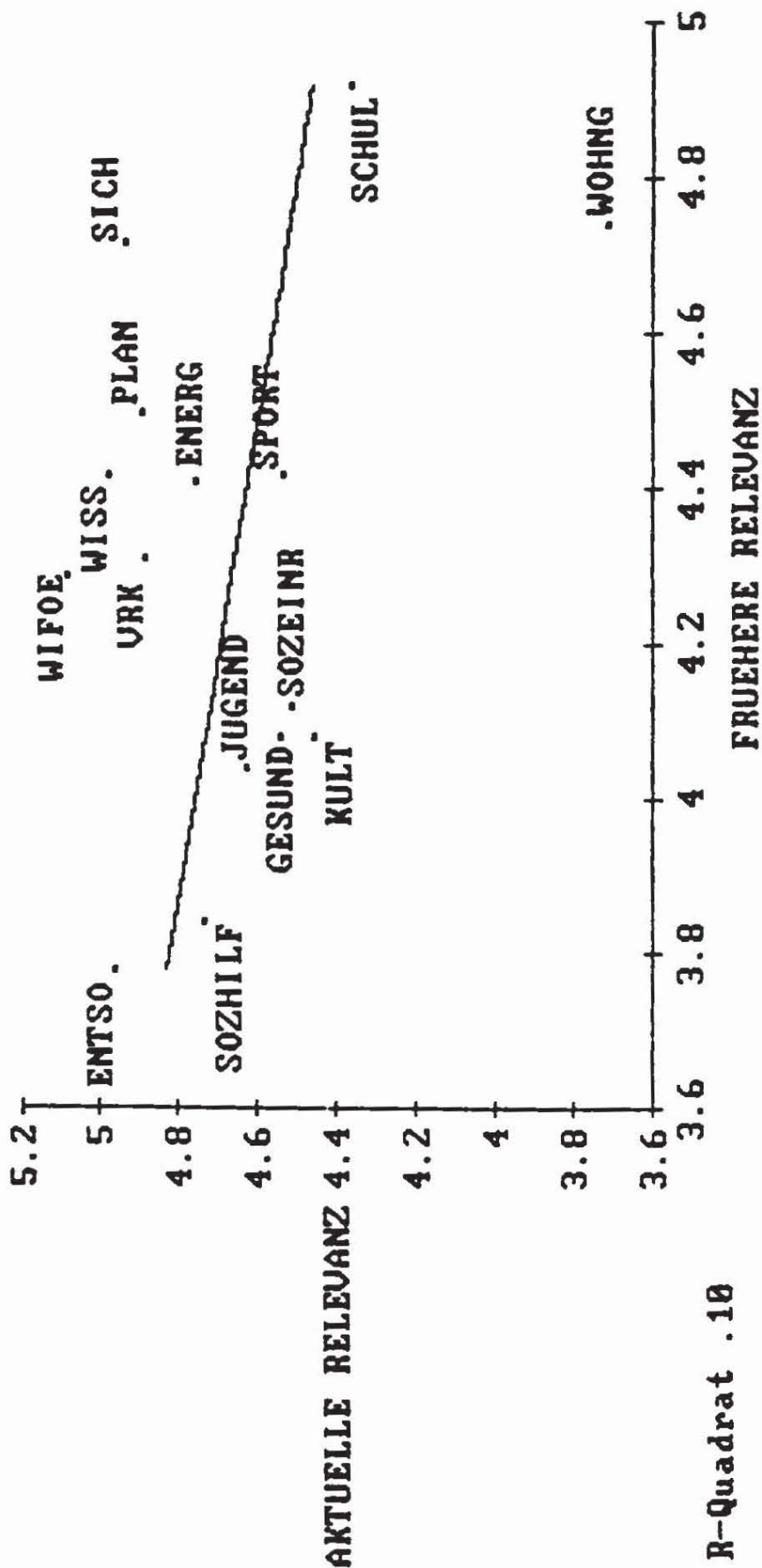
Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

Mit Ausnahme des Schulbaus und des Wohnungsbaus schreiben sie gegenwärtig sämtlichen Aufgaben eine größere Bedeutung zu als vor zehn Jahren. Den größten Bedeutungszuwachs verzeichneten die Entsorgung, die Sozialhilfe und die Wirtschaftsförderung. Eine graduelle Aufwertung erfuhren die Jugendhilfe und die Verkehrspolitik. In den sieben verbleibenden Aufgabenfeldern liegt eher Kontinuität als Wandel vor. Dies zeigen auch die in Tabelle 5-5 enthaltenen Korrelationen zwischen der Wahrnehmung der Dringlichkeit vergangener und gegenwärtiger Aufgaben. Am stärksten stimmt die Einschätzung der vergangenen und gegenwärtigen Bedeutung bei der Wissenschaftsförderung und der Gesundheitsfürsorge miteinander überein, bei der Entsorgung ist der betreffende Zusammenhang am schwächsten ausgeprägt.

Weitere Hinweise auf den Wandel der kommunalen Aufgaben ergeben sich aus dem Vergleich der Rangplätze, die die fünfzehn Themen auf der vergangenen und gegenwärtigen Prioritätenskala einnehmen und aus einer graphischen Darstellung der Beziehung zwischen Gegenwarts-, Vergangenheits- und Zukunftsaufgaben (vgl. Abbildung 5-1). Wie schon die Gegenüberstellung der Mittelwerte erkennen ließ, schoben sich die Entsorgung, die Wirtschaftsförderung und die Sozialhilfe auf der kommunalen Agenda weit nach vorne. In abgeschwächter Form gilt dies auch für die Jugendhilfe und die Forschungsförderung. Diese Gebiete lassen sich im alltagssprachlichen Sinne der „Neuen Politik“ zuordnen. Den stärksten Bedeutungsverlust hatten demgegenüber der Schul- und der Wohnungsbau zu verzeichnen. Während diese Aufgaben vor zehn Jahren noch die beiden ersten Rangplätze einnahmen, stehen sie derzeit am Ende der Prioritätenliste. Die Tatsache, daß die gegenwärtigen und die vergangenen Probleme der Kommunalpolitik nur bedingt miteinander vergleichbar sind, belegt die schwach negative Korrelation zwischen den beiden Rangskalen ($\rho = -.17$).

Besonders anschaulich zeigt sich das Ausmaß des Wandels der kommunalen Aufgaben in der graphischen Darstellung. Abbildung 5-1 gibt die Beziehung zwischen den vergangenen und den gegenwärtigen Aufgaben der Kommunen wieder. Auf der x-Achse des Diagramms sind die Mittelwerte der Einschätzung der Wichtigkeit der 15 Aufgaben vor zehn Jahren abgetragen, die y-Achse repräsentiert die betreffenden Werte der Gegenwartsaufgaben. Im Falle einer vollständigen Kontinuität befänden sich sämtliche Punkte auf der Winkelhalbierenden. Je stärker demgegenüber die Punkte um diese Gerade streuen, desto größer sind die in der Gegenwarts-Vergangenheits-Dimension eingetretenen Veränderungen. Tatsächlich ergibt sich in der Graphik eine relativ starke Streuung, was darauf hindeutet, daß die Gegenwartsaufgaben mit dem vor zehn Jahren gegebenen Aufgabenprofil nur bedingt übereinstimmen. Dabei sind sowohl Niveau-Unterschiede als auch Prioritätenverschiebungen feststellbar. Dies zeigt auch die schwache Beziehung zwischen den Mittelwerten aller fünfzehn Vergangenheits- und Gegenwartsaufgaben.

Abbildung 5-1 : Der Zusammenhang zwischen der früheren und der gegenwärtigen Bedeutung kommunaler Aufgaben (Angaben : Mittelwerte)



R-Quadrat .10

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

In der Dimension Gegenwart/Zukunft setzt sich die Wahrnehmung einer wachsenden Aufgabenbelastung zwar in abgeschwächter Form fort. Der Vergleich der Mittelwerte der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben vermittelt jedoch den Eindruck, daß die Befragten ihre aktuellen Wahrnehmungsmuster in die Zukunft projizieren. Starke Veränderungen, wie wir sie in der Vergangenheits-/Gegenwartsdimension zumindest vereinzelt feststellen konnten, traten hier nicht auf. Lediglich in drei Bereichen ließen sich zumindest graduelle Auf- und Abwertungsprozesse ausmachen, nämlich bei der Entsorgung, der Wissenschaftsförderung und dem Wohnungsbau (vgl. Tabelle 5-3). Die beiden ersten Aufgaben werden nach vorherrschender Einschätzung künftig weiter an Bedeutung gewinnen, die Bedeutung des Wohnungsbaus dagegen wird nach der Auffassung der CDU/CSU/CSM-Kommunalpolitiker weiterhin abnehmen. Die Kohärenz von gegenwarts- und zukunftsbezogenen Wahrnehmungen läßt sich auch an den außergewöhnlich hohen Korrelationen in Tabelle 5-5, an den stark übereinstimmenden Rangplätzen und in der graphischen Darstellung ihrer Beziehung erkennen (vgl. Abbildung 5-2). Im Gegensatz zur Entwicklung in der Dimension Vergangenheit-Gegenwart streuen die Mittelwerte der Wichtigkeit der gegenwärtigen und der zukünftigen Aufgaben nur geringfügig um den Gleichgewichtspfad.

Der Eindruck, daß in der Dimension Gegenwart/Zukunft eine größere Kontinuität vorherrscht als beim Vergleich von vergangenen und gegenwärtigen Aufgaben, bestätigt sich bei der Analyse der zweiten Aufgabenbatterie: Fünf Items nehmen in der Rangfolge der gegenwärtigen und zukünftigen Aufgaben denselben Platz ein (in der Stadt wohlfühlen, Gesundheitsvorsorge, Frauen, Ausländer, Große Politik). Bei den verbleibenden vier Themen sind gewisse Verschiebungen festzustellen: Der Altenpolitik und dem Umweltschutz schreiben die Befragten künftig einen Bedeutungsgewinn zu, was sich in höheren Punktwerten und Rangplätzen niederschlägt. Demgegenüber verzeichnet die Förderung der Selbsthilfe im Sozial- und Gesundheitswesen einen Bedeutungsverlust. Die Korrelationen zwischen der gegenwärtigen und der zukünftigen Bedeutung der neun Ziele bestätigen die These von der perzipierten Stabilität der kommunalpolitischen Problemlagen. In den meisten Bereichen zeigt sich eine enge Beziehung zwischen der Gegenwarts- und der Zukunftspertzption: Dies betrifft insbesondere die Stellungnahme zu Themen der Großen Politik und die Gesundheitsvorsorge. Bei diesen Problemen bindet die Einschätzung der gegenwärtigen Bedeutung mehr als 50 Prozent Varianz der künftigen Wichtigkeit. Im Gegensatz dazu steht die bemerkenswerte Diskontinuität in der Einschätzung der Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen. Die Kenntnis ihrer gegenwärtigen Bewertung trägt nichts zur Erklärung der Perzeption der künftigen Bedeutung dieser Aufgabe bei ($r = -.003$).

Zusätzlich zu den Fragebatterien wurden zur Ermittlung neuer kommunaler Aufgaben einige offene Fragen gestellt. Dabei erwies sich der Umweltschutz als das beherrschende neue Thema der Kommunalpolitik. Ihn nannten

Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

121 Befragte (44.6%) als qualitativ neue kommunale Aufgabe. Allerdings präzisieren nur wenige Ratsmitglieder diese allgemeine Aussage. Jeweils 11 Befragte nannten die Entsorgung und die Beseitigung von Altlasten als wichtigstes umweltpolitisches Anliegen. Dieses Ergebnis deckt sich mit den Antworten auf die geschlossenen Fragen. Den zweiten Platz in der Liste der offenen Fragen nimmt die Verbesserung der Bevölkerungsstruktur (Altenpolitik, Ausländerproblem, Geburtendefizit) ein, die wegen starker Überschneidungen in den Antworten mit der Aufgabengruppe zielgruppenspezifische Sozialleistungen zusammengefaßt wurde (55 Nennungen, 20.3% der Ratsmitglieder). Die am häufigsten genannten Einzelprobleme waren die Ausländer- und Asylantenfrage (26) sowie die Belange alter Menschen (15). Jugendliche (4), Frauen (3), Behinderte und Suchtkranke (3) wurden nur in Einzelfällen als besondere Adressaten kommunaler Aktivitäten angesehen. 45 Befragten gaben die Sozialpolitik, soziale Leistungen und soziale Dienste ohne speziellen Zielgruppenbezug (16,6%) als wichtigste kommunalpolitische Aufgabe an. Von diesen erwähnten 11 die Sozialhilfe. Faßt man diese beiden Aufgabenfelder zusammen, dann erreichen sozial- und bevölkerungspolitische Belange fast die Bedeutung des Umweltschutzes (36,9%). Die übrigen Themenfelder treten in ihrer Gewichtigkeit deutlich hinter der Umweltpolitik sowie der Sozial- und Bevölkerungspolitik zurück. An vierter Stelle rangiert der Bereich Gesundheit/Sport/Erholung/Freizeit (20 Nennungen, 11 davon Freizeit), gefolgt von der Wirtschaftsförderung (18), den kommunalen Wirtschaftsunternehmen/Öffentlichen Einrichtungen (14, 10 Nennungen für Entsorgungsunternehmen), der Arbeitsmarktpolitik (14, 11 Nennungen Arbeitslosigkeit), der Verkehrspolitik (10), der Schul- und Kulturpolitik (10). Auf alle übrigen Aufgabenbereiche entfielen jeweils weniger als 10 Nennungen. Die Antworten auf die offenen Fragen verweisen somit auf einen deutlichen Vorrang umwelt- und sozialpolitischer Belange. Alle wirtschaftspolitisch relevanten Themen haben zusammengekommen in etwa denselben Stellenwert (46 Nennungen oder 17%) wie die Umwelt- und die Sozialpolitik.

Die Auswertung der offenen Fragen zu den Aufgaben der Kommunalvertretung in den kommenden beiden Wahlperioden ergab nur eine relativ kleine Zahl von Nennungen. Als die vordringlichste Zukunftsaufgabe nannten die Befragten die Lösung kommunaler Verkehrsprobleme (62 Nennungen, 22,9%), besonders den Bau von Umgehungsstraßen und von Parkflächen. Mit weitem Abstand folgten vier Aufgabenbereiche, die etwa gleich häufig als die wichtigste Zukunftsaufgabe der Kommunen angesehen wurden, nämlich der Umweltschutz (24 Nennungen, 8,9%), die Wirtschaftsförderung/Gewerbepolitik (23 Nennungen, 8,5%) und die kommunale Finanzpolitik, besonders die Haushaltskonsolidierung und die Stadtgestaltung (je 20 Nennungen). Auffälligerweise kommen alle sozial- und bevölkerungspolitischen Aktivitäten der Kommunen zusammengekommen nur auf 8 Nennungen. Die übrigen Themenfelder sind ebenfalls von untergeordneter Bedeutung.

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

Wegen der unbefriedigenden Forschungslage läßt sich kaum bestimmen, inwieweit die Wahrnehmungen und Bewertungen der Kommunalpolitiker aus den vierzehn Städten typisch für die kommunalpolitischen Führungsgruppen oder zumindest die der CDU/CSU-angehörigen Mandatsträger sind. Vermutlich wären die Ergebnisse bei einem zwischenparteilichen Vergleich anders ausgefallen. Dennoch zeigt die Auswertung der offenen und geschlossenen Fragen, daß unsere Befragten einigen Themen der Neuen Politik, insbesondere dem kommunalen Umweltschutz, eine große Bedeutung zuweisen. Dem muß die Betonung der Dringlichkeit von Maßnahmen der Wirtschaftsförderung und der Verkehrspolitik nicht unbedingt widersprechen.

5.4.2.2 Die Struktur der Aufgaben im Kontext der Wertwandelsdebatte

In Analysen des Wertewandels und seiner Bedeutung für die Issue-Präferenzen der Bevölkerung und der politischen Führungsgruppen wurden die Begriffe Alte und Neue Politik in anderer Weise benutzt als im vorigen Kapitel. Sicherheits-, wachstums- und sozialpolitische Aufgaben wurden der Alten, ökologische, partizipative und emanzipatorische Anliegen der Neuen Politik zugeordnet (vgl. z. B. Hildebrandt, Dalton 1977; Baker, Dalton, Hildebrandt 1981:139ff; Schmitt 1987). Die damit vorgenommene Aufgabengliederung weicht von den bei der Analyse des Aufgabenwandels in der Zeitdimension ermittelten Strukturen ab: Nach den zuvor präsentierten Ergebnissen wäre die Wirtschaftsförderung als neue, die Schulpolitik als alte Aufgabe zu klassifizieren. Auf der Basis des Inglehartschen Postmaterialismus-Ansatzes dagegen ergäbe sich die umgekehrte Zuordnung. Dies könnte nach den von Schmitt (1987) vorgelegten Ergebnissen durch die besondere Zusammensetzung unserer Untersuchungsgruppe bedingt sein. Nach seinen Befunden stellt sich die Differenzierung in Ziele der „Alten“ und der „Neuen Politik“ in den einzelnen bundesdeutschen Parteien jeweils unterschiedlich dar. Angesichts der Beschränkung der Analyse auf Ratsmitglieder der CDU/CSU ist dieser Umstand zu berücksichtigen. So gehören bei der CSU ökonomische Wachstums- und Modernisierungsziele zur Neuen Politik, bei der CDU weist dieses Konzept eine starke sozialpolitische Komponente auf (vgl. Schmitt 1987:99ff). Dies macht es möglicherweise schwierig, unsere fünfzehn Aufgaben theoretisch schlüssig auf dem Kontinuum „alt/neu“ anzuordnen, ganz abgesehen von den Problemen, die sich aus der schwachen Ausprägung der ideologisch-programmatischen Komponente in der Kommunalpolitik ergeben.

Nützlicher könnte insofern für eine Untersuchung kommunaler Daseinsvorsorgefunktionen eine von Zimmermann und Müller (1985) vorgeschlagene Aufgabengliederung sein. Sie differenzieren zwischen Aufgaben, die der Entwicklung des „Humankapitals“ dienen und solchen, die die „materielle Ressourcenausstattung“ einer Gesellschaft betreffen. Die erste Gruppe umfaßt Aufgaben

Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

der sozialen, kulturellen und ökologischen Entwicklung, die zweite wirtschaftlich-technologische Belange.

In einer Faktorenanalyse über die fünfzehn Aufgaben erweist sich die Unterscheidung von Zimmermann und Müller im Vergleich mit der Ingleharts eindeutig als die angemessenere: Aus den fünfzehn Variablen wurden zwei Faktoren ermittelt, die wirtschaftlich-technologische von sozio-kulturellen Aufgaben trennten (vgl. Tabelle 5-6). Neben der Wirtschaftsförderung, der Verkehrspolitik und der Energieversorgung finden wir die Entsorgung, die Stadtplanung/Stadtgestaltung sowie die Wissenschaftsförderung auf dem ersten Faktor, der darüber hinaus mit dem Thema Öffentliche Sicherheit in Beziehung steht. Er ist eindeutig der wichtigere von beiden und bindet 43 Prozent der Varianz in der Bewertung der fünfzehn Aufgaben. Alle klassischen Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge sowie der Schulbau und die Kulturförderung laden auf dem zweiten Faktor, der nochmals einen Varianzanteil von acht Prozent festlegt. Inhaltlich erfaßt er die für die Vergrößerung des Humankapitals maßgeblichen Aufgaben mit Ausnahme der Wissenschaftsförderung.⁹⁾ In diesem Zusammenhang ist der Hinweis interessant, daß auch in der repräsentativen Bevölkerungsumfrage des SFK vom Herbst 1986 die Wirtschafts- und die Sozialpolitik als die beiden wichtigsten Dimensionen des kommunalen Aufgabenspektrums ermittelt worden waren (vgl. Tabelle 5-2). Anders als in dieser Umfrage war eine Interpretation einzelner Faktoren als Alte und Neue Politik im Sinne Ingleharts und Daltons in der Mandatsträgerumfrage nicht möglich.

Der Auswahl der zweiten Itematterie lag nicht zuletzt die Absicht zugrunde, zwischen Zielen der Alten und der Neuen Politik zu trennen. Sechs der neun in unsere Analyse einbezogenen Items lassen sich nach Plausibilitäts Gesichtspunkten ziemlich problemlos der Dimension Alte/Neue Politik zuordnen. Die Neue Politik umfaßt neben dem Umweltschutz die von den Neuen Sozialen Bewegungen verfochtenen egalitären Ziele (Ausländer- und Frauenpolitik) sowie die Stellungnahme zu Fragen der „Großen Politik“. Klassische Themen der Alten Politik stellen die Altenfürsorge und die Gesundheitsvorsorge dar. Mit Abstrichen dürfte dies auch für die Schaffung einer kinderfreundlichen Atmosphäre und die Selbsthilfe im Sozial-/Gesundheitswesen gelten. Diese beiden Ziele oder Aufgaben lassen sich möglicherweise auch als Bestandteile alternativer Politik verstehen. Das Item „Lebensqualität“ kann mit beiden Aufgabengruppen in Verbindung stehen (vgl. dazu bei einer etwas anderen Unterscheidung und Zuordnung Farah, Barnes, Heunks 1979:411ff). Die faktorenanalytisch ermittelten beiden Aufgabengruppen binden gemeinsam 49.5 Prozent der Varianz der Variablen. Dabei war der erste Faktor mit einem Anteil von 35.7 Prozent der wichtigere, der zweite trug aber immerhin noch weitere 13.9 Pro-

⁹⁾ Als Alternative zu der im folgenden präsentierten Zwei-Faktoren-Lösung kommt grundsätzlich auch ein Ein-Faktorenmodell in Frage, da der erste Faktor der weitaus bedeutsamere ist und zudem hoch mit dem zweiten Faktor korreliert.

Neue und alte Aufgaben in der Kommunalpolitik

Tabelle 5-6: Faktorenanalyse der gegenwärtigen kommunalen Aufgaben (Pattern Matrix)			
	FAK1	FAK2	KOMMUNALITÄT
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG	.84934	-.17103	.59104
KOMMUNALE VERKEHRSPOLITIK	.76324	-.01615	.56925
STADTPLANUNG/SANIERUNG, STÄDTEBAU	.76324	.00607	.58766
ENTSORGUNG	.63692	.13841	.52167
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT UND ORDNUNG	.63276	.11553	.49403
FÖRDERUNG VON WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG	.59016	.23091	.55131
ENERGIEVERSORGUNG	.51302	.19273	.40896
SOZIALE EINRICHTUNGEN/LEISTUNGEN	.01264	.78861	.63303
KOMMUNALE GESUNDHEITSVORSORGE	.03457	.75812	.60473
KOMMUNALER WOHNUNGSBAU	-.19157	.69732	.37620
KULTURELLE ANGEBOTE UND LEISTUNGEN	.14117	.56244	.42350
SPORT- UND FREIZEITINRICHTUNGEN	.15000	.54664	.41140
SOZIALHILFE	.29094	.53564	.54276
JUGENDHILFE	.31621	.49728	.52002
BAU UND UNTERHALTUNG VON SCHULEN	.24125	.48231	.41866
Eigenwert	6.44951	1.20472	
Prozent Varianz	43.0	8.0	
Prozent Varianz (kumuliert)	43.0	51.0	
Faktorkorrelationsmatrix:			
	FAKTOR 1	FAKTOR 2	
FAKTOR 1	1.00000		
FAKTOR 2	.54931	1.00000	

zent zur Varianzreduktion bei. Die beiden Faktoren lassen sich als eine Differenzierung zwischen den Zielbündeln „kommunale Lebensqualität“ und „alternativ-postmaterialistische Politik“ interpretieren. Die drei unter Plausibilitäts Gesichtspunkten der Neuen Politik zugeordneten Variablen, die Ausländerpolitik, die Hilfe für Frauen in schwierigen Lebenslagen und die Stellungnahme zu Fragen der Großen Politik laden hoch auf dem Faktor „Alternative Politik“, sie sind aber mit dem Faktor „Lebensqualität“ nur schwach verbunden. Unplausible Ladungen auf dem ersten Faktor weisen die Items Gesundheitsvorsorge und Sorge für alte Menschen auf. Ebenfalls im Widerspruch zu unseren Erwartungen steht die schwache Faktorladung des Umweltschutzes auf dem ersten Faktor. Dieser umfaßt somit alternativ-postmaterialistische und sozialstaatliche Ziele und läßt sich als Manifestation eines ausgeprägten sozialen Engagements interpretieren, bei dem allerdings die Themen der Neuen Politik dominieren. Eine ähnliche Verbindung von Postmaterialismus und sozialstaatlichem Engagement hatte auch Schmitt (1987) bei CDU-Aktivisten ausgemacht. Der zweite Faktor steht mit zwei der vier sozialpolitischen Items in einer stark negati-

Die kommunalpolitische Prioritätenstruktur

ven Beziehung, nämlich mit der Schaffung einer kinderfreundlichen Atmosphäre und der Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen. In derselben Weise sind dem zweiten Faktor der Umweltschutz und die allgemeine Lebensqualität der Stadt sowie – mit deutlich schwächeren Ladungen – die Altenpolitik, die Gesundheitsvorsorge und die Hilfe für Frauen in schwierigen Lebenslagen zugeordnet. Insofern indiziert dieser Faktor ein schwaches Engagement für die kommunale Lebensqualität und gesellschaftliche Solidarität. Die auf der Werteebene ermittelte Differenzierung zwischen Alter und Neuer Politik tritt in stark modifizierter Form auch auf der Issue-Ebene auf. Insbesondere läßt sich das Engagement für eine alternativ-postmaterialistische Politik nicht überzeugend von sozialstaatlichen Aufgaben trennen. Die Abweichungen von den Erwartungen dürften nicht zuletzt dadurch bedingt sein, daß sich die Befragung auf die Mitglieder christlich-demokratischer bzw. christlich-sozialer Ratsfraktionen beschränkte und damit die parteipolitische Dimension des Gegensatzes zwischen Alter und Neuer Politik ausblendete.¹⁰⁾

Tabelle 5-7: Die Dimension der Alten und Neuen Politik in den gegenwärtigen Aufgaben der Kommunen – Faktorenanalyse (Pattern Matrix)

	FAKTOR1	FAKTOR2	KOMMUNALITÄT
FRAUEN	.70290	-.19885	.59725
AUSLÄNDER	.68114	.03145	.45519
GROSSE POLITIK	.65288	.29073	.42436
GESUNDHEIT	.59455	-.27581	.50423
WOHLFÜHLEN	-.04346	-.73781	.53165
KINDER	.30685	-.63530	.58651
UMWELTSCHUTZ	.23584	-.60469	.48619
SELBSTHILFE	-.17316	-.61602	.36090
ALTE MENSCHEN	.49955	-.41139	.51236
Eigenwert	3.20925	1.24939	
Prozent Varianz	35.7	13.9	
Prozent Varianz (kumuliert)	35.7	49.5	

Da die Struktur der Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben sehr ähnlich ist und da die Befragten in den folgenden zehn Jahren eher einen generellen Bedeutungsgewinn fast aller Aufgaben als wesentliche Prioritätenverschiebungen

¹⁰⁾ Es ist allerdings auch nicht auszuschließen, daß die beiden Faktoren die Wichtigkeit der Issues abbilden; denn auf dem ersten Faktor laden die vier unwichtigsten Issues, auf dem zweiten die drei wichtigsten.

Die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation

sehen, kann die Untersuchung der Bestimmungsfaktoren der Wahrnehmung kommunaler Aufgaben bei der Beschreibung der aktuellen Situation ansetzen.¹¹⁾

6 Die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation und mit den Leistungen der Parteien auf den Gebieten der Alten und der Neuen Politik

6.1 Die Zufriedenheit mit dem Realisierungsgrad der Ziele

Die Verfechter der Wertewandelsthese behandelten das Aufkommen post-materialistisch-nonkonformistischer Präferenzen nicht allein unter dem Gesichtspunkt der Thematisierung neuer Entscheidungsprobleme und politischer Forderungen. Darüber hinaus untersuchten sie die Frage, in welchem Umfange die politische Führung willens und in der Lage ist, den Erwartungen der Trägergruppen neuer Werte bei ihren politischen Entscheidungen zu entsprechen. Dabei herrscht die Auffassung vor, unter den bestehenden Bedingungen würden die neuen politischen Forderungen nicht im gewünschten Maße befriedigt. Aus diesem Grunde gehe mit dem Wertewandel eine wachsende Unzufriedenheit einher, die sich nicht nur auf den Inhalt einzelner politischer Entscheidungen beziehe, sondern auch das Verhältnis der Postmaterialisten zum politischen System insgesamt bestimme. Insbesondere Klages und seine Mitarbeiter (1981a; 1984:102ff; 1988:68ff; vgl. auch Klages, Herbert 1983:63ff; Klages, Franz, Herbert 1987, Franz 1989) setzten sich mehrfach kritisch mit der „Revolution der steigenden Erwartungen“ auseinander. Sie beschreiben die Nonkonformisten als ein Unruhepotential in den westlichen Gesellschaften, da sie das politische System ständig mit neuen Forderungen konfrontierten, auf die dies nur in begrenztem Maße eingehen könne. Auf die

¹¹⁾ Die Frage, ob sich in den vergangenen und zukünftigen Aufgaben der Kommunen ein bestimmtes Strukturmuster erkennen läßt, ist nicht eindeutig beantwortbar. Bei einer Faktorenanalyse ergab sich in beiden Fällen eine klare Dominanz des ersten Faktors. Er bindet nahezu vierzig Prozent der Varianz der fünfzehn Aufgaben. Eine Drei-Faktoren-Lösung brachte nochmals eine substantielle Erhöhung dieses Betrages auf 54.4 (Aufgaben vor zehn Jahren) bzw. 53 Prozent (Aufgaben in zehn Jahren). Die Aktivitäten Sozial- und Jugendhilfe, soziale Einrichtungen und Gesundheitsvorsorge gruppieren sich in der Zukunft und in der Vergangenheit auf einem Faktor. Dieselbe Aussage läßt sich für die Wirtschaftsförderung, die Versorgung und die Entsorgung machen. Die übrigen Ladungsmuster sind aber nur schwer interpretierbar. In der Beschreibung der vergangenen Aufgaben findet sich ein sehr heterogener dritter Faktor, auf dem nicht nur die drei kultur- und bildungspolitischen Items, sondern auch der Wohnungs- und der Städtebau sowie die Verkehrspolitik laden. In der Zukunftsdimension weist der erste Faktor eine ähnlich heterogene Zusammensetzung auf. Die Ladungen sind hier mit dem bei den gegenwärtigen Aufgaben beschriebenen Muster vergleichbar, d. h. neben den drei wirtschaftspolitischen Aufgaben (Wirtschaftsförderung, Energieversorgung, Entsorgung) stehen mit diesem Faktor die Wissenschaftsförderung, die Verkehrspolitik, der Städtebau und die Innere Sicherheit in Beziehung (auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet).

Die Zufriedenheit mit dem Realisierungsgrad der Ziele

wahrgenommene Diskrepanz zwischen ihren Ansprüchen und den Leistungen des politischen Systems reagierten sie mit Unzufriedenheit, Protest und Loyalitätsentzug (vgl. ähnlich, wenn auch mit anderer Akzentuierung: Barnes, Inglehart 1974; Farah, Barnes, Heunks 1979; Inglehart 1977a:116ff; 1977b; 1979:283ff; weitere ausführliche Hinweise bei Gabriel 1986:111ff).

Auch wenn man sich nicht alle Annahmen über die negativen Folgen des Wertewandels für die Zufriedenheit der Bevölkerung mit den Leistungen des politischen Systems zu eigen macht, sind einige in diesem Zusammenhang angestellte Überlegungen nachvollziehbar. Aus unterschiedlichen Gründen kommen die Forderungen der Postmaterialisten in der Politik der westlichen Demokratien nur begrenzt zum Zuge. In Anbetracht der hohen Erwartungen, die sich mit der Politik der Inneren Reformen in der Bundesrepublik und in den USA verbunden hatten, mußte dies Enttäuschungen nach sich ziehen: Wie auch immer man über die Forderung nach einer umfassenden Demokratisierung der bundesdeutschen Gesellschaft denkt, die sozialliberale Koalitionsregierung realisierte die entsprechenden Ankündigung allenfalls teilweise; der Ausbau des Bildungssystems setzte sich spätestens seit der Mitte der siebziger Jahre nicht mehr fort; Maßnahmen zur Verbesserung des Umweltschutzes kollidierten mit ökonomischen Erfordernissen und konnten folglich nicht uneingeschränkt realisiert werden. Schließlich werden hinsichtlich der Gleichberechtigung der Frauen und der Gleichstellung von Minderheiten immer wieder Realisierungsdefizite kritisiert. Über die politischen Konsequenzen der Diskrepanz zwischen Forderungen und Realisierungsmöglichkeiten gibt es zwar zahlreiche plausible Vermutungen, aber nur wenig fundierte empirische Informationen (vgl. für die USA: Citrin 1974; Miller 1974). Obwohl sich die Diskussion über das mit dem Wandel der Wertvorstellungen einhergehende Unzufriedenheitspotential im allgemeinen auf die Einstellungen der Bürger und nicht auf die politischen Führungsgruppen bezieht, gibt es keinen plausiblen Grund für die Annahme, daß nicht auch bei den Entscheidungsträgern selbst Unzufriedenheit mit den Chancen, neue politische Ziele zu realisieren, auftreten kann.

Unsere Untersuchung der Zufriedenheit mit der Realisierung kommunaler Aufgaben verwendet die neun aus der SFK-Umfrage übernommenen Ziele. Im Vergleich mit der Wichtigkeit liegen die Zufriedenheitswerte deutlich niedriger (vgl. Tabelle 6-1). Sie schwanken im Mittel zwischen einer schwach ausgeprägten Zufriedenheit und einer schwach ausgeprägten Unzufriedenheit.

Besonders positiv bewerten die Befragten die Leistungen auf dem Gebiet der Gesundheitsvorsorge. Es folgen die Zufriedenheit mit den allgemeinen Lebensbedingungen in der Stadt („wohlfühlen“) und mit der Hilfe für Frauen in schwierigen Lebenslagen. Am günstigsten schneiden im Urteil der Ratsmitglieder die Aufgaben ab, die auf ihrer Prioritätenskala mittlere oder nachrangige Positionen einnehmen (Gesundheitsvorsorge, Frauen, alte Menschen, Umweltschutz). Am unteren Ende der Zufriedenheitsskala rangieren zwei als hochrangig eingestufte Themen (Selbsthilfe, kinderfreundliche Atmosphäre) sowie die

Die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation

Tabelle 6-1: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation

Frage: „Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie diese Aufgaben bisher in Ihrer Stadt gelöst werden?“

	MW	Korr mit Wichtigkeit
Mehr für die Gesundheitsvorsorge tun	4.02	.2828
Frauen in schwierigen Lebenslagen helfen	3.95	.2065
Unsere Stadt so entwickeln, daß ich mich hier richtig wohlfühlen kann	3.95	.2853
Sich mehr um alte Menschen und ihre Probleme kümmern	3.89	.2196
Mehr für den Umweltschutz in der Stadt tun	3.82	.2502
Sich mehr um die Ausländer und ihre Probleme kümmern	3.72	.3254
Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen fördern	3.61	.0047
Mehr für eine kinderfreundliche Atmosphäre in der Stadt tun	3.60	.2808
Zu Fragen der großen Politik im Stadtrat Stellung nehmen	3.60	.3387

mehrheitlich als unwichtig eingestufte Stellungnahme zu Fragen der großen Politik.

Anders als der Vergleich der Punktwerte auf der Zufriedenheits- und der Wichtigkeitsskala vermuten läßt, hängen die Einschätzung der Wichtigkeit und die Zufriedenheit mit den kommunalen Leistungen nur schwach zusammen. Die Unzufriedenheit der Befragten mit der gegenwärtigen Situation konzentriert sich also nicht auf die als vorrangig eingestuften Probleme. Mit Ausnahme der „Selbsthilfe im Sozial- und Gesundheitswesen“, bei der die Wichtigkeit und die Zufriedenheit völlig unabhängig voneinander sind, weisen alle Beziehungsmaße zwischen der Wichtigkeit und der Zufriedenheit positive Vorzeichen auf, d. h.: Je wichtiger diese Aufgabe eingeschätzt wird, desto zufriedener ist man tendenziell auch mit der bisherigen Lösung des Problems. Das nach den Annahmen der Werteforscher zu erwartende Gefälle in der Zufriedenheit mit Aufgaben der Alten und der Neuen Politik tritt schon deshalb nicht auf, weil sich diese Aufgaben in unserer Befragtengruppe nicht eindeutig voneinander

Die Leistungen der Parteien

abgrenzen ließen. Die CDU/CSU/CSM-Ratsmitglieder sehen keine besonderen Realisierungsdefizite auf dem Gebiet der Neuen Politik. Die Wichtigkeit und die Zufriedenheit auf den Gebieten „Stellungnahme zu Fragen der Großen Politik“ und „Ausländerpolitik“ hängen sogar besonders eng miteinander zusammen. Natürlich läßt dies Ergebnis keinerlei Schlußfolgerungen darüber zu, welche Beziehung andere Gruppen unserer Gesellschaft zwischen der Wichtigkeit einer politischen Aufgabe und der Zufriedenheit mit ihrer Realisierung herstellen. Auch faktorenanalytisch konnte auf der Zufriedenheitsdimension keine Trennung von Zielen der Alten und der Neuen Politik vorgenommen werden. Es wurde lediglich ein Faktor ermittelt, der 48.3 der Varianz der Variablen festlegte. Alle Ziele wiesen auf diesem Faktor positive Ladungen (.52 Fragen der Großen Politik) (.74 Alte Menschen) auf. Insoweit hat sich auf dieser Ebene die Unterscheidung zwischen unseren beiden Politikategorien nicht bewährt (auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet).

6.2 Die Leistungen der Parteien

Zu den wichtigsten wahl- und politiksoziologischen Problemen gehört die Diskussion über die Leistungsfähigkeit der politischen Parteien auf bestimmten Sachgebieten. In der Sicht der Bürger weisen die bundesdeutschen Parteien spezifische Kompetenzprofile auf, die allerdings mit den bestehenden Rahmenbedingungen variieren. Im allgemeinen attestieren die Wähler der CDU/CSU die größere Leistungsfähigkeit auf dem Gebiet der Alten Politik (wirtschaftliche Stabilität und innere Sicherheit), der SPD trauen sie eher die Lösung von Problemen der Neuen Politik und sozialpolitischer Aufgaben zu (vgl. z. B. Berger u.a. 1986:286ff; Gibowski, Kaase 1986:515ff; Gruber 1977; Klingemann 1973; 1986; Klingemann, Taylor 1977:327ff).

In Anbetracht der Tatsache, daß in unsere Untersuchung nur Mitglieder der CDU/CSU- und der CSM-Ratsfraktionen einbezogen waren, erfolgt die Analyse der Leistungsbewertung der in der Kommunalvertretung vertretenen Parteien in dieser Arbeit unter anderen Gesichtspunkten als in den wahlsoziologischen Studien. Zunächst ist zu vermuten, daß unsere Befragten die CDU/CSU durchweg für leistungsfähiger halten als die SPD, die FDP und die GRÜNEN. Interessant bleibt aber dennoch die Klärung der Frage, in welchen Bereichen der zu vermutende Kompetenzvorsprung besonders groß ausfällt und in welchen die Ratsmitglieder die Leistungsfähigkeit der CDU/CSU im Vergleich mit den übrigen Parteien kritisch beurteilen.

Erwartungsgemäß attestieren die CDU/CSU Ratsmitglieder ihrer eigenen Partei generell eine größere Leistungsfähigkeit als den anderen im Rat vertretenen Gruppierungen. Der Mittelwert auf einer Sechs-Punkte-Skala zur Leistungsbewertung beläuft sich für die Union auf 4.58. Er liegt damit fast um einen Punkt höher als der betreffende Wert der FDP (3.61). Zwischen dieser und der SPD (3.18) liegt nochmals ein deutlicher Abstand, allerdings bewertete die Mehrheit

Die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation

der Befragten beide Parteien positiv. Für die GRÜNEN trifft dies nicht zu. Ihr Mittelwert liegt (2.55) deutlich unterhalb der Skalenmitte (vgl. Tabelle 6-2).

Tabelle 6-2: Problemlösungskompetenz der Parteien in den neun Aufgabengebieten (Angaben: Mittelwerte)

Frage: „Und wie gut werden die einzelnen Ratsfraktionen hier in dieser Stadt mit diesen Anliegen fertig?“

	CDU/ CSU	SPD	FDP	GRUE
Problemlösungsfähigkeit allgemein	4.54	3.17	3.61	2.55
Unsere Stadt so entwickeln, daß ich mich hier richtig wohlfühlen kann	4.80	3.21	3.95	1.98
Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe im Sozial- und Gesundheitswesen fördern	4.59	3.73	3.66	3.02
Mehr für eine kinderfreundliche Atmosphäre in der Stadt tun	4.71	3.81	3.78	3.13
Sich mehr um alte Menschen und ihre Probleme kümmern	4.69	4.09	3.73	2.74
Mehr für den Umweltschutz in der Stadt tun	4.37	3.86	3.85	3.66
Mehr für die Gesundheitsvorsorge tun	4.60	3.98	3.98	3.10
Frauen in schwierigen Lebenslagen helfen	4.00	4.02	3.61	3.63
Sich mehr um die Ausländer und ihre Probleme kümmern	3.75	4.07	3.54	3.92
Zu Fragen der großen Politik im Stadtrat Stellung nehmen	4.05	3.74	3.39	3.60

Die Bewertung der Leistungen der einzelnen Parteien auf den verbleibenden acht Politikfeldern vermittelt ein außerordentlich differenziertes und aufschlußreiches Bild der perzipierten Stärken und Schwächen der vier Parteien. Jede Parteigruppierung weist in der Sicht der Befragten ein spezifisches Kompetenzprofil auf. Die ermittelten Befunde decken sich weitgehend mit den Ergebnissen repräsentativer Bevölkerungsumfragen über die Problemlösungskompetenz der Parteien.

Die Stärken der CDU/CSU sehen die Befragten primär auf dem Gebiet der Sozialpolitik (kinderfreundliche Atmosphäre und Altenpolitik sowie, mit Abstrichen, Gesundheitsvorsorge und Nachbarschaftshilfe). Sie geben ihrer Partei für sämtliche zu diesem Bereich gehörigen Aufgaben überdurchschnittlich hohe Punktwerte und schreiben ihr einen relativ klaren Kompetenzvorsprung

Die Leistungen der Parteien

vor allen anderen Parteien zu. Das Item „kinderfreundliche Atmosphäre“ nimmt die Spitzenposition ein. Dem stehen Leistungsdefizite auf sämtlichen der Neuen Politik zuzurechnenden Gebieten gegenüber, nämlich im Umweltschutz, in der Frauen- und der Ausländerpolitik sowie bei Stellungnahmen zu Fragen der Großen Politik. Besonders kritisch sehen die Ratsmitglieder die Leistungen ihrer Partei in der Ausländerpolitik. In diesem Themenbereich sowie bei der Unterstützung von Frauen in schwierigen Lebenslagen bewerten die Ratsmitglieder die SPD positiver als die eigene Partei. In der Ausländerpolitik rangiert die CDU/CSU sogar noch hinter den GRÜNEN.

Der SPD-Kommunalpolitik ordnen unsere Befragten, wie die Bevölkerung insgesamt, auf der Positivseite eine Verbindung von klassischen sozialstaatlichen Belangen (Altenpolitik, Gesundheitsvorsorge) mit Aufgaben der Neuen Politik zu (Frauen, Ausländer). Den höchsten Wert erhielt die SPD in der Altenpolitik. Als Defizite der SPD-Politik sehen die CDU/CSU-Ratsmitglieder vornehmlich die Förderung von Selbsthilfeaktivitäten. Dies versteht sich auf dem Hintergrund der der SPD zugeschriebenen Präferenz für staatliche Lösungen in der Wohlfahrtspolitik. Thematisch kaum mit dieser Aufgabe verbunden sind die beiden weiteren von den CDU/CSU-Politikern behaupteten Defizitbereiche der SPD-Kommunalpolitik, die Schaffung einer kinderfreundlichen Atmosphäre und die Stellungnahme zu Fragen der Großen Politik. Im Gegensatz zu den Stärken der SPD lassen sich deren Leistungsschwächen nicht in einem bestimmten Politikbereich festmachen.

Von den beiden kleinen Parteien weisen die GRÜNEN das schärfere Kompetenzprofil auf: Für die CDU/CSU-Kommunalpolitiker ist diese Partei klar auf die Themen der Neuen Politik fixiert (Ausländer, Umweltschutz, Frauen, Große Politik). In allen sozialpolitischen Fragen schreiben sie ihr demgegenüber Schwächen zu. Dementsprechend erfahren die GRÜNEN die positivste Beurteilung in der Ausländerpolitik, die negativste in der Altenpolitik. Ein positives kommunalpolitisches Profil der FDP ist in unseren Daten nicht zu erkennen, dagegen wird sie auf dem Gebiet der Neuen Politik durchweg noch schwächer bewertet als die Union. Eine Ausnahme macht der Umweltschutz. Die Kompetenzbewertung der FDP auf den hier untersuchten Sachgebieten fällt insgesamt homogen aus.

Durch eine Regressionsanalyse läßt sich feststellen, wie die perzipierten Leistungen der vier Parteien auf einzelnen Politikfeldern die generelle Bewertung ihrer Leistungsfähigkeit beeinflussen. In diese Analyse geht die generelle Kompetenzzuweisung als abhängige Variable ein, während die neun aufgabenbezogenen Items als Prädiktorvariablen fungieren. Durch derartige Analysen ist schon deshalb keine hundertprozentige Varianzaufklärung zu erwarten, weil unsere Fragenbatterie nur einen schmalen Ausschnitt aus dem gesamten kommunalen Aufgabenspektrum erfaßt. Selbst wenn den Befragten eine umfassendere Themenliste vorgelegen hätte, dürften andere, nicht sachbezogene

Die Zufriedenheit mit der aktuellen Situation

Bewertungen – wie die affektive Parteibindung – in die Kompetenzzuweisung an die Parteien hineinspielen (vgl. ausführlich: Klingemann, Taylor 1977).

Das Ergebnis der Regressionsanalysen zeigt die begrenzte Relevanz der politikfeldspezifischen Einzelbewertungen für das Gesamturteil über die kommunalpolitischen Leistungen der Parteien: Nur bei der CDU/CSU gehen 18.3% der Varianz der Gesamtbeurteilung auf die Einschätzung der Einzelaufgaben zurück. Die größte Bedeutung als Vorhersagegrößen der allgemeinen Problemlösungsfähigkeit der CDU/CSU kommt dem Umweltschutz, dem Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Stadt und der Altenpolitik zu. Bezieht man zusätzlich die Identifikation mit der Kommunalpolitik der CDU/CSU in das Analysemodell ein, dann steigt der gebundene Varianzanteil nochmals auf 25.9% auf. Die generelle Parteibindung beeinflusst die Kompetenzbewertung stärker als die Einstufung der sachlichen Leistungsfähigkeit der CDU/CSU auf den bekannten Politikfeldern (vgl. Tabelle 6-3).

Tabelle 6-3: Der Beitrag der Leistungsbewertung der Parteien auf einzelnen Politikfeldern zur generellen Leistungsbewertung (Angaben: unstandardisierte Regressionsgewichte)

	CDU/CSU	SPD	FDP	GRUENE
GESUNDHEIT	-.10659	.02299	.10518	.02134
SELBSTHILFE	.02072	.03907	.10707	-.07601
AUSLÄNDER	.07366	-.13636	-.08518	.01943
GROSSE POLITIK	.00817	.05559	-.02156	.06153
WOHLFÜHLEN	.16481	.16596	.23842	.24723
FRAUEN	.02420	.13772	.04662	.13902
KINDER	-.05001	.02273	.02444	-.15234
ALTE	.11436	.09866	-.00992	.16792
UMWELTSCHUTZ	.20673	-.02470	.04355	-.02523
Konstante	2.53050	1.80338	1.84852	1.5434
Multiple Korrelation (R)	.42798	.31282	.30462	.28586
R ²	.18317	.10125	.09279	.08172

Das Urteil über die Kompetenz von SPD, FDP und GRÜNEN hängt noch weniger von der perzipierten Fähigkeit zur Lösung einzelner Probleme ab. Von dem ohnehin nur geringen Varianzanteil, den die Leistungsbewertung auf einzelnen Politikfeldern bindet (maximal 10.1% [SPD]), entfällt der größte Anteil auf das unspezifisch-affektive Item „Wohlfühlen in der Stadt“. Der Einfluß dieses Faktors auf die Bewertung der FDP und der GRÜNEN ist sogar noch stärker. Das Verhältnis der CDU/CSU-Kommunalpolitiker zu den konkurrierenden Parteien wird offenkundig durch negative bis neutrale Affekte bestimmt, die sich vor allem auf die Einschätzung der generellen Parteileistungen auswirken und nur schwach in spezifischen Policy-Orientierungen verwurzelt sind. Wesentlich positiver sieht die Perzeption ihrer Aufgabenerfüllung auf einzelnen Politik-

Die Leistungen der Parteien

feldern aus. Diese Inkonsistenz in den politischen Einstellungen läßt sich vermutlich auf das Zusammenspiel affektiv-ideologischer und sachbezogener Elemente zurückführen. Wenn die der Union angehörigen Ratsmitglieder die Politik der SPD, der FDP und der GRÜNEN im allgemeinen deutlich negativer beurteilen als ihre Leistungen auf konkreten Aufgabenfeldern, dann zeigt dies die affektiv-ideologische Dimension des Parteienwettbewerbs. In die günstigere aufgabenbezogene Bewertung fließt demgegenüber wohl stärker die Erfahrung in der konkreten sachbezogenen und konsensualen kommunalpolitischen Arbeit ein (vgl. ausführlich Gabriel, Haungs, Zender 1984). Zudem zeigen sich in der festgestellten Zuordnung der Problemlösungskompetenz zu den einzelnen politischen Parteien jeweils besondere Stärken und Schwächen, die auch die Alte und die Neue Politik betreffen. Eine klare Trennlinie verläuft zwischen den GRÜNEN als profilierten Verfechtern der „Neuen Politik“ und der CDU/CSU sowie der FDP, deren Leistungen auf diesen Gebieten unsere Befragten eher kritisch einstufen. Die SPD nimmt eine Zwischenstellung ein, da ihre Leistungsstärken in einigen Bereichen der Alten und Neuen Politik lokalisiert werden. Insoweit entsprechen unsere Ergebnisse den Befunden nationaler Erhebungen.

Als erfolglos erwies sich der Versuch, das Kompetenzprofil der Parteien unter dem Gesichtspunkt ihrer Leistungen auf den Gebieten der Alten und der Neuen Politik faktorenanalytisch zu gruppieren. Zwar konnten jeweils zwei bzw. drei Kompetenzbereiche der Parteien ermittelt werden, doch war die Zuordnung der Items zu den Faktoren inhaltlich ausnahmslos unplausibel (auf die Vorlage von Tabellen wird verzichtet).

7 Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen als Bestimmungsfaktoren der Prioritätenstruktur

Die Wertorientierungen einer Person gelten in der Literatur als die zentralen, einstellungs- und verhaltensbestimmenden Elemente ihres Überzeugungssystems. Dieser Vorstellung zufolge müßten sie die spezifischen Issue-Präferenzen der Ratsmitglieder nachhaltig beeinflussen. Für Inglehart (1977a: 13,62,179ff) bilden materialistische und postmaterialistische Werte den Kern eines umfassenderen Systems politischer Forderungen und Erwartungen. Die mit dem Begriff der Alten Politik assoziierten Issue-Orientierungen richten sich auf wirtschaftliche und soziale Sicherheit, Ruhe und Ordnung, Wachstum und Wohlstand. Mit der Neuen Politik hängen demgegenüber auf der Issue-Ebene die Ziele Lebensqualität, Gleichberechtigung von Frauen und von Minoritäten, betriebliche Mitbestimmung, politische Partizipation und Umweltschutz zusammen. In Untersuchungen über die Auswirkungen des Wertewandels auf die Anforderungen an die nationale Politik wurden derartige Beziehungen eindeutig nachgewiesen (vgl. u.a. Hildebrandt, Dalton 1977; Dalton 1988).

Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen

Nach Klages (1981b; 1984:51; Klages, Herbert 1983:63ff) ist bei der Auseinandersetzung mit den politischen Konsequenzen des Wertewandels ein weiterer Gesichtspunkt zu berücksichtigen. Seiner Auffassung nach wirken die Wertedispositionen einer Person generell erwartungssteigernd bzw. forderungshemmend, und zwar unabhängig von der jeweiligen Beschaffenheit der betreffenden Sachfragen. KON-Dispositionen enthielten ein Element der Selbsteingrenzung und Anpassung, das sich entlastend auf das politische System auswirke, da Personen mit den betreffenden Wertorientierungen auch in ihren Forderungen an das politische System eine gewisse Zurückhaltung übten. Dagegen gehe mit den postmaterialistisch-nonkonformistischen Wertvorstellungen eine auch auf das politische System gerichtete Tendenz zur Anspruchsexpansion einher. Postmaterialisten tendieren nach Klages dazu, den Staat als eine Art „Generalverteilungsagentur für Lebenschancen“ einzuschätzen und ihn in einem umfassenden Sinne für die Befriedigung aller möglichen Individual- und Kollektivbedürfnisse verantwortlich zu machen: „'Pflicht- und Akzeptanzwerte' sind – ... – eo ipso Werte, welche die Menschen zur Selbsteingrenzung und -disziplinierung im Verhältnis zu einer Leistung anbietenden Umwelt veranlassen. Dasselbe gilt dort, wo die Umwelt die Menschen zur Selbstanspannung veranlaßt und auffordert. Das umgekehrte trifft nun aber dort zu, wo die 'neuen' Selbstentfaltungswerte ihren Einzug gehalten haben“ (vgl. Klages 1984:51f; vgl. ähnlich in der Argumentation: Herz 1979; Marsh 1975; 1977).

Diese in Analysen der nationalen Politik ermittelten Sachverhalte müssen in unserer Untersuchung nicht auftreten, da sich die Befragung auf eine parteipolitisch homogene Gruppe christlich-demokratischer Kommunalpolitiker beschränkte und da in der lokalen Politik die für die nationale Politik typischen Zusammenhänge zwischen Wertdispositionen und Issue-Präferenzen nicht unbedingt vorliegen müssen. Schon die Faktorenanalyse der kommunalpolitischen Aufgaben hatte gezeigt, daß der Konflikt zwischen Zielen der Alten und der Neuen Politik in unserer Befragtengruppe allenfalls in einer ganz spezifischen Ausprägung auftrat. Dennoch können aus den für die nationale Politik der Bundesrepublik vorliegenden Analysen die folgenden, anschließend empirisch zu prüfenden Annahmen abgeleitet werden:

(1) Befragte mit postmaterialistischen Präferenzen halten durchschnittlich mehr kommunalpolitische Aufgaben für wichtig als dies Politiker mit gemischten und mit materialistischen Präferenzen tun.

(2) Im Vergleich mit den Materialisten stufen sie vor allem die Ziele der Neuen Politik bzw. Aufgaben, die der verbesserten Ausstattung der Gesellschaft mit Humankapital dienen, höher ein. Wenn die von Schmitt (1987) ermittelten Befunde auch für unsere Befragtengruppe gelten, ist darüber hinaus ein ausgeprägtes sozialpolitisches Engagement der CDU/CSU/CSM-Postmaterialisten zu erwarten.

(3) Infolge der anspruchsteigernden Effekte postmaterialistischer Präferenzen schreiben deren Träger Zielen der Alten Politik und Aktivitäten zur Verbesse-

Die Bedeutung des Materialismus-Postmaterialismus-Phänomens

Die Bedeutung der materiellen Infrastruktur der Gemeinde keinen niedrigeren Stellenwert zu als dies Verfechter materialistischer Wertorientierungen tun. Eine Ausnahme dürfte das Ziel „Öffentliche Sicherheit und Ordnung“ darstellen, das in der Präferenzordnung der Postmaterialisten einen niedrigen Rang einnehmen sollte.

(4) In der Rangordnung der Postmaterialisten werden Ziele mit Bezug auf das Humankapital höher eingestuft als Ziele mit Bezug auf die materiellen Ressourcen.

(4) Postmaterialisten sind mit dem politischen Status Quo unzufriedener als Materialisten. Sie tendieren dazu, die Leistungen der Parteien allgemein und insbesondere auf dem Gebiete der Neuen Politik kritischer zu bewerten als Befragte mit materialistischen Prioritäten.

7.1 Die Bedeutung des Materialismus-Postmaterialismus-Phänomens für die kommunale Agenda

Im Gegensatz zu den aus nationalen Repräsentativerhebungen abgeleiteten Erwartungen hängen die Wertorientierungen der Ratsmitglieder nicht oder nur schwach mit der Einschätzung der Wichtigkeit der meisten kommunalen Aufgaben zusammen. Nur in Ausnahmefällen weichen die Befunde von diesem allgemeinen Muster ab. So steigt mit der Intensität postmaterialistischer Präferenzen die Bedeutsamkeit, die die Befragten der Kulturförderung, der Sozialhilfe, dem kommunalen Sport- und Erholungsangebot, dem Städtebau und der Frauenpolitik zuschreiben. Diese Aufgaben betreffen ausnahmslos die Ausstattung der Gesellschaft mit Humankapital. Zudem zeigt sich in unserer Befragtengruppe die bereits von Schmitt (1987) ermittelte Verbindung von Lebensstil-Themen der Neuen Politik (Kultur, Erholung, Städtebau, Frauenpolitik) mit sozialpolitischen Belangen. Da diese Zusammenhänge aber nur punktuell auftreten und nicht allzu deutlich ausgeprägt sind, sollte man sich vor einer Überinterpretation dieser Befunde hüten. Das typische Ergebnis unserer Erhebung ist in der Homogenität der Befragtengruppe, nicht in wert- oder ideologiebedingten Differenzen, zu sehen.

Bei der Auseinandersetzung mit den Realisierungschancen einzelner kommunaler Aufgaben und mit der Bedeutsamkeit der Wertorientierungen für die kommunalpolitischen Prioritäten der Entscheidungsträger bietet es sich an, die Präferenzordnungen der Befragten genauer zu prüfen. Entscheidungen über den Einsatz knapper Mittel reflektieren häufig die Prioritätenstruktur einer Person. Die Position einer Aufgabe in der Präferenzskala bestimmt zumeist darüber, welche Angelegenheiten im Konfliktfalle vorrangig in Angriff genommen und welche zurückgestellt werden. Nachfolgend wird untersucht, ob die Materialisten und die Postmaterialisten den neun bzw. fünfzehn kommunalen Aufgaben in ihren Präferenzordnungen unterschiedliche Positionen zuweisen. Zur Klärung dieser Frage wurden die Befragten zu drei Gruppen zusammenfaßt. Die

Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen

erste Gruppe umfaßt die Postmaterialisten und die Mischtypen. Die Befürworter der Sicherheitsziele wurden je nach der Intensität ihrer Präferenz einer stark bzw. schwach materialistisch ausgerichteten Gruppe zugeordnet. Diese Abweichung von der in repräsentativen Bevölkerungsumfragen üblichen Einteilung ist durch die Verteilung der Wertorientierungen in unserer Befragten-Gruppe bedingt, in der nur wenige Personen rein postmaterialistische oder gemischte Präferenzen aufweisen.¹²⁾

Tabelle 7-1: Der Zusammenhang der Wertorientierungen mit der Bewertung der Bedeutsamkeit einzelner kommunalpolitischer Aufgaben

	MITTELWERTE			
	PMAT /MIX	MAT1	MAT2	KORR
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT HEUTE	4.88	4.94	4.90	.0117
SCHULAUSSBAU HEUTE	4.51	4.37	3.98	-.1321
FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFT HEUTE	5.04	5.01	4.68	-.0574
FÖRDERUNG DER KULTUR HEUTE	4.64	4.48	3.98	-.1661
SOZIALE EINRICHTUNGEN HEUTE	4.43	4.53	4.38	.0059
JUGENDHILFE HEUTE	4.66	4.64	4.45	-.0675
SOZIALHILFE HEUTE	4.96	4.74	4.29	-.1816
GESUNDHEITSVORSORGE HEUTE	4.44	4.61	4.36	-.0044
SPORTSTÄTTENBAU HEUTE	4.68	4.46	4.48	-.1059
STÄDTEBAU HEUTE	5.14	4.79	4.79	-.1279
WOHNUNGSBAU HEUTE	3.72	3.72	3.38	-.0958
VERKEHRSPOLITIK HEUTE	5.04	4.84	4.80	-.0978
ENERGIEVERSORGUNG HEUTE	4.82	4.73	4.65	-.0357
ENTSORGUNG HEUTE	4.96	4.99	4.79	-.0522
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG HEUTE	5.22	4.98	5.21	-.0412
STADTENTWICKLUNG	5.34	5.18	5.07	-.0797
UMWELTSCHUTZ	4.59	4.83	4.24	-.0171
FRAUENHILFE	4.33	4.31	3.85	-.1051
ALTE MENSCHEN	4.88	4.91	4.74	-.0200
NACHBARSCHAFTSHILFE	4.96	5.11	4.98	.0033
FRAGEN D. GROSSEN POL	2.34	2.66	2.74	.0185
AUSLÄNDERPROBLEME	3.50	3.54	3.14	-.0661
KINDERFREUNDL. STADT	4.80	5.01	5.24	.1493
GESUNDHEITSVORSORGE	4.29	4.48	4.50	.1116

¹²⁾ Als Grundlage für die Einteilung dienen die Werte der Befragten auf unserem Index. Die erste Materialistengruppe umfaßt alle Befragten mit den Punktwerten 1 bis 3. Sie präferieren zwar das materialistische Ziel „in einem sicheren Staat leben“, weisen aber dem Ziel der Bürgerbeteiligung eine fast ebenso große Bedeutung zu. Die zweite Materialistengruppe besteht aus den Befragten mit den Indexwerten 4 und 5, die das Sicherheitsziel eindeutig höher bewerten als das Partizipationsziel.

Die Bedeutung des Materialismus-Postmaterialismus-Phänomens

Bringt man die in Tabelle 7-1 zusammengestellten Gruppenmittelwerte in eine Rangordnung von 1 bis 15 bzw. von 1 bis 9, dann ergeben sich eher graduelle als grundsätzliche Unterschiede in den Präferenzordnungen der drei Gruppen. Die Rangkorrelationen um .80 deuten auf eine starke Übereinstimmung der Prioritätenlisten der drei Vergleichsgruppen hin.¹³⁾ Größere gruppenspezifische Rangplatzdifferenzen treten lediglich bei der Einstufung zweier Aufgaben auf: Die Gruppe der Postmaterialisten/Mischtypen stuft die Öffentliche Sicherheit auf der siebten Position ein, bei der Gruppe mit stark ausgeprägten materialistischen Orientierungen steht diese Aufgabe auf dem zweiten Rang. Die Mittelwerte der beiden Gruppen sind allerdings nahezu identisch. Die zweite größere Differenz betrifft die Bewertung der Wichtigkeit sozialer Einrichtungen und Leistungen. Sie rangieren in der aus Postmaterialisten und Mischtypen bestehenden Gruppe auf dem vorletzten Rang, die beiden anderen Gruppen weisen dieser Angelegenheit einen höheren Rang zu. In allen übrigen Aufgabenbereichen treten nur marginale Unterschiede auf. Dies stützt die bereits aus der Korrelationsanalyse abgeleitete Aussage, daß unterschiedliche Wertorientierungen in unserer Befragtengruppe keine markanten Differenzen in Politikprofilen zur Folge haben.

Auf die Zufriedenheit mit der Art und Weise, in der die kommunalen Aufgaben bislang erfüllt wurden, wirkt sich die Präferenz für Partizipations- bzw. Sicherheitsziele ebenso wenig aus wie auf die Zufriedenheit mit den Leistungen der im Rat vertretenen Parteien. Von wenigen Ausnahmen abgesehen, liegen die in Tabelle 7-2 wiedergegebenen Korrelationen zwischen den Wert- und den Issueorientierungen unter .10. Die nachweisbaren Unterschiede lassen sich also kaum substantiell interpretieren. Die wenigen, allerdings ausgesprochen schwachen, Beziehungen entsprechen unseren Erwartungen. Mit zunehmendem Engagement für partizipativ-postmaterialistische Ziele verringert sich die Zufriedenheit der Ratsmitglieder mit dem Status Quo in der Frauen- und Ausländerpolitik, zwei Kernanliegen der Neuen Politik. Ein ähnliches, theoretisch plausibles Beziehungsmuster tritt darüber hinaus bei der Zufriedenheit mit der Selbsthilfe und Nachbarschaftshilfe im Sozialwesen, aber nicht beim Umweltschutz, auf. Auch in der Bewertung der Parteileistungen unterscheiden sich die Befürworter traditioneller und partizipativer Werte nicht.

Beim Auftreten positiver Vorzeichen wird die Einstellung mit einer Zunahme materialistischer Präferenzen positiver, mit einer Zunahme postmaterialistischer Präferenzen negativer.

Alles in allem betrachtet, stützen die Ergebnisse unserer empirischen Analyse nur sehr begrenzt die Annahme, daß Unterschiede in den Wertpräferenzen divergierende Vorstellungen über die Dringlichkeit bestimmter tagespolitischer

¹³⁾ Die Rangkorrelationen weisen die folgenden Werte auf: Materialisten 1 und Materialisten 2 sowie Materialisten 1 und Postmaterialisten/Mischgruppe rho .82; Materialisten 2 und Postmaterialisten/Mischgruppe .78.

Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen

Tabelle 7-2: Wertorientierungen und Zufriedenheit mit dem Stand der Aufgabenerfüllung und der Problemlösungsfähigkeit der Parteien
(Angaben: Korrelationskoeffizienten)

	Zufrieden- heit	Pos. Bewertung		
		CDU/CSU	SPD	GRUE
STADTENTWICKLUNG	-.0721	.0059	.0541	-.0167
UMWELTSCHUTZ	.0347	-.0026	.0586	-.0654
FRAUENHILFE	.0981	-.0150	-.0792	-.0991
ALTE MENSCHEN	.0006	-.0477	-.0229	-.0270
NACHBARSCHAFTSHILFE	.1039	.0045	-.0926	-.0732
FRAGEN D.GROSSEN POL	-.0375	.0230	.0429	-.0293
AUSLÄNDERPROBLEME	.1290	-.0036	-.0427	-.0750
KINDERFREUNDL STADT	.0467	.0005	-.0503	-.0524
GESUNDHEITSVORSORGE	.0021	.0035	-.0495	-.0141

Anmerkung:

Beim Auftreten positiver Vorzeichen wird die Einstellung mit einer Zunahme materialistischer Präferenzen positiver, mit einer Zunahme postmaterialistischer Präferenzen negativer.

Aufgaben nach sich ziehen. Im Regelfall sind die Beziehungen zwischen den Wert- und den Issue-Orientierungen unerheblich oder schwach. Die wenigen Ausnahmen bestätigen allerdings den aus nationalen Repräsentativerhebungen bekannten Tatbestand, daß die Präferenz für partizipativ-postmaterialistische Werte das Engagement für die Issues der Neuen Politik fördert.

7.2 Die Einschätzung der kommunalen Lebensbedingungen als Bestimmungsfaktor der Wichtigkeit kommunaler Aufgaben und der Zufriedenheit mit ihrer Erledigung

Neben dem Postmaterialismus-Materialismus-Phänomen spielt die Bewertung der in den untersuchten Städten bestehenden Lebensbedingungen möglicherweise eine Rolle für die Issue-Orientierungen der kommunalen Mandatsträger. Die wirtschaftspolitischen Aufgaben zugeschriebene Bedeutung dürfte sich erhöhen, wenn die Lebensbedingungen und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der betreffenden Stadt negativ eingeschätzt werden. Umgekehrt dürfte eine positive Bewertung der Lebensqualität eine Präferenz für die Themen der Neuen Politik begünstigen. Wirtschaftlich prosperierende Städte sind in der Lage, mehr Ressourcen für die Erfüllung nicht-ökonomischer Aufgaben, insbesondere für den Ausbau der sozialen und kulturellen Infrastruktur, einzusetzen als Kommunen mit einem Nachholbedarf auf dem wirtschaftlichen Sektor oder solche, deren materielle Lage sich infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels verschlechtert hat.

Die Einschätzung der kommunalen Lebensbedingungen

Entgegen diesen plausiblen Erwartungen beeinflusst die Einschätzung der aktuellen Lebensbedingungen in den untersuchten Städten die den kommunalen Aufgaben zugeschriebene Wichtigkeit nur unwesentlich (vgl. Tabelle 7-3). Eine Ursache hierfür ist sicherlich in der überwiegend positiven Bewertung des Status Quo durch die Befragten zu sehen. Als besondere Überraschung ist es zu werten, daß die Bewertung der örtlichen Lebensbedingungen praktisch keinerlei Einfluß auf die Einschätzung der Wichtigkeit von Maßnahmen zur Verbesserung der materiellen Infrastruktur ausübt. Auch die Bedeutsamkeit sozio-kultureller Aufgaben war von der wahrgenommenen Lebensqualität der Gemeinde weitgehend unabhängig. Lediglich in vier Aufgabenbereichen entsprachen die Einschätzungen diesem allgemeinen Muster nicht. Je positiver die Befragten die Lebensqualität ihrer Stadt bewerteten, desto höher stufen sie die Bedeutung städtebaulicher und stadtplanerischer Maßnahmen, der Öffentlichen Sicherheit, der Entsorgung und der Wohnungspolitik ein. Auch hierin kann man kein theoretisch interpretierbares Muster erkennen: Einige der von der Perzeption der Lebensbedingungen beeinflussten Aufgaben wurden durch unsere Faktorenanalyse dem Politikfeld materielle Infrastruktur zugeordnet, der Wohnungsbau dagegen gehörte zu den sozio-kulturellen Aufgaben. Kaum überzeugender fallen die Ergebnisse für die zweite Item-Batterie aus, die schwache und inkonsistente Beziehungen zwischen der wahrgenommenen Lebensqualität und der Dringlichkeit einzelner kommunalpolitischer Aufgaben dokumentieren. Hieraus läßt sich die Schlußfolgerung ableiten, daß das Aufgabenprofil der vierzehn Städte sich aus der Sicht der kommunalen Mandatsträger ziemlich ähnlich darstellt, und zwar unabhängig davon, ob die Lebensbedingungen tendenziell positiv oder negativ bewertet werden.

Ein ähnlicher Befund zeigt sich in der Analyse der Beziehung zwischen den kommunalpolitischen Aufgaben sowie in der Einschätzung der bisherigen Entwicklung der Lebensqualität sowie der Wirtschaftsstruktur der Städte. Die Beziehungsmaße deuten auf schwache und inkonsistente Zusammenhänge hin. Zwar steigt die Relevanz kulturpolitischer Aufgaben mit der einer Stadt zugeschriebenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, doch bleibt dieser Zusammenhang singular. Besondere Beachtung verdient die fehlende Wechselbeziehung zwischen der Einstellung der Ratsmitglieder zu den bedeutsamen Zukunftsaufgaben Entsorgung, Verkehrspolitik, Umweltschutz und Wissenschaftsförderung und der Wahrnehmung der kommunalen Wirtschaftskraft. Mit der Bedürfnishierarchie-Hypothese Maslows sind unsere Ergebnisse nur schwer in Einklang zu bringen.

Als die einzige durchgängig ziemlich bedeutsame Bestimmungsgröße der Bewertung der Dringlichkeit kommunaler Aufgaben erwies sich die Einschätzung der künftigen Lebensqualität der Stadt. Je positiver die Zukunftserwartungen ausfielen, desto höher schätzten die Befragten die Wichtigkeit der Wissenschaftsförderung, des Städtebaus, der Verkehrspolitik, der Energieversorgung und der Entsorgung ein. Hierbei handelt es sich ausnahmslos um innovative

Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen

kommunale Aufgaben, die einen wesentlichen Beitrag zu dem von Weinberger (1987) geforderten Umbau der kommunalen Infrastruktur leisten und die in unserer Faktorenanalyse als Merkmale der technisch-materiellen Struktur identifiziert worden waren.

Tabelle 7-3: Der Zusammenhang der Bewertung der gegenwärtigen Lebensqualität der Stadt mit der Bewertung der Bedeutsamkeit kommunalpolitischer Aufgaben (Angaben: Korrelationskoeffizienten)

	Bewertung der Lebensqualität			
	Entwicklung			Infrastruktur
	Akt.	bish.	künf.	
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT HEUTE	.1098	.1203	.2014	.0319
SCHULAUSSBAU HEUTE	.0323	.0138	.1027	.0661
FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFT HEUTE	.0990	.0272	.1532	.0882
FÖRDERUNG DER KULTUR HEUTE	.0696	.0872	.1237	.1748
SOZIALE EINRICHTUNGEN HEUTE	.0275	.0145	.0660	.0480
JUGENDHILFE HEUTE	.0132	.0391	.1473	.0378
SOZIALHILFE HEUTE	-.0456	.0073	.0538	-.0418
GESUNDHEITSVORSORGE HEUTE	.0922	-.0014	.1121	.0748
SPORTSTÄTTENBAU HEUTE	.0560	.0298	.1422	.0932
STÄDTEBAU HEUTE	.1746	.1580	.2294	.0842
WOHNUNGSBAU HEUTE	.1085	.0993	.2011	.1658
VERKEHRSPOLITIK HEUTE	.0701	.0183	.2129	.0138
ENERGIEVERSORGUNG HEUTE	.0774	.0094	.1486	-.0116
ENTSORGUNG HEUTE	.1414	.0600	.1499	.1357
WIRTSCHAFTSFOERDERUNG HEUTE	.0105	.0451	.1054	-.0203
STADTENTWICKLUNG	.0184	.1158	.1386	.0300
UMWELTSCHUTZ	-.1134	-.0116	-.0229	.0097
FRAUENHILFE	-.0082	.0186	.0456	.0520
ALTE MENSCHEN	-.0492	.0607	.0155	.0136
NACHBARSCHAFTSHILFE	.0199	.0555	.0214	.0457
FRAGEN D.GROSSEN POL	.0380	-.0057	.0192	.0191
AUSLÄNDERPROBLEME	-.1373	-.0822	-.1041	-.0127
KINDERFREUNDL. STADT	-.1316	-.0326	-.0343	-.0886
GESUNDHEITSVORSORGE,	-.0765	.0439	.0639	.0071

In Anlehnung an das Vorgehen bei der Analyse des Zusammenhanges zwischen den Wertorientierungen und den perzipierten Aufgabenschwerpunkten wurde auch bei der Prüfung der Bedeutung der Lebensbedingungen für die Definition der kommunalen Issues ein Vergleich von Präferenzordnungen vorgenommen. Diese Untersuchung bezog sich auf die Erwartungen hinsichtlich der künftigen Entwicklung der kommunalen Lebensqualität, da sich diese bei den Korrelationsanalysen als der für unseren Zweck ergiebigste Indikator

Die Einschätzung der kommunalen Lebensbedingungen

erwiesen hatte. Im Hinblick auf die Antwortverteilung über diese Variable war die Bildung der Vergleichsgruppen relativ unproblematisch. Die erste Gruppe umfaßte alle Befragten mit negativen Zukunftserwartungen, in der zweiten waren die Indifferenten und diejenigen zusammengefaßt, die eine teils positive und eine teils negative Entwicklung unterstellten; die dritte Gruppe enthielt die Befragten mit positiven Zukunftserwartungen.

Tabelle 7-4: Die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Lebensqualität und die Prioritätenordnung der Ratsmitglieder (Angaben: Mittelwerte)

	SCHLECHT	TEILW.	GUT
ÖFFENTLICHE SICHERHEIT HEUTE	4.51	4.69	5.09
SCHULAUSSBAU HEUTE	4.23	4.05	4.46
FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFT HEUTE	4.77	4.67	5.08
FÖRDERUNG DER KULTUR HEUTE	4.32	4.21	4.53
SOZIALE EINRICHTUNGEN HEUTE	4.38	4.41	4.50
JUGENDHILFE HEUTE	4.41	4.40	4.69
SOZIALHILFE HEUTE	4.72	4.54	4.75
GESUNDHEITSVORSORGE HEUTE	4.36	4.29	4.61
SPORTSTÄTTENBAU HEUTE	4.31	4.25	4.62
STÄDTEBAU HEUTE	4.44	4.64	5.05
WOHNUNGSBAU HEUTE	3.42	3.29	3.90
VERKEHRSPOLITIK HEUTE	4.54	4.62	5.05
ENERGIEVERSORGUNG HEUTE	4.54	4.52	4.87
ENTSORGUNG HEUTE	4.77	4.82	5.09
WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG HEUTE	4.90	5.05	5.11
STADTENTWICKLUNG	4.92	4.83	5.32
UMWELTSCHUTZ	4.72	4.57	4.68
FRAUENHILFE	4.13	4.14	4.26
ALTE MENSCHEN	4.90	4.76	4.92
NACHBARSCHAFTSHILFE	5.00	4.78	5.10
FRAGEN D. GROSSE POL	2.56	2.53	2.73
AUSLÄNDERPROBLEME	3.74	3.43	3.35
KINDERFREUNDL. STADT	5.10	4.86	4.98
GESUNDHEITSVORSORGE	4.23	4.36	4.54

Grundsätzliche Divergenzen in Präferenzordnungen dieser drei Gruppen waren nicht feststellbar. Nur drei Aufgaben finden sich in den Vergleichsgruppen auf sehr unterschiedlichen Rangplätzen. (vgl. Tabelle 7-4). Die Befragten mit optimistischen Zukunftserwartungen stufen die Öffentliche Sicherheit besonders hoch ein. Demgegenüber nehmen die Sozialhilfe und der kommunale Wohnungsbau in dieser Gruppe niedrigere Rangplätze ein als in den beiden übrigen Gruppen. Dieses Ergebnis ist zumindest für die Sozialhilfe plausibel. Der hohe Rangplatz, den die Gruppe mit optimistischen Erwartungen der Öffentlichen Sicherheit zuweist, ist nicht interpretierbar, und die Nachrangigkeit

Wertorientierungen und wahrgenommene Lebensbedingungen

des Wohnungsbaus reflektiert wohl eher die Problemlagen der Vergangenheit als den Zukunftsbedarf prosperierender Städte. Zusammenfassend läßt sich festhalten, daß Unterschiede in der Wahrnehmung der örtlichen Lebensverhältnisse die Rangordnung der kommunalpolitischen Aufgaben allenfalls graduell, aber nicht prinzipiell, beeinflussen. Wie die positiven Korrelationen in Tabelle 7-3 zeigen, weisen Befragte mit optimistischen Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung ihrer Stadt im allgemeinen ein höheres Forderungsniveau auf als Personen mit skeptischeren Erwartungen. Dies reflektiert vermutlich die günstigere Ressourcensituation, die sich mit positiven Zukunftserwartungen verbindet. Allerdings schlägt sich dieser Unterschied nicht in den kommunalen Prioritätenlisten nieder.

7.3 Ein integriertes Modell zur Analyse der Einstellungen der Ratsmitglieder zu den Aufgaben der Kommunen

Am Schluß der empirischen Analysen steht der Versuch, die Analyse des Einflusses der Wertorientierungen und der subjektiv perzipierten Lebensqualität auf die Einstellungen zu den kommunalen Aufgaben in ein umfassenderes Modell zu integrieren. Es enthält als abhängige Variablen die in den Faktorenanalysen ermittelten Issue-Komplexe. In der ersten Fragenbatterie waren die Aufgabenfelder „Verbesserung der materiellen Infrastruktur“ und „Vermehrung des Humankapitals“ ermittelt worden. Aus einer zweiten Fragenbatterie wurden ebenfalls zwei Aufgabenkomplexe extrahiert, von denen aber nur das wichtigere Politikfeld „Alternative Themen/Soziales Engagement“ theoretisch interpretierbar war. Der zweite Faktor („negative Lebensqualität“) bleibt nachfolgend unberücksichtigt. Zudem untersuche ich die Zufriedenheit mit der Aufgabenerfüllung und die der CDU/CSU zugeschriebene Problemlösungskompetenz.

Als Erklärungsvariablen fungieren neben den ausführlich diskutierten Wertorientierungen und den Lebensqualität-Indikatoren einige bereits früher eingeführte Merkmale der Befragten (Alter, Bildung, Beruf, Gewerkschafts- und Kirchenbindung, Selbsteinstufung auf dem Links-Rechts-Kontinuum) sowie Merkmale der Städte (Großstadt versus Mittel-/Kleinstadt; ökonomisch prosperierende vs. wirtschaftlich schwache Stadt). Die Relevanz der Individualmerkmale ergibt sich im wesentlichen aus der Wertwandelsdiskussion bzw. aus parteiensoziologischen Befunden. Die Berücksichtigung der städtebezogenen Kontextmerkmale stellt insofern eine interessante Ergänzung der bisherigen mikropolitischen Perspektive dar, als auf diese Weise „objektive“ Strukturmerkmale der Städte in die Untersuchung einbezogen werden. Als Instrument zur Analyse der Beziehung zwischen abhängigen und unabhängigen Variablen findet die multiple Regressionsanalyse Verwendung.

Ein detaillierter Kommentar zu den in Tabelle 7-5 enthaltenen Ergebnissen der empirischen Analysen erübrigt sich aus mehreren Gründen. Die Prioritäten der Ratsmitglieder auf den Politikfeldern „Materielle Infrastruktur“, „Humankapi-

Ein integriertes Modell zur Einstellungsanalyse

Tabelle 7-5: Die Einschätzung der städtischen Lebensbedingungen und die Zufriedenheit mit der Erfüllung kommunaler Aufgaben (Angaben: Korrelationskoeffizienten)

	Bewertung der Lebensqualität			
	Aktuell	Entwicklung bisher	künftig	Infra- struktur
STADTENTWICKLUNG	.4741	.5228	.3047	.4362
UMWELTSCHUTZ	.2793	.3342	.1740	.3285
FRAUENHILFE	.2703	.2728	.1203	.2716
ALTE MENSCHEN	.3198	.3198	.1986	.2815
NACHBARSCHAFTSHILFE	.2768	.3026	.1858	.3234
FRAGEN D. GROSSEN POL	.2284	.3041	.1329	.3323
AUSLÄNDERPROBLEME	.1621	.1508	.1218	.1640
KINDERFREUNDL. STADT	.3323	.3687	.2971	.3294
GESUNDHEITSVORSORGE	.3968	.4310	.3021	.3775

tal“ und „Alternative Themen“ werden kaum durch die in unser Analysemodell einbezogenen Variablen bestimmt. Die Varianzaufklärung liegt in allen drei Fällen deutlich unter zehn Prozent. Dies bedeutet nicht, daß die Prioritäten der CDU/CSU/CSM-Politiker völlig identisch wären, doch hängen sie praktisch nicht mit den hier untersuchten Faktoren zusammen. Weder die Wertorientierungen noch die Einschätzung der kommunalen Lebensbedingungen leisten einen quantitativ nennenswerten oder theoretisch plausiblen Beitrag zur Analyse der Issue-Orientierungen. Insoweit bestätigen sich im multivariaten Modell die Befunde der bivariaten Analyse. Die Berücksichtigung der objektiven wirtschaftlichen Lage der Stadt und der strukturellen Unterschiede zwischen Großstädten sowie Mittel- oder Kleinstädten bringt keine substantielle Verbesserung der Erklärungsmodelle. Dies gilt auch für die übrigen in der politischen Soziologie einschlägigen Befragtenmerkmale. Somit bleibt die Brauchbarkeit unseres Modells für die Erklärung der Issue-Präferenzen außerordentlich begrenzt. Konstrukte, die sich für die Analyse zwischenparteilicher Unterschiede ausgezeichnet eignen, tragen zur Erklärung innerparteilicher Differenzen nichts bei – jedenfalls nicht in unserer Befragtengruppe. Dies verweist auf die Notwendigkeit detaillierter qualitativer Untersuchungen. Bei der Bewertung der CDU-Kompetenz ergibt sich ein tendenziell ähnliches Bild.

Lediglich bei der Analyse der Zufriedenheit mit dem Stand der Aufgabenerfüllung konnte ein einigermaßen zufriedenstellendes Ergebnis erzielt werden. Allerdings leisteten in diesem Bereich praktisch nur die subjektiven Lebensqualität-Indikatoren einen Erklärungsbeitrag, was sich zu der eher trivialen Feststellung verdichten läßt, daß Personen, die mit den Lebensbedingungen in ihrer Stadt zufrieden sind, auch die Erfüllung einzelner kommunalpolitischer Aufgaben positiv bewerten. Der aus einer solchen Feststellung ableitbare Erkenntnisgewinn hält sich durchaus in Grenzen. Auch die Stärke der einzelnen Lebens-

Schlußbemerkung

qualität-Indikatoren gibt keinen Anlaß zu weiterführenden Interpretationen. Wie in den übrigen Gleichungen ist das Materialismus-Postmaterialismus-Phänomen für die Erklärung der Issue-Orientierungen praktisch bedeutungslos.

8 Schlußbemerkung

Nach den Ergebnissen unserer Untersuchung spielen weder die Wertorientierungen noch die subjektiven und objektiven Indikatoren der Lebensqualität und der perzipierten Wirtschaftskraft eine maßgebliche Rolle für die Einstellungen der Ratsmitglieder zu den Aufgaben der Kommunen am Beginn der neunziger Jahre. Das von den Befragten beschriebene Aufgabenprofil der Kommunalpolitik fällt ziemlich gleichartig aus. Die in unseren Analysen nachgewiesenen Unterschiede waren primär gradueller Art, sie konnten durch die in die Untersuchung einbezogenen unabhängigen Variablen praktisch nicht erklärt werden. Städtespezifische Analysen könnten zwar möglicherweise weitere Aufschlüsse bringen, sie sind aber wegen der kleinen Fallzahlen nicht durchführbar und theoretisch schwer zu interpretieren.

Im Hinblick auf die parteipolitische Homogenität unserer Befragtengruppe kann dieser Befund nicht als Überraschung bezeichnet werden, denn die Parteipräferenz als diejenige Größe, die in nationalen Erhebungen am meisten zur Identifikation spezifischer Policy-Subkulturen beiträgt, wurde in unserer Untersuchung konstant gehalten. Auf der anderen Seite ist eine Volkspartei wie die CDU/CSU kein so homogenes Gebilde, daß ohne man weiteres einen Konsens ihrer Funktionsträger über die gegenwärtigen und künftigen Aufgaben der Kommunen unterstellen kann. Mit unterschiedlichen Akzentuierungen in der Definition der kommunalen Aufgaben war vor allem in Anbetracht der Heterogenität unserer Städtegruppe zu rechnen. Sie umfaßte Kommunen in prosperierenden Ballungsräumen wie Stuttgart, Esslingen oder Bad Homburg, aber auch solche in Krisenregionen wie Kassel, Kiel oder Neunkirchen. Großstädte wie Dortmund oder Augsburg waren in ihr ebenso enthalten wie Klein- oder Mittelstädte (Delmenhorst, Landshut). Es ist nicht von vornherein ausgemacht, daß die Kommunalpolitik in diesen Städten grundsätzlich vor denselben Anforderungen steht.

Aus der Sicht der Ratsmitglieder der von uns untersuchten Städte scheint die Kommunalpolitik am Beginn der neunziger Jahre jedoch unabhängig von den bestehenden Rahmenbedingungen vor ähnlichen Aufgaben zu stehen: Die Wirtschaftsförderung, die Forschungsförderung, die Entsorgung, die Öffentliche Sicherheit, der Städtebau und die Lösung kommunaler Verkehrsprobleme stehen in Kommunen sehr unterschiedlicher Struktur und bei Befragten mit verschiedenartigen sozialen Merkmalen und Wertorientierungen an der Spitze der kommunalen Prioritätenskala. Sie repräsentieren die wichtigsten Gegenwartsaufgaben der Kommunalpolitik und werden auch in Zukunft eine bedeutende Rolle spielen. Veränderungen in der Dimension Gegenwart-Zukunft sehen die

Befragten weniger im Aufkommen gänzlich neuer Anforderungen oder in einer grundlegenden Veränderung der Prioritäten, sondern in einem generell wachsenden Problemdruck bei qualitativ konstantem Aufgabenprofil. Eine systematische Zuordnung der untersuchten Aufgaben zu den Feldern der „Alten“ und der „Neuen Politik“ ließ sich für unsere Befragtengruppe nicht vornehmen. Dies bedeutet natürlich nicht, daß im Wettbewerb zwischen den Parteien die Gegensätze zwischen den Zielen der Alten und der Neuen Politik ebenfalls unbedeutend wären. Die Bedeutsamkeit zwischenparteilicher Konflikte konnte allerdings im Rahmen dieser Untersuchung nicht geprüft werden.

Literaturverzeichnis:

Albertin, Mabileau 1981

Albertin, Lothar, Mabileau, Albert: Einführung: Der Wohlfahrtsstaat in der Krise braucht Kommunen mit mehr Verantwortung, in: Albertin, Lothar, Mabileau, Albert, Hrsg.: Kommunale Verantwortung in postindustriellen Gesellschaften, Berlin: Duncker und Humblot, 1981 (Band 19, Heft 1/2 der Sociologia Internationalis), S. 5-18.

Arzberger 1980:

Arzberger, Klaus: Bürger und Eliten in der Kommunalpolitik, Stuttgart u.a.: Kohlhammer, 1980.

Arzberger, Murck, Schumacher 1979:

Die Bürger. Bedürfnisse – Einstellungen – Verhalten. Königstein, Taunus: Hain, 1979.

Baier, Kepplinger, Reumann 1981:

Baier, Horst, Kepplinger, Hans Mathias, Reumann, Kurt, Hrsg.: Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Für Elisabeth Noelle-Neumann, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981.

Baker, Dalton, Hildebrandt 1981:

Baker, Kendall, Dalton, Russell J., Hildebrandt, Kai: Germany Transformed. Political Culture and the New Politics, Cambridge, Mass./London: Harvard University Press, 1981.

Barnes, Farah, Heunks 1979:

Barnes, Samuel H., Farah, Barbara G., Heunks, Felix: Personal Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H., Kaase, Max et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage, 1979, S. 381-407.

Barnes, Inglehart 1974:

Barnes, Samuel H., Inglehart, Ronald: Affluence, Individual Values, and Social Change, in: Struempel, Burkhard, Hrsg.: Subjective Elements of Well Being. Papers Presented at a Seminar of the Organization for Economic Cooperation and Development, Paris, May 15-17th, 1972, Paris: OECD, 1974, S. 153-184.

Literaturverzeichnis

Barnes, Kaase 1979:

Barnes, Samuel H., Kaase, Max et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage, 1979.

Bell 1976:

The Coming of Postindustrial Society. A Venture in Social Forecasting, New York: Basic Books, 1976.

Berger u.a. 1986:

Berger, Manfred u.a.: Legitimierung des Regierungswechsels. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983, in: Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, Hrsg.: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1986, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 251-288.

Bürklin 1984:

Bürklin, Wilhelm P.: Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984.

Bürklin 1988:

Bürklin, Wilhelm P.: Wählerverhalten und Wertewandel, Opladen: Leske und Budrich, 1988.

Butler, Stokes 1969:

Butler, David, Stokes, Donald: Political Change in Britain, London: Macmillan

Citrin 1974:

Citrin, Jack: Comment: The Political Relevance of Trust in Government, in: APSR 68 (1974), S. 973-988.

Cnudde, Mc Crone 1969:

Toward a Communications Theory of Political Development: A Causal Model, in: Cnudde, Charles F., Neubauer, Deane E., Hrsg.: Empirical Democratic Theory, Chicago: Markham, 1969, S. 210-223.

Cnudde, Neubauer 1969:

Cnudde, Charles F., Neubauer, Deane E., Hrsg.: Empirical Democratic Theory, Chicago: Markham, 1969.

Converse 1964:

Converse, Philip E.: The Nature of Belief Systems in Mass Publics, in: Apter, David E., Hrsg.: Ideology and Discontent, London, Glencoe, N.J.: Collier Macmillan, The Free Press, 1964, S. 206-261.

Cutright 1969:

Cutright, Phillips: National Political Development, in: Cnudde, Charles F., Neubauer, Deane E., Hrsg.: Empirical Democratic Theory, Chicago: Markham, 1969.

Dalton 1986:

Dalton, Russell J.: Wertwandel oder Wertwende. Die Neue Politik und Parteienpolarisierung, in: Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, Hrsg.: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1986, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 427-454.

Dalton 1988:

Dalton, Russell J.: Citizen Politics in Western Democracies. Public Opinion and Political Parties in the United States., Great Britain, West Germany, and France, Chatham., N.J.: Chatham House, 1988.

Dalton, Beck, Flanagan 1984:

Dalton, Russel J., Beck, Paul Allen, Flanagan, Scott C.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. in: Dalton, Russel J., Flanagan, Scott C., Beck, Paul Allen, Hrsg.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1984, S. 3-22.

DIFU 1980:

Deutsches Institut für Urbanistik, Hrsg.: Kommunaler Investitionsbedarf bis 1990. Grundlagen – Probleme – Perspektiven, Berlin, Deutsches Institut für Urbanistik, 1980.

Dittrich 1984:

Dittrich, Karl Heinz: Wertorientierungen, Zeitwahrnehmung und politischer Protest. Eine empirische Untersuchung zur Struktur und Veränderung von Orientierungsmerkmalen, Speyer: Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung bei der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, 1984.

Erikson, Luttbeg, Tedin 1988:

Erikson, Robert S., Luttbeg, Norman R., Tedin, Kent L.: American Public Opinion. Its Origins, Content, and Impact, Third Edition, New York, London: Macmillan Collier, 1988.

Farah, Barnes, Heunks 1979:

Farah, Barbara G., Barnes, Samuel H., Heunks, Felix: Political Dissatisfaction, in: Barnes, Samuel H., Kaase, Max et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage, 1979, S. 409-447.

Finifter 1983:

Finifter, Ada W., Hrsg.: Political Science. The State of the Discipline, Washington, D.C.: The American Political Science Association, 1983.

Flanagan 1982:

Flanagan, Scott C.: Changing Values in Advanced Industrial Societies. Inglehart's Silent Revolution from the Perspective of Japanese Findings, in: Comparative Political Studies, 14, 1982, S. 403-444.

Literaturverzeichnis

Franz 1989:

Franz, Gerhard: Sozialpsychologie politischer Legitimierung. Empirische Analysen zum Erscheinungsbild der Stimmungsdemokratie, Frankfurt/New York: Campus.

Friedrichs 1968:

Friedrichs, Jürgen: Werte und soziales Handeln. Ein Beitrag zur soziologischen Theorie, Tübingen: Mohr und Siebeck, 1968.

Gabriel 1979:

Gabriel, Oscar W.: Mängelanalyse des politischen Willensbildungsprozesses in der Gemeinde. Ein Beitrag zur „institutionellen Krise“ der kommunalen Selbstverwaltung, in: Albertin, Lothar u.a.: Politische Beteiligung im repräsentativen System, Bonn: Eichholz Verlag, 1979, S. 73-252.

Gabriel 1983:

Gabriel, Oscar W.: Gesellschaftliche Modernisierung, politische Beteiligung und kommunale Demokratie. Strukturen, Bedingungen und Formen bürgerschaftlicher Beteiligung an der kommunalen und nationalen Politik, in: ders., Hrsg.: Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München: Minerva Publikation, 1983, S. 57-103.

Gabriel 1984:

Gabriel, Oscar W.: Sind wir auf dem Weg in die postindustrielle Gesellschaft? Spekulationen und Fakten, in: Politische Bildung 17 (1984), S. 69-86.

Gabriel 1986:

Gabriel, Oscar W.: Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986.

Gabriel 1987:

Gabriel, Oscar W.: Parteien auf dem Prüfstand: Leistungsfähig, aber unbeliebt, in: Haungs, Peter, Jesse, Eckhard, Hrsg.: Parteien in der Krise? In- und ausländische Perspektiven, Köln: Verlag Wissenschaft und Politik, S. 52-60.

Gabriel 1988:

Gabriel, Oscar W.: Politische Partizipation und kommunale Politik, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B29/88, 15. Juli 1988, S. 3-20.

Gabriel 1989a:

Gabriel, Oscar W.: Kommunales Parteiensystem zwischen Konkurrenz- und Proporzdemokratie. Eine empirische Analyse am Beispiel von 49 Städten und Gemeinden in Rheinland-Pfalz, in: Oberndörfer, Dieter, Mielke, Gerd, Schmitt, Karl: Parteien und regionale politische Kultur, Berlin: Duncker und Humblot, 1989.

Gabriel 1989b:

Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München: Minerva Publikation, 1989.

Gabriel 1990:

Gabriel, Oscar W.: Die Bedeutung traditioneller und neuer Konflikte für den Parteienwettbewerb in westlichen Demokratien. Beitrag zur Tagung des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ am 21./22. März 1990 in Mainz.

Gabriel, Kunz, Zapf-Schramm 1989:

Gabriel, Oscar W., Kunz, Volker, Zapf-Schramm, Thomas: Problemverarbeitung und kommunales Parteiensystem, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B30/89, 22. Juli 1989, S. 14-26.

Glatzer, Zapf 1984:

Glatzer, Wolfgang, Zapf, Wolfgang, Hrsg.: Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden, Frankfurt/New York, Campus, 1984.

Gibowski, Kaase 1986:

Gibowski, Wolfgang G., Kaase, Max: Die Ausgangslage für die Bundestagswahl am 25. Januar 1987, in: Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, Hrsg.: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1986, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 509-543.

Gluchowski 1987:

Gluchowski, Peter: Lebensstile und Wandel der Wählerschaft in der Bundesrepublik Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B12/87, 21. März 1987, S. 18-32.

Gunlicks 1986:

Gunlicks, Arthur B.: Local Government in the German Federal System, Durham: Duke University Press, 1986.

Gruber 1977:

Gruber, Edelgard: Politische Ziele, aktuelle Probleme und Wahlverhalten, in: Kaase, Max, Hrsg.: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Opladen: Westdeutscher Verlag, PVS (1977) 18, S. 573-599.

Herz 1979:

Herz, Thomas A.: Der Wandel von Wertvorstellungen in westlichen Industriegesellschaften, in: KZfSS 31 (1979) S. 282-302.

Hildebrandt, Dalton 1977:

Hildebrandt, Kai, Dalton, Russel J.: Die neue Politik. Politischer Wandel oder Schönwetterpolitik, in: Kaase, Max, Hrsg.: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Opladen: Westdeutscher Verlag, PVS (1977) 18, S. 230-256.

Hillmann 1986:

Hillmann, Karl Heinz: Wertwandel. Zur Frage soziokultureller Voraussetzungen alternativer Lebensformen, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1986.

Literaturverzeichnis

Hoffmann-Lange 1986:

Hoffmann-Lange, Ursula: Eliten zwischen Alter und Neuer Politik. Konstanz und Wandel der Konfliktlinien in den Eliten der Bundesrepublik, in: Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, Hrsg.: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1986, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 108-150.

Hondrich 1979:

Hondrich, Karl Otto: Bedürfnisse, Werte und soziale Steuerung, in: Klages, Helmut, Kmiecik, Peter, Hrsg.: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York: Campus, 1979, S. 67-83.

Hondrich 1983a:

Hondrich, Karl Otto: Bedürfnisse, Ansprüche und Werte im sozialen Wandel. Eine theoretische Perspektive, in: Hondrich, Karl Otto, Vollmer, Randolph, Hrsg.: Bedürfnisse im Wandel. Theorie, Zeitdiagnose, Forschungsergebnisse, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983, S. 15-74.

Hondrich 1983b:

Hondrich, Karl Otto: Anspruchsinflation, Wertwandel, Bedürfnismanipulation. Zur Wandelbarkeit von individuellen Einstellungen in modernen Gesellschaften, in: Hondrich, Karl Otto, Vollmer, Randolph, Hrsg.: Bedürfnisse im Wandel. Theorie, Zeitdiagnose, Forschungsergebnisse, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983, S. 75-100.

Hondrich, Vollmer 1983:

Hondrich, Karl Otto, Vollmer, Randolph, Hrsg.: Bedürfnisse im Wandel. Theorie, Zeitdiagnose, Forschungsergebnisse, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1983.

Huntington 1975:

Huntington, Samuel P.: The United States, in: Crozier, Michel, Huntington, Samuel P., Watanuki, Joji: The Crisis of Democracy. Report on the Governability of Democracies to the Trilateral Commission, New York: New York University Press, 1975, S. 59-118.

Inglehart 1971:

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution in Europe: Intergenerational Change in Post-Industrial Societies, in: APSR 65 (1971), S. 991-1017.

Inglehart 1977a:

Inglehart, Ronald: The Silent Revolution. Changing Values and Political Styles among Western Publics, Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1977.

Inglehart 1977b:

Inglehart, Ronald: Political Dissatisfaction and Mass Support for Social Change in Advanced Industrial Societies, in: Comparative Political Studies 10 (1977), S. 455-472.

Inglehart 1979 a:

Inglehart, Ronald: Political Action: the Impact of Values, Cognitive Level, and Social Background, in: Barnes, Samuel H., Kaase, Max et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage, 1979, S. 343-380.

Inglehart 1979 b:

Inglehart, Ronald: Wertwandel in den westlichen Gesellschaften. Politische Konsequenzen von materialistischen und postmaterialistischen Prioritäten, in: Klages, Helmut, Kmiecik, Peter, Hrsg.: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York: Campus, 1979, S. 279-316.

Inglehart 1979c:

Inglehart, Ronald: Value Priorities and Socioeconomic Change, in: Barnes, Samuel H., Kaase, Max et al.: Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, Beverly Hills/London: Sage, 1979, S. 305-342.

Inglehart 1983:

Inglehart, Ronald: Changing Paradigms in Comparative Political Behavior, in: Finifter, Ada W., Hrsg.: Political Science. The State of the Discipline, Washington, D.C.: The American Political Science Association, 1983, S. 445-479.

Inglehart 1984:

Inglehart, Ronald: The Changing Structure of Political Cleavages in Western Society, in: Dalton, Russel J., Flanagan, Scott C., Beck, Paul Allen, Hrsg.: Electoral Change in Advanced Industrial Democracies. Realignment or Dealignment? Princeton, N.J.: Princeton University Press, 1984, S. 25-69.

Inglehart 1987:

Inglehart, Ronald: Vergleichende Wertwandelersforschung, in: Berg-Schlösser, Dirk, Müller-Rommel, Ferdinand, Hrsg.: Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen: Leske und Budrich, 1987, S. 117-134.

Kaase 1977:

Kaase, Max, Hrsg.: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Opladen: Westdeutscher Verlag, PVS (1977) 18.

Klages 1981a:

Klages, Helmut: Wirkungsbedingungen staatlicher Leistungen im Bereich der politischen Kultur. Vorbericht über das Projekt „Objektive und subjektive Staatseffektivität“, in: Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, unter Mitarbeit von Klaus Horn, Hrsg.: Politische Psychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, PVS Sonderheft 12, 1981, S. 135-142.

Klages 1981b:

Klages, Helmut: Wertwandel und Wertverlust in der Gegenwartsgesellschaft, in: Baier, Horst, Kepplinger, Hans Mathias, Reumann, Kurt, Hrsg.: Öffentliche Meinung und sozialer Wandel. Für Elisabeth Noelle-Neumann, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1981, S. 358-379.

Literaturverzeichnis

Klages 1981c:

Bedürfnisdynamik und kommunaler Handlungsspielraum, in: Albertin, Lothar, Mabileau, Albert, Hrsg.: Kommunale Verantwortung in postindustriellen Gesellschaften, Berlin: Duncker und Humblot, 1981 (Band 19, Heft 1/2 der Sociologia Internationalis), S. 19-30.

Klages 1984:

Klages, Helmut: Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalysen, Prognosen, Frankfurt/New York: Campus, 1984.

Klages 1988:

Klages, Helmut: Wertedynamik. Über die Wandelbarkeit des Selbstverständlichen, Zürich: Edition Interfrom, 1988.

Klages, Franz, Herbert 1987:

Klages, Helmut, Franz, Gerhard, Herbert, Willi: Sozialpsychologie der Wohlfahrtsgesellschaft. Zur Dynamik von Wertorientierungen, Einstellungen und Ansprüchen, Frankfurt, New York: Campus, 1987.

Klages, Herbert 1983:

Klages, Helmut, Herbert, Willi: Wertorientierung und Staatsbezug. Untersuchungen zur politischen Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt/New York: Campus, 1983.

Klages, Kmieciak 1979:

Klages, Helmut, Kmieciak, Peter, Hrsg.: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York: Campus, 1979.

Klein 1979:

Klein, Armin: Parteien und Wahlen in der Kommunalpolitik, in: Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunalpolitik im Wandel der Gesellschaft. Eine Einführung in Probleme der politischen Willensbildung in der Gemeinde, Königstein: Hain, 1979, S. 94-118.

Klein 1989:

Klein, Armin: Kommunale Kulturpolitik, in: Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München: Minerva Publikation, 1989, S. 277-275.

Klingemann 1973:

Klingemann, Hans-Dieter: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung. Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich, in: PVS 14 (1973), S. 227-256.

Klingemann 1976:

Klingemann, Hans-Dieter: Issue-Orientierung, Issue-Kompetenz und Wahlverhalten aus kommunalpolitischer Perspektive, in: Kevenhörster, Paul u.a.: Kommunales Wahlverhalten. Bonn: Eichholz Verlag, 1976, S. 199-240.

Klingemann 1986:

Klingemann, Hans Dieter: Der vorsichtig abwägende Wähler. Einstellungen zu den politischen Parteien und Wahlabsicht. Eine Analyse anläßlich der Bundestagswahl 1983, in: Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, Hrsg.: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1986, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 385-426.

Klingemann, Taylor 1977:

Klingemann, Hans-Dieter, Taylor, Charles Lewis: Affektive Parteiorientierung, Kanzlerkandidaten und Issues. Einstellungskomponenten der Wahlentscheidung bei Bundestagswahlen in Deutschland, in: Kaase, Max, Hrsg.: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976, Opladen: Westdeutscher Verlag, PVS (1977) 18, S. 301-347.

Klingemann, Kaase 1981:

Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, unter Mitarbeit von Klaus Horn, Hrsg.: Politische Psychologie, Opladen: Westdeutscher Verlag, PVS Sonderheft 12, 1981

Klingemann, Kaase 1986:

Klingemann, Hans-Dieter, Kaase, Max, Hrsg.: Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1986, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986.

Kmieciak 1976:

Kmieciak, Peter: Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten, Göttingen: Schwartz, 1976.

Köstering 1983:

Köstering, Heinz: Das Verhältnis der Gemeinde- und Kreisaufgaben einschließlich der Funktionalreform, in: Püttner, Günter, Hrsg.: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Band 3, 2. Auflage, Berlin usw.: Springer, 1983, S. 39-59.

Lipset 1981:

Lipset, Seymour M.: Political Man. The Social Bases of Politics. Expanded Edition, Baltimore, Md.: The John Hopkins University Press, 1981.

Marsh 1975:

Marsh, Alan: The „Silent Revolution“. Value Priorities and the Quality of Life in Britain, in: APSR 69 (1975) S. 21-30.

Marsh 1977:

Marsh, Alan: Protest and Political Consciousness, Beverly Hills, London: Sage, 1977.

Maslow 1954:

Maslow, Abraham H.: Motivation and Personality, New York: Harper and Row, 1954.

Literaturverzeichnis

Meulemann 1983:

Meulemann, Heiner: Value Change in West Germany 1950–1980: Integrating the Empirical Evidence, in: *Social Science Information* 22 (1983), S. 777-800.

Meulemann 1985:

Meulemann, Heiner: Säkularisierung und Politik. Wertwandel und Wertstruktur in der Bundesrepublik Deutschland, in: *PVS* 26 (1985), S. 29-51

Meulemann, Luthe 1988:

Meulemann, Heiner, Luthe, Hans Otto, Hrsg.: Wertwandel – Faktum oder Fiktion? Bestandsaufnahmen und Diagnosen aus kultursoziologischer Sicht, Frankfurt, New York: Campus, 1988.

Miller 1974:

Miller, Arthur H.: Political Issues and Trust in Government: 1964–1970, in: *APSR* 68 (1974), S. 951-972.

Miller, Levitin 1976:

Miller, Warren E., Levitin, Teresa: Leadership and Change. The New Politics and the American Electorate, Cambridge, Mass.: Winthrop, 1976.

Mnich 1989:

Mnich, Peter: Wertewandel als Kohortenphänomen, in: Falter, Jürgen W., Rattinger, Hans, Troitzsch, Klaus G., Hrsg.: Wahlen und politische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt u.a.: Lang, 1989, S. 263-281.

Müller-Rommel 1983:

Müller-Rommel, Ferdinand: Die Postmaterialismuskussion in der empirischen Sozialforschung: Politisch und wissenschaftlich überlebt oder immer noch zukunftsweisend? in: *PVS* 24 (1983), S. 218-228.

Münch 1982:

Münch, Richard: Basale Soziologie. Soziologie der Politik, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1982.

Naßmacher, Naßmacher 1979:

Naßmacher, Hiltrud, Naßmacher, Karl Heinz: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Opladen: Leske, 1979.

Naßmacher 1989:

Naßmacher, Hiltrud: Kommunale Gewerbepolitik, in: Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München: Minerva Publikation, 1989, S. 337-350.

Noelle-Neumann 1978:

Noelle-Neumann, Elisabeth: Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich: Edition Interfrom, 1978.

Pappi 1986:

Pappi, Franz Urban: Politische Kultur. Forschungsparadigma, Fragestellungen, Untersuchungsmöglichkeiten, in: Kaase, Max, Hrsg.: Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Analysen zur Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise. Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1986, S. 279-291.

Parsons et al. 1962:

Parsons, Talcott et al.: Toward a General Theory of Action, 5. Aufl., New York, Evanston, Ill.: Harper & Row, 1962.

Parsons 1976:

Parsons, Talcott: Zur Theorie sozialer Systeme, herausgegeben und eingeleitet von Stefan Jensen, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1976.

Pross 1982:

Pross, Helge: Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 1982.

Reichhardt 1979:

Reichhardt, Robert: Wertstrukturen im Gesellschaftssystem – Möglichkeiten makrosoziologischer Analysen und Vergleiche, Klages, Helmut, Kmiecik, Peter, Hrsg.: Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel, Frankfurt/New York: Campus, 1979, S. 23-40.

Rokeach 1968:

Rokeach, Milton: The Role of Values in Public Opinion Research, in: POQ 32, 1968, S. 547-559.

Rokeach 1979:

Rokeach, Milton: Understanding Human Values. Individual and Society, New York, London: The Free Press, Collier Macmillan, 1979.

Rokkan 1971:

Rokkan, Stein: Die vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung, in: Zapf, Wolfgang, Hrsg.: Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1971, S. 228-252.

Schäfer, Stricker 1989:

Schäfer, Rudolf, Stricker, Hans-Joachim: Die Aufgaben der Gemeinden und ihre Entwicklung: in: Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München: Minerva Publikation, 1989, S. 35-58.

Schmitt 1987:

Schmitt, Hermann: Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik, Opladen: Westdeutscher Verlag, 1987.

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

Scholl-Schaaf 1975:

Scholl-Schaaf, Margret: Werthaltung und Wertesystem. Ein Plädoyer für die Verwendung des Wertkonzeptes in der Sozialpsychologie, Bonn: Bouvier, 1975.

Schumann 1990:

Schumann, Siegfried: Persönlichkeitsmerkmale von Republikanern. Eine Hochburgenuntersuchung. Beitrag zur Tagung des DVPW-Arbeitskreises „Wahlen und politische Einstellungen“ am 21./22. März 1990 in Mainz.

Wehling 1986:

Wehling, Hans Georg: Kommunalpolitik in der Bundesrepublik, Berlin: Colloquium Verlag, 1986.

Weinberger 1987:

Weinberger, Bruno: Kommunale Investitionen. Perspektiven für die kommunale Selbstverwaltung, in: AfK Sonderheft 1987, S. 237-246.

Windhoff-Héritier 1989:

Windhoff-Héritier, Adrienne: Kommunale Sozialpolitik, in Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München: Minerva Publikation, 1989, S. 261-275.

Zapf 1971:

Zapf, Wolfgang, Hrsg.: Theorien des sozialen Wandels, Köln/Berlin: Kiepenheuer und Witsch, 1971.

Zapf-Schramm 1989:

Zapf-Schramm, Thomas: Kommunale Umweltpolitik, in: Gabriel, Oscar W., Hrsg.: Kommunale Demokratie zwischen Politik und Verwaltung, München: Minerva Publikation, 1989, S. 299-336.

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

- Tabelle 3-1: Bewertung gesellschaftlicher Ziele
Tabelle 3-2: Bewertung persönlicher Ziele
Tabelle 3-3: Faktorenanalyse: Bewertung gesellschaftlicher und für das Privatleben relevanter Ziele
Tabelle 3-4: Bestimmungsfaktoren partizipativ-egalitärer Wertorientierungen
Tabelle 4-1: Die Beurteilung der Standortqualität der untersuchten Städte durch die Ratsmitglieder
Tabelle 4-2: Der Zusammenhang zwischen einzelnen Standortmerkmalen der Städte und der Beurteilung der kommunalen Lebensqualität
Tabelle 5-1: Wichtigkeit politischer Probleme in der BRD, 1972–1987
Tabelle 5-2: Bewertung kommunalpolitischer Ziele in der BRD, 1986

Verzeichnis der Tabellen und Abbildungen

- Tabelle 5-3: Die Bewertung der Wichtigkeit kommunaler Aufgaben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
- Tabelle 5-4: Die aktuelle und zukünftige Wichtigkeit ausgewählter kommunaler Probleme
- Tabelle 5-5: Der Vergleich der Wichtigkeit kommunaler Aufgaben in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft
- Tabelle 5-6: Faktorenanalyse der gegenwärtigen kommunalen Aufgaben (Pattern Matrix)
- Tabelle 5-7: Die Dimension der Alten und Neuen Politik in den gegenwärtigen Aufgaben der Kommunen – Faktorenanalyse (Pattern Matrix)
- Tabelle 6-1: Zufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation
- Tabelle 6-2: Problemlösungskompetenz der Parteien in den neun Aufgabengebieten
- Tabelle 6-3: Der Beitrag der Leistungsbewertung der Parteien auf einzelnen Politikfeldern zur generellen Leistungsbewertung
- Tabelle 7-1: Der Zusammenhang der Wertorientierungen mit der Bewertung der Bedeutsamkeit einzelner kommunalpolitischer Aufgaben
- Tabelle 7-2: Wertorientierungen und Zufriedenheit mit dem Stand der Aufgabenerfüllung und der Problemlösungsfähigkeit der Parteien
- Tabelle 7-3: Der Zusammenhang der Bewertung der gegenwärtigen Lebensqualität der Stadt mit der Bewertung der Bedeutsamkeit kommunalpolitischer Aufgaben
- Tabelle 7-4: Die Erwartungen hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Lebensqualität und die Prioritätenordnung der Ratsmitglieder
- Tabelle 7-5: Die Einschätzung der städtischen Lebensbedingungen und die Zufriedenheit mit der Erfüllung kommunaler Aufgaben
- Abbildung 3-1: Struktur sozialer und persönlichkeitsbezogener Wertorientierungen
- Abbildung 3-2: Die Präferenz der Mandatsträger für Sicherheits- und Partizipationsziele
- Abbildung 4-1: Die Einschätzung der Lebensqualität ihrer Stadt durch die Mandatsträger
- Abbildung 5-1: Der Zusammenhang zwischen der früheren und der gegenwärtigen Bedeutung kommunaler Aufgaben
- Abbildung 5-2: Der Zusammenhang zwischen den gegenwärtigen und den künftigen Aufgaben